

Laura-Christin Diekmann / Axel Plünnecke

Familien- freundlichkeitsindex

Deutsche Familienpolitik im
europäischen Vergleich

Analysen

Forschungsberichte
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Laura-Christin Diekmann / Axel Plünnecke

Familien- freundlichkeitsindex

Deutsche Familienpolitik im
europäischen Vergleich

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-14846-2 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45461-7 (E-Book|PDF)

Diese Studie wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2009 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Die Methode des Familienfreundlichkeitsindex	6
2.1	Konzeption	6
2.2	Indikatorik	8
2.3	Standardisierungs- und Aggregationsverfahren	10
3	Die Zielfelder im europäischen Vergleich	12
3.1	Hohe Geburtenrate	12
3.2	Hohe Frauenerwerbstätigkeit	16
3.3	Hohes Bildungsniveau	21
3.4	Geringe Familienarmut	33
3.5	Gleichstellung von Frau und Mann	38
4	Die Handlungsfelder im europäischen Vergleich	47
4.1	Finanzielle Unterstützung	48
4.2	Infrastruktur	53
4.3	Zeit	60
5	Ergebnisbericht: Familienpolitik im europäischen Vergleich	68
5.1	Gesamtbewertung der Ziel- und Handlungsfelder	68
5.2	Statistische Wirkungszusammenhänge zwischen den Handlungs- und Zielfeldern	70
5.3	Exkurs: Der Einfluss gesellschaftlicher Werte auf die Zielerreichung	72
5.4	Entwicklungsdynamik im Fünfjahresvergleich	77
5.5	Projektion: Wo steht die deutsche Familienpolitik im Jahr 2013?	82
6	Handlungsbedarf in der deutschen Familienpolitik	84
	Anhang	88
	Literatur	98
	Kurzdarstellung / Abstract	105
	Die Autoren	106

1

Einleitung

Familienpolitik dient im Wesentlichen der Zukunftssicherung einer Gesellschaft. Hierbei stellt sich die Frage, wie die deutsche Familienpolitik ausgestaltet sein sollte, sodass gewünschte Effekte zutage treten. Wie auch in anderen Politikbereichen ist es im Bereich der Familienpolitik schwierig abzuschätzen, wie erfolgreich neu ergriffene Politikmaßnahmen sein werden und ob sie konzeptionell überhaupt in der Lage sind, zur Verwirklichung der angestrebten Ziele beizutragen. Da in anderen europäischen Ländern ebenfalls Erfahrungen im Bereich Familienpolitik vorliegen und manche Maßnahmen andernorts schon längere Zeit in der Praxis angewendet werden, ist es zielführend, die Familienpolitiken ausgewählter Länder auf Basis von Indikatoren zu vergleichen und die erreichten Werte einander gegenüberzustellen. Einem Bündel an Zielen (Kapitel 3) soll in der vorliegenden Studie mithilfe der Erarbeitung eines sogenannten Zielindex Rechnung getragen werden. Dieses Zielbündel besteht aus fünf zu realisierenden Teilzielen: hohe Geburtenrate, hohe Frauenerwerbstätigkeit, hohes Bildungsniveau der Kinder, geringe Familienarmut (insbesondere geringe Kinderarmut) sowie Gleichstellung von Frau und Mann. Der Zielindex dient dazu, auf Basis der genannten Zielfelder die Familienpolitik europäischer Staaten einem systematischen Benchmarking zu unterziehen. Die vorliegende Studie erlaubt somit erste Rückschlüsse darauf, welche Stärken und Schwächen in den einzelnen Feldern ein Land im Vergleich zu den anderen betrachteten Ländern aufweist. Muster in Form von Stärken/Schwächen-Profilen werden sichtbar.

Vonseiten der Europäischen Allianz für Familien wird auf europäischer Ebene angestrebt, einen Erfahrungsaustausch über familienpolitische Maßnahmen und bewährte Praktiken aus dem Bereich der nationalen Familienpolitiken zu organisieren. Um im Sinne eines solchen Erfahrungsaustauschs einen ersten Einblick zu verschaffen, sollen in der vorliegenden Studie verschiedene europäische Länder betrachtet werden, die der Europäischen Union (EU) beziehungsweise der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) angehören. Sie werden hinsichtlich ihrer Familienpolitik auf Basis von Indikatoren miteinander verglichen. Für folgende 19 Staaten werden Indikatoren für alle Zielfelder betrachtet und zu dem Zielindex aggregiert: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechien, Ungarn und Vereinigtes Königreich.

Neben den Zielen wird im Rahmen dieser Studie mit den sogenannten Handlungsfeldern auch die politische Ebene untersucht (Kapitel 4). Diese Handlungsfelder sind: finanzielle Unterstützung für Familien (monetäre Transfers und Steuererleichterungen), Infrastruktur (Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder) und Zeit (Schaffung von Zeitoptionen zur Vereinbarung von Familie und Beruf). Auch für diese Handlungsfelder wird mittels geeigneter Indikatoren ein Index berechnet – der sogenannte Handlungsindex.

Insgesamt wird folglich auf Basis von indikatorengestützten Benchmarkings untersucht, erstens wie gut die betrachteten Staaten die definierten familienpolitischen Ziele erreichen und zweitens mit welcher Intensität sie verschiedene Instrumente in den drei genannten Handlungsfeldern einsetzen. Diese beiden Fragen werden miteinander verknüpft, um eine statistische Wirkungsanalyse (Korrelationsanalyse) durchführen zu können (Abschnitt 5.2). Diese Analyse soll ermitteln, welche Handlungsfelder besonders wirksam bezüglich der Zielerreichung sind. Um zu zeigen, inwiefern es in einzelnen Ländern im Laufe der Zeit Verbesserungen oder Verschlechterungen im Hinblick auf familienpolitische Maßnahmen und Zielerreichungen gab, soll ein Dynamik-Ranking erstellt werden, das die Aufwärts- und Abwärtsbewegungen einzelner Staaten relativ zu den anderen betrachteten Staaten veranschaulicht (Abschnitt 5.4).

Ein Problem der Analyse besteht darin, dass die verwendeten OECD-Daten teilweise nicht die neuesten Entwicklungen abbilden können. In Deutschland beispielsweise ist in jüngerer Zeit eine Vielzahl von familienpolitischen Maßnahmen beschlossen worden oder bereits angelaufen, deren Effekte erst in einigen Jahren sichtbar werden können. Aus diesem Grund soll beim Handlungsindex zusätzlich die für das Jahr 2013 zu erwartende Position Deutschlands bestimmt werden (Abschnitt 5.5), denn zu diesem Zeitpunkt dürften die beschlossenen Maßnahmen (etwa der Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren) vollständig umgesetzt worden sein. Die möglichen Veränderungen, die sich für die Vergleichsstaaten beim Handlungsindex ergeben könnten, werden hier nicht berücksichtigt. Es wäre zwar von Interesse, Politikmaßnahmen anderer Länder mit einzubeziehen, dies kann allerdings im Rahmen der vorliegenden Studie nicht geleistet werden.

In dieser Studie stehen also die folgenden Fragen im Mittelpunkt:

- Wo stehen die 19 betrachteten europäischen Länder bei der Zielerreichung in der Familienpolitik (Ranking Zielfelder)? Wie schneiden diese Länder in Bezug auf die fünf genannten Ziele jeweils ab (hohe Geburtenrate, hohe Erwerbstätigkeit von Frauen, hohes Bildungsniveau der Kinder, geringe Familienarmut, Gleichstellung von Frau und Mann)?

- Wie hoch ist das familienpolitische Engagement auf der Instrumentenebene (Ranking Handlungsfelder)? Wie gut ist die Politik ausgerichtet im Hinblick auf die drei genannten Handlungsfelder (finanzielle Unterstützung, Infrastruktur und Zeit)?
- Welche der drei Handlungsfelder weisen einen engen Wirkungszusammenhang mit den Zielen insgesamt sowie mit den einzelnen fünf Zielfeldern auf (statistische Wirkungsanalyse)?
- Wie haben sich die Ergebnisse der betrachteten Länder in den Ziel- und Handlungsfeldern in den letzten Jahren entwickelt? Welche Verbesserungen sind in den kommenden Jahren für Deutschland zu erwarten?

2

Die Methode des Familienfreundlichkeitsindex

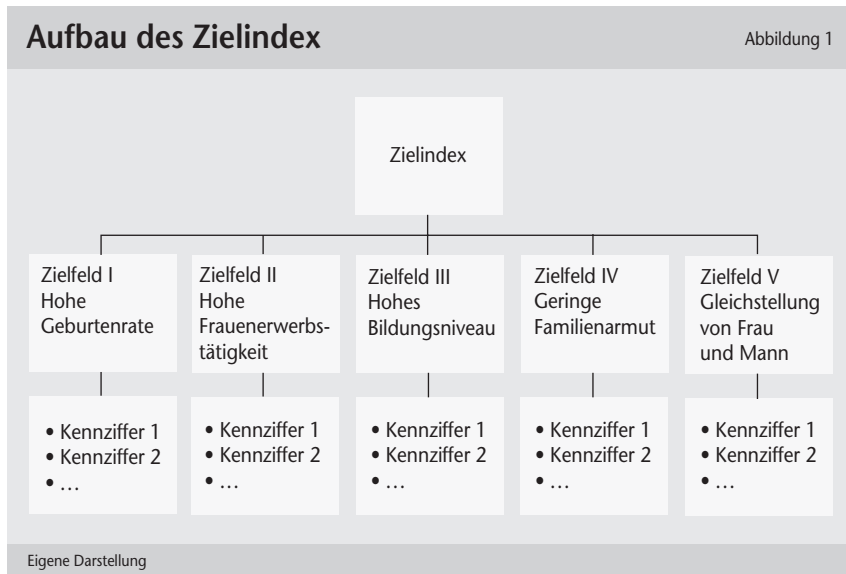
2.1 Konzeption

Die Auswahl der Ziel- und Handlungsfelder und der dazugehörigen Indikatoren stützt sich auf eine umfangreiche Sichtung der Literatur (siehe die Übersichten A.1 bis A.10 im Anhang) und erfolgt nach dem Maßstab der Relevanz, den diese Felder für die staatliche Familienpolitik haben. Zum einen wird Familienpolitik von staatlicher Seite mittels der eingesetzten Instrumente beeinflusst. Zum anderen ist die Erreichung der familienpolitischen Ziele durch andere Akteure – insbesondere die Familien selbst – bedingt.

Die Auswahl der Zielfelder orientiert sich unter anderem an den Zielen, die von der Bundesregierung im 7. Familienbericht als solche benannt worden sind (BMFSFJ, 2006b). Es steht dabei die Frage im Mittelpunkt, inwiefern folgende, oben schon genannte Ziele erreicht worden sind:

- eine hohe Geburtenrate,
- eine hohe Frauenerwerbstätigkeit,
- ein hohes Bildungsniveau von Kindern (ein hoher allgemeiner Bildungsstand und eine geringe Bildungsarmut),
- eine geringe Familienarmut und
- die Gleichstellung von Frau und Mann.

Die vorliegende Analyse legt diese fünf Zielfelder als Basis eines Rankings ausgewählter europäischer Länder hinsichtlich der Zielerreichung zugrunde. Der Zielindex bezeichnet dabei den durchschnittlichen Zielerreichungswert eines Landes in den definierten Zielfeldern. Abbildung 1 veranschaulicht den methodischen Aufbau des Zielindex.



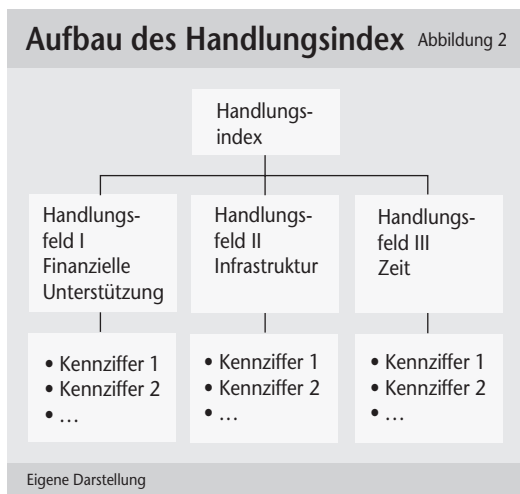
Jedem der fünf Zielfelder werden also mehrere Einzelkennziffern zugeordnet, mit denen sich diese Zielfelder operationalisieren lassen und die dann zu einem Gesamtindexwert aggregiert werden. Auf dieser Basis lässt sich ein Ranking berechnen, das Auskunft darüber gibt: a) wie sich die Gesamtsituation Deutschlands hinsichtlich der Zielfelder der Familienpolitik im europäischen Vergleich darstellt; b) in welchen Einzelbereichen Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern Stärken oder Schwächen aufweist; c) inwieweit sich im Zeitablauf Verbesserungen erreichen ließen.

Analog zum Zielindex ist der Handlungsindex konstruiert (Abbildung 2). Hier sind auf Basis der einschlägigen Literatur drei Handlungsfelder identifiziert worden. Drei Fragestellungen bezüglich der Handlungsfelder stehen im Zentrum:

- **Finanzielle Unterstützung:** In welchem Maße werden Familien durch Transfers, Steuererleichterungen oder Lohnfortzahlungen bei Elternschaft unterstützt?
- **Infrastruktur:** In welchem Maße ist die Infrastruktur für die Kinderbetreuung ausgebaut?

- Zeit: In welchem Maße ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben? Wie ist die Effizienz des Bildungssystems und des Steuersystems im Hinblick darauf einzuschätzen, für den Einzelnen Zeitoptionen zu schaffen oder solche Optionen nicht zu verzerrern?

Des Weiteren wird die Rolle von in den europäischen Ländern teilweise unterschiedlichen Wertvorstellungen untersucht. Dies geschieht in Form eines Exkurses (Abschnitt 5.3), weil es sich bei Wertvorstellungen nicht im eigentlichen Sinne um ein Handlungsfeld handelt, sie aber dennoch ein wichtiger Einflussfaktor im Hinblick auf den Zielindex sein können.



Die Werte beim Handlungsindex sind – ebenso wie beim Zielindex – aggregierte Werte. Sie spiegeln die Performance der betrachteten Länder auf Ebene der Handlungsfelder wider. Dies ermöglicht auch hier ein Länderranking.

Im Ergebnis lässt sich auf einer empirischen Basis diskutieren, in welchen Handlungsfeldern jeweils der größte Verbesserungsbedarf besteht und wie diese Felder miteinander verknüpft sind.

Ferner kann anhand einer Matrix aufgezeigt werden, in welchen Ländern bei guten Ergebnissen auf der Zielebene auch der Einsatz auf der Handlungsebene hoch ist – und umgekehrt: welche Länder trotz relativ schlechter Zielerreichungswerte dennoch nur geringe familienpolitische Anstrengungen auf der Handlungsebene aufweisen. Sowohl der Zielindex als auch der Handlungsindex sollen aber nicht nur das Niveau der betrachteten europäischen Staaten zu einem bestimmten Zeitpunkt darstellen und vergleichen, sondern es auch ermöglichen, dass Verschlechterungen oder Verbesserungen sichtbar werden. Daher wird sowohl ein Quer- als auch ein Längsschnittvergleich durchgeführt.

2.2 Indiktorik

Bei der konkreten Methodik der vorliegenden Studie handelt es sich um ein indikatorengestütztes Benchmarking. Dieses dient dazu, die Leistungen und Instrumente der 19 Länder im Bereich Familienpolitik in messbare Werte zu

überführen und so miteinander vergleichbar zu machen. Zu diesem Zweck werden die von der wissenschaftlichen Literatur oder der Politik als vorrangig deklarierten familienpolitischen Ziel- und Handlungsfelder mithilfe von insgesamt 15 Indikatoren der Handlungsfelder und 32 Indikatoren der Zielfelder operationalisiert und standardisiert. Zwischen den Handlungsfeldern und den Zielfeldern wird dabei kein monokausaler Zusammenhang vorausgesetzt.

Das Benchmarking kann der Familienpolitik Entscheidungshilfen geben und aufzeigen, in welchen Feldern familienpolitisches Handeln besonders dringend geboten ist. Zudem gibt es Aufschluss über Ansatzpunkte möglicher familienpolitischer Reformen, mit denen sich die Ziele besonders effizient realisieren lassen. Die Methodik des Benchmarkings als Bewertungssystem für Vergleiche wird häufig hinterfragt, weil nicht oder nur schwer messbare Tatbestände (etwa kulturelle Unterschiede), die ebenfalls auf die Zielgröße einwirken, unberücksichtigt bleiben. Der Wert der Benchmarkingmethode als solcher wird aber besonders dann nicht eingeschränkt, wenn Entwicklungen im Zeitverlauf betrachtet werden. Länderspezifische Einflüsse wie Wertvorstellungen, die sich nur sehr langsam verändern, verlieren bei der statistischen Betrachtung der zeitlichen Veränderungen der Länderergebnisse beim Ziel- und beim Handlungsindex an Bedeutung. Die Auswahl und Modifizierung der Indikatoren orientiert sich an folgenden Grundsätzen (vgl. zu den Anforderungen an die Indikatorenauswahl Meyer, 2004, 24). Die Indikatoren

- leisten einen Erklärungsbeitrag hinsichtlich der familienpolitischen Ziel- und Handlungsfelder,
- sind messbar,
- sind für die Lösung der formulierten Probleme im gewünschten Arbeitskontext relevant und
- sind für die Zielgruppen der Studie in Politik und Öffentlichkeit nachvollziehbar.

Die Auswahl der Kennziffern wurde durch die begrenzte Verfügbarkeit statistischer Daten und die mangelnde Messbarkeit bestimmter Tatbestände beschränkt. Um die Transparenz der Auswahl und die Nachvollziehbarkeit der Argumentation in Bezug auf die Ziel- und Handlungsfelder und die Indikatoren zu gewährleisten, werden alle verwendeten Indikatoren in den Kapiteln 3 und 4 detailliert beschrieben.

Es ist zu beachten, dass Indikatoren theoretisch abgeleitete Kenngrößen darstellen, die über einen festgelegten, nicht oder nur schwer messbaren Tatbestand Auskunft geben sollen. Die Beurteilung der Qualität eines Indikators bleibt somit immer hypothetisch (Meyer, 2004, 7 ff.). Deshalb ist auch eine unmittelbare empirische Überprüfung der Annahmen in der Regel nicht möglich. In der vorliegenden Studie wird ein bestimmter Indikator jeweils nur einem Ziel- oder

Handlungsfeld zugeordnet. Die Zuordnung der Indikatoren zu den Feldern beruht ebenso wie ihre Auswahl auf theoretischen Überlegungen bezüglich ihres Einflussverhaltens auf die Zielsetzungen der Familienpolitik.

Die Indikatoren sind insgesamt so gewählt worden, dass sie die definierten Ziel- und Handlungsfelder möglichst umfassend widerspiegeln und abbilden. Ihre Auswahl ist jedoch auch der Tatsache geschuldet, dass es zum Teil Datenlücken gibt, sodass relevante Indikatoren teilweise nicht aufgenommen werden konnten oder aber mit einem anderen Schwerpunkt als ursprünglich beabsichtigt.

Für die Ziel- und Handlungsfelder werden aktuelle Indikatorwerte analysiert, die aus im Jahr 2009 öffentlich zugänglichen Quellen entnommen wurden. Die Indikatorwerte sollen für die 19 betrachteten Länder vergleichbar sein. Aus diesem Grund beziehen sich die neuesten Werte zumeist auf Daten aus den Jahren 2006 und 2007. Um die Entwicklung der Indikatorwerte jeweils in einem Fünfjahreszeitraum darzustellen, werden – soweit Daten vorliegen – Vergleichswerte verwendet von einem Zeitpunkt fünf Jahre vor den jeweils aktuellsten herangezogenen Werten. Wenn dies wie bei den PISA-Daten, die lediglich im dreijährigen Rhythmus erhoben werden, nicht möglich ist, werden Daten aus der Vergangenheit mit drei beziehungsweise sechs Jahren Abstand verwendet.

2.3 Standardisierungs- und Aggregationsverfahren

Wie oben bereits dargestellt, werden Zielfelder und Handlungsfelder definiert, denen dann jeweils Kennziffern zugeordnet werden. Ziel ist es, die einzelnen Angaben zu den verschiedenen Kennziffern für jedes Land zu einer Größe zu aggregieren. Die Werte der Kennziffern beziehen sich auf unterschiedliche Maßeinheiten und müssen daher für einen Vergleich standardisiert werden. Mittels eines linearen Standardisierungsverfahrens werden die verschiedenen Indikatorwerte für jede Einzelkennziffer (Ursprungswert) in dimensionslose Punktwerte transformiert und auf einem Intervall von 0 bis 100 skaliert. Das Land mit dem besten Ursprungswert bei der jeweiligen Kennziffer erhält mit diesem Verfahren den Wert 100 und das Land mit dem schlechtesten Ursprungswert den Wert 0. Allen übrigen Ländern werden Werte zugeordnet, welche ihre relative Position zwischen diesen beiden Extremwerten widerspiegeln. Die Rangfolge der Länder und der relative Abstand zwischen ihnen bleiben dabei erhalten.

Falls höhere Werte der Kennziffern als günstiger eingeschätzt werden, ergibt sich der standardisierte Punktwert (E) für Land (i) bei Kennziffer (j) zum Zeitpunkt (k) aus:

$$E_{i,j,k} = 100 \cdot \frac{x_{i,j,k} - \min(x_{j,k})}{\max(x_{j,k}) - \min(x_{j,k})}$$

Werden hingegen höhere Werte der Kennziffern als schlechtere Ausprägung angesehen, berechnet sich der Punktwert (E) aus:

$$E_{i,j,k} = 100 \cdot \frac{\max(x_{j,k}) - x_{i,j,k}}{\max(x_{j,k}) - \min(x_{j,k})}$$

Höhere Punktwerte zeigen also unabhängig von der Wirkungsrichtung der Kennziffer stets eine bessere Bewertung an.

Das lineare Standardisierungsverfahren weist den Vorteil auf, dass es bei jeder Kennziffer die Abstände der Länder untereinander maßstabsgetreu zu den Abständen widerspiegelt, die aus einer Betrachtung der Ursprungswerte resultieren.

Mit diesem ersten Schritt sind erste Schlussfolgerungen möglich, bei welcher Kennziffer ein Land gut abgeschnitten hat und in welchen Bereichen noch Verbesserungsbedarf besteht. Dieser Befund wird in einem zweiten Schritt vertieft, indem anschließend für jedes Land separat für die einzelnen Ziel- und Handlungsfelder das arithmetische Mittel aus den Punktwerten der jeweiligen gewichteten Kennziffern gebildet wird. Pro Feld wird somit für jedes Land ein Durchschnittspunktwert ermittelt, der Aussagen darüber zulässt, wie sich die Situation des Landes im europäischen Vergleich in dem jeweiligen Feld insgesamt darstellt. Auf diese Weise lassen sich erfolgreiche und weniger erfolgreiche Länder identifizieren. Bei einer Fortschreibung des Index können zudem relative Positionsverschiebungen dokumentiert werden (Plünnecke et al., 2007).

Ferner sind ausgehend von den Punktwerten im Bereich der Handlungsfelder Analysen dazu möglich, welche relativen Stärken auf der Handlungsebene mit relativen Stärken auf der Zielebene korrelieren. Es lässt sich folglich untersuchen, welche Länderunterschiede bei den drei Handlungsfeldern besonders stark mit den Ergebnissen bei den fünf Zielfeldern in Korrelation stehen.

Die Ergebnisse des Familienfreundlichkeitsindex hängen vom Aggregationsverfahren und damit von der Gewichtung der einzelnen Kennziffern der Ziel- und Handlungsfelder ab. Dieser Vorbehalt gilt für jedes Benchmarking. Im Folgenden werden zu Beginn jedes Abschnitts, in dem jeweils ein bestimmtes Ziel- oder Handlungsfeld behandelt wird, die Gewichtungen in einer Übersicht vorgestellt. Die einzelnen Ziel- und Handlungsfelder selbst werden zur Aggregation des Zielindex sowie des Handlungsindex gleich gewichtet. Es existieren weder für die einzelnen Felder noch für die Gesamtbeurteilung operationalisierbare Ergebnisvariablen, deren Abhängigkeit von den Einzelindikatoren durch ein ökonomisches Verfahren zutreffend beschrieben werden kann. Dafür kann das Benchmarking aber auf Basis relevanter Indikatoren eine gute Einschätzung darüber liefern, wie zielführend und erfolgreich die Familienpolitiken in den betrachteten 19 Ländern im Vergleich sind.

3

Die Zielfelder im europäischen Vergleich

Die in dieser Studie als familienpolitische Ziele deklarierten Zielfelder fußen zum einen auf der wissenschaftlichen Literatur und zum anderen orientieren sie sich an Zielen, die sich das Bundesfamilienministerium (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – BMFSFJ) gesetzt hat: „Die wirtschaftliche und soziale Integration von Familien, die frühe Förderung von Kindern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen, die Steigerung der Geburtenrate, der Nachteilsausgleich zwischen Familientypen ... sind wichtige Kriterien, anhand derer sich der Erfolg nachhaltiger Familienpolitik messen lassen kann“ (BMFSFJ, 2006a, 3).

Laut Bundesfamilienministerium wird in anderen europäischen Ländern ähnlichen Zielen eine hohe Bedeutung zugesprochen. So soll auch dort die Familienpolitik gewährleisten, dass die Existenzgrundlage von Familien gesichert ist, dass Kinder auf adäquate Weise gefördert werden und dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist (BMFSFJ, 2006a).

3.1 Hohe Geburtenrate

Eine bestandssichernde Geburtenrate von 2,1 Kindern je Frau wird in den meisten hochentwickelten Industriestaaten nicht mehr erreicht; vielmehr haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten niedrigere Geburtenraten verfestigt. Fertilitätsentscheidungen – die private Entscheidungen der Bürger sind – werden durch Rahmenbedingungen beeinflusst. Somit können auch politische Maßnahmen die Realisierung eines bestehenden Kinderwunschs fördern. Aufgrund der Tatsache, dass Kinder die zukünftigen Beitrags- und Steuerzahler darstellen, hat auch aus ökonomischer Sicht „der Staat ... im Sinne einer nachhaltigen Politik die Verpflichtung, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen familienfreundlich auszugestalten“ (Hülkamp/Seyda, 2004, 5 ff.). Allerdings zeigen Hülkamp und Seyda, dass der Staat bereits über die Ausgestaltung der Steuer- und Sozialsysteme – also auch ohne eine explizite Familienpolitik – Bedingungen schafft, welche die Fertilitätsentscheidungen beeinflussen (weitere Studien zu diesem Zielfeld siehe Übersicht A.1 im Anhang).

Von politischer Seite wird die Problematik sinkender Geburtenraten explizit betont. So wird in Deutschland seit einiger Zeit die Erhöhung dieser Rate als politisches Ziel verstanden (BMFSFJ, 2005, 11). Doch während man sich in Deutschland dieses Problemkomplexes bewusst ist, was wohl auch der im inter-

nationalen Vergleich besonders geringen Geburtenrate geschuldet ist, wird vonseiten der OECD bemängelt, dass die meisten OECD-Länder die Fertilitätsrate nicht als politisches Thema verstehen (OECD, 2007a).

In das Zielfeld I „Hohe Geburtenrate“ gehen zum einen mit 50 Prozent Gewicht die Fertilitätsrate und zum anderen – mit zusammengenommen demselben Gewicht – zwei strukturelle Indikatoren ein: die Kinderzahl (aufgegliedert in den Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern und den der kinderlosen Frauen) sowie das Alter bei der Geburt des ersten Kindes (Übersicht 1). Während die Fertilitätsrate und der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern einen positiven Einfluss haben, fließen der Anteil kinderloser Frauen und das Durchschnittsalter bei der Geburt des ersten Kindes negativ in das Zielfeld ein. Ein geringes Durchschnittsalter ist zu befürworten, um weitere Kinderwünsche zu ermöglichen und um eine Entzerrung der sogenannten Rushhour des Lebens zu gewährleisten – jener Lebensphase, in der sich zu treffende Entscheidungen über Familiengründung und Karriere verdichten.

Indikatoren zum Zielfeld I „Hohe Geburtenrate“			Übersicht 1
Indikatoren	Definition	Gewicht	Wirkung*
Fertilitätsrate	Durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau	1/2	+
Kinderzahl		1/4	
Frauen mit drei und mehr Kindern	Anteil der Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 mit drei und mehr Kindern an allen Frauen dieses Geburtsjahrgangs, in Prozent	1/8	+
Frauen ohne Kinder	Anteil kinderloser Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 an allen Frauen dieses Geburtsjahrgangs, in Prozent	1/8	-
Alter der Frauen bei Geburt des ersten Kindes	Durchschnittliches Alter der Frauen bei Geburt des ersten Kindes, in Jahren	1/4	-

* - = negative Wirkung, + = positive Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

Bei der Gesamtfruchtbarkeitsrate oder Fertilitätsrate handelt es sich per definitionem um die „mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde“ (Eurostat, 2006, 175). In dem in der vorliegenden Studie vorgenommenen Ländervergleich zeigt sich, dass in Frankreich, Irland und Norwegen die Fertilitätsraten am höchsten sind (Tabelle 1). Am weitesten unter dem bestandsichernden Niveau liegen sie hingegen in den Untersuchungsländern Polen, Deutschland, Tschechien, Ungarn, Italien und Portugal. Für Deutschland ist an-

Fertilitätsrate

Tabelle 1

Durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau

	2001	2006
Belgien	k. A.	1,80
Dänemark	1,76	1,83
Deutschland	1,35	1,32
Finnland	1,73	1,84
Frankreich	1,90	2,00
Griechenland	1,25	1,39
Irland	1,93	1,90
Italien	1,25	1,35
Niederlande	1,71	1,70
Norwegen	1,78	1,90
Österreich	1,33	1,40
Polen	1,32	1,27
Portugal	1,45	1,35
Schweden	1,57	1,85
Schweiz	1,38	1,43
Spanien	1,24	1,38
Tschechien	1,14	1,33
Ungarn	1,31	1,34
Vereinigtes Königreich	1,63	1,84

Quellen: Eurostat, 2001; Eurostat, 2006; OECD, 2009a

zumerken, dass die durchschnittliche Kinderzahl im Jahr 2007 auf 1,37 Kinder je Frau gestiegen ist und sie laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2006 mit 1,33 Kindern je Frau etwas höher lag als von Eurostat angegeben. In fast allen Ländern kann man vom Jahr 2001 bis zum neueren Vergleichszeitpunkt eine positive Entwicklung ausmachen – mit Ausnahme von Irland und insbesondere von Polen und Portugal.

Der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern ist mit 28,9 Prozent am höchsten in Irland, gefolgt von Finnland mit 25,2 Prozent (Tabelle 2). Abgeschla-

gen auf den letzten Plätzen liegen bei diesem Indikator insbesondere die süd-europäischen Länder. Die erhobenen Daten lassen keinen Zeitvergleich zu.

Die Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringt der Indikator der Frauen ohne Kinder zum Ausdruck (vgl. Hülskamp/Seyda, 2004). In besonderem Maße sind Belgien, Deutschland und Österreich von Kinderlosigkeit betroffen (Tabelle 3). Einen noch geringeren Anteil kinderloser Frauen weisen Portugal, Tschechien und

Frauen mit mindestens drei Kindern

Tabelle 2

Anteil der Frauen im Geburtsjahrgang 1965 mit drei und mehr Kindern an allen Frauen dieses Geburtsjahrgangs, im Jahr 2006, in Prozent

Belgien	19,6
Dänemark	21,2
Deutschland	17,1
Finnland	25,2
Frankreich	14,6
Griechenland	14,4
Irland	28,9
Italien	12,9
Niederlande	17,6
Norwegen	22,3
Österreich	18,9
Polen	17,8
Portugal	12,5
Schweden	19,3
Schweiz	15,2
Spanien	10,2
Tschechien	14,3
Ungarn	21,5
Vereinigtes Königreich	23,3

Quelle: Hülskamp, 2008

Frankreich auf. In allen betrachteten Ländern ist der Anteil kinderloser Frauen des Jahrgangs 1965 entweder höher als beim Geburtsjahrgang 1960 oder er ist konstant geblieben. Für Deutschland und einige andere Länder liegen allerdings ausschließlich aktuellere Daten vor, sodass kein Zeitvergleich möglich war.

Hülkamp (2008, 95) kommt zu dem Ergebnis, dass „das durchschnittliche

Frauen ohne Kinder Tabelle 3

Anteil kinderloser Frauen an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs, im Jahr 2006, in Prozent

	Geburtsjahrgang 1960	Geburtsjahrgang 1965
Belgien	17	23
Dänemark	10	13
Deutschland	k. A.	21
Finnland	19	20
Frankreich	k. A.	8
Griechenland	11	17
Irland	16	19
Italien	15	20
Niederlande	18	18
Norwegen	k. A.	11
Österreich	17	21
Polen	11	16
Portugal	4	4
Schweden	13	13
Schweiz	k. A.	19
Spanien	10	14
Tschechien	6	7
Ungarn	7	10
Vereinigtes Königreich	k. A.	13

Quellen: BFS, 1998; Eurostat, 2006; Statistisches Bundesamt, 2007

Durchschnittsalter von Frauen* bei Geburt des ersten Kindes Tabelle 4

in Jahren

	2000	2005
Belgien	k. A.	27,4
Dänemark	27,7	28,4
Deutschland	28,2	29,1
Finnland	27,4	27,9
Frankreich	27,9	28,5
Griechenland	28,0	28,5
Irland	27,6	28,5
Italien	k. A.	28,7
Niederlande	28,6	28,9
Norwegen	26,9	27,7
Österreich	26,4	27,2
Polen	24,5	25,8
Portugal	26,5	27,4
Schweden	27,9	28,7
Schweiz	28,7	29,5
Spanien	29,1	29,3
Tschechien	25,0	26,6
Ungarn	25,1	26,7
Vereinigtes Königreich	29,1	29,8

* Frauen aller Geburtsjahrgänge, die im Jahr 2000 beziehungsweise 2005 ihr erstes Kind geboren haben. Quellen: Eurostat, 2006; OECD, 2009a

Alter der Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes ... den Beginn des Zeitfensters [markiert] ..., das für Geburten zur Verfügung steht. Dabei gilt die Regel, dass Frauen umso weniger Kinder bekommen, je später sie mit der Familiengründung beginnen, obwohl biologisch noch genügend Zeit für die Gründung einer großen Familie wäre“.

Zielfeld I „Hohe Geburtenrate“

Abbildung 3

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)

Norwegen	72,3
Frankreich	70,9
Irland	66,4
Finnland	62,9
Dänemark	61,0
Schweden	59,3
Belgien	57,6
Vereinigtes Königreich	54,4
Niederlande	43,3
Ungarn	40,3
Tschechien	37,4
Polen	34,7
Portugal	34,5
Österreich	32,3
Griechenland	23,1
Schweiz	18,8
Spanien	16,6
Italien	16,1
Deutschland	13,7

Eigene Berechnungen

Dieser Befund deutet darauf hin, dass es Interdependenzen zwischen dem durchschnittlichen Alter von Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes und der Kinderzahl gibt.

Betrachtet man nun das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes, so zeigt sich im Ländervergleich, dass in Polen mit 25,8 Jahren hier das mit Abstand geringste Alter vorliegt. Das Schlusslicht bildet das Vereinigte Königreich mit 29,8 Jahren, während Deutschland im hinteren Mittelfeld liegt. In allen Ländern hat sich das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes zwischen den Jahren 2000 und 2005 erhöht (Tabelle 4).

Bei der durchschnittlichen Punktzahl des ersten Zielfelds

„Hohe Geburtenrate“ liegt Norwegen vor Frankreich und Irland (Abbildung 3). Deutschland schneidet hier erwartungsgemäß sehr schlecht ab. Es befindet sich in der Schlussgruppe zusammen mit der Schweiz, Spanien und Italien. Dabei ist die Durchschnittspunktzahl der erstplatzierten Norweger mehr als fünfmal so groß wie die Durchschnittspunktzahl der letztplatzierten Deutschen.

3.2 Hohe Frauenerwerbstätigkeit

Eine hohe Frauenerwerbstätigkeit wird mittlerweile in den meisten Ländern als Schlüssel dafür angesehen, um zum einen Frauen eine verbesserte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zum anderen Problemen wie dem Fachkräftemangel adäquat zu begegnen. Eine niedrige Erwerbstätigkeit insbesondere gut ausgebildeter Frauen hingegen bedeutet das Brachliegen eines theoretisch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Potenzials an Arbeitskräften. Vonseiten der OECD wird proklamiert, dass eine hohe Frauenerwerbstätigkeit zum Wirtschaftswachstum beitragen kann. Auch die EU hat im Rahmen der Lissabon-Ziele

eine Frauenerwerbstätigkeit von über 60 Prozent als Ziel formuliert. Ebenso wird vonseiten des Bundesfamilienministeriums unterstrichen (BMFSFJ, 2006b), dass ein Familienmodell, das die ökonomische Verantwortung für die Familie allein beim Mann als Hauptnährer sieht und das die Erziehungsleistungen der Familie im Wesentlichen auf die Frau konzentriert, nicht einer nachhaltigen Familienpolitik entspricht (weitere Studien zu diesem Zielfeld siehe Übersicht A.2 im Anhang).

Doch nicht nur von politischer Seite ist eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit gewollt. Auch die Frauen selbst möchten zunehmend stärker am Arbeitsmarkt partizipieren. Befragungen von Müttern mit kleinen Kindern zeigen, dass eine weitaus höhere Erwerbstätigkeit gewünscht wird, als sie in der Realität der Fall ist.

Indikatoren zum Zielfeld II „Hohe Frauenerwerbstätigkeit“

Übersicht 2

Indikator	Definition	Gewicht	Wirkung*
Erwerbstätigkeit von Frauen mit kleinen Kindern		1/2	
Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern unter drei Jahren	Anteil erwerbstätiger Frauen, deren jüngstes Kind unter drei Jahre alt ist, in Prozent aller Frauen dieses Alters	1/4	+
Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern von drei bis fünf Jahren	Anteil erwerbstätiger Frauen, deren jüngstes Kind zwischen drei und fünf Jahre alt ist, in Prozent aller Frauen dieses Alters	1/4	+
Erwerbstätigkeit von Frauen nach Qualifikation		1/2	
Erwerbstätigenquote geringqualifizierter Frauen	Anteil der erwerbstätigen geringqualifizierten Frauen (geringer als höherer sekundärer Bildungsabschluss, das heißt ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur) im Alter von 25 bis 64 Jahren an allen Frauen dieser Altersgruppe und Qualifikation, in Prozent	1/6	+
Erwerbstätigenquote mittelqualifizierter Frauen	Anteil der erwerbstätigen mittelqualifizierten Frauen (höherer sekundärer Bildungsabschluss, also abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur, oder post-sekundärer Bildungsabschluss, aber unter tertiärem Abschluss) im Alter von 25 bis 64 Jahren an allen Frauen dieser Altersgruppe und Qualifikation, in Prozent	1/6	+
Erwerbstätigenquote hochqualifizierter Frauen	Anteil der erwerbstätigen hochqualifizierten Frauen (tertiärer Bildungsabschluss) im Alter von 25 bis 64 Jahren an allen Frauen dieser Altersgruppe und Qualifikation, in Prozent	1/6	+

* + = positive Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

Erwerbstätigenquote von Frauen, deren jüngstes Kind unter drei Jahre alt ist

Tabelle 5

im Jahr 2005, in Prozent

Belgien	63,8
Dänemark	71,4
Deutschland	36,1
Finnland	52,1
Frankreich	53,7
Griechenland	49,5
Irland	k. A.
Italien	47,3
Niederlande	69,4
Norwegen	k. A.
Österreich	60,5
Polen	k. A.
Portugal	69,1
Schweden	71,9
Schweiz	58,3
Spanien	52,6
Tschechien	19,9
Ungarn	13,9
Vereinigtes Königreich	52,6

Quelle: OECD, 2009a

In das zweite Zielfeld gehen mit dem jeweils halben Gewicht sowohl die Erwerbstätigenquote von Müttern mit kleinen Kindern (bis zu einem Alter von fünf Jahren) als auch die Erwerbstätigenquote von Frauen nach Qualifikationsniveau ein (Übersicht 2). Die Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern spielt eine Rolle, da bessere Erwerbsaussichten bestehen, wenn die familienbedingte Auszeit nach Geburt eines Kindes möglichst kurz gehalten wird. Die Erwerbstätigenquote nach Qualifikation bringt zum Ausdruck, ob aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Ressourcenverschwendung stattfindet, indem Frauen nur bedingt einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Es bestehen große Diskrepanzen zwischen den einzelnen Ländern bezüglich der Erwerbstätigenquote von Frauen, deren jüngstes Kind unter drei Jahre alt ist (Tabelle 5). Während das Erwerbsverhalten in Schweden mit

einer Erwerbsbeteiligung von 71,9 Prozent stark ausgeprägt ist, ist die Erwerbsneigung dieser Mütter in Ungarn besonders schwach, wo lediglich 13,9 Prozent der Frauen mit Kindern unter drei Jahren einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Da es zu diesem Indikator in der verwendeten Quelle keine Daten von einem früheren Zeitpunkt gibt, besteht nicht die Möglichkeit einer dynamischen Betrachtung.

Im Vergleich zu der vorherigen Gruppe sind Frauen, deren jüngstes Kind bereits zwischen drei und fünf Jahre alt ist, öfter erwerbstätig (Tabelle 6). Was vordere und hintere Positionen angeht, zeigt sich nahezu das gleiche Bild wie beim vorherigen Indikator: Wiederum liegt Schweden vorn (mit einer Erwerbstätigenquote von 81,3 Prozent) und Ungarn schneidet vergleichsweise schwach ab. Auf dem letzten Platz liegt hier jedoch Spanien mit 47,9 Prozent. Vergleicht man für Deutschland die Erwerbstätigenquoten von Müttern mit Kindern unterschiedlicher Altersstufen, so wird deutlich, dass Frauen, deren jüngstes Kind zwischen drei und fünf Jahre alt ist, mit einer um fast 19 Prozentpunkte höheren

Erwerbstätigenquote weitaus stärker am Arbeitsmarkt partizipieren als Frauen mit einem jüngeren Kind.

Bezüglich der Erwerbstätigenquoten nach Qualifikation zeigt sich für alle Länder, dass mit zunehmender Qualifikation von Frauen auch deren Erwerbsbeteiligung steigt (Tabellen 7 bis 9). Über alle drei Qualifikationsniveaus hinweg betrachtet ist ihre Erwerbsbeteiligung in den beiden skandinavischen Ländern Norwegen und Schweden vergleichsweise hoch. Das gilt ebenfalls für

Erwerbstätigenquote Tabelle 6 von Frauen, deren jüngstes Kind zwischen drei und fünf Jahre alt ist

im Jahr 2005, in Prozent

Belgien	63,3
Dänemark	77,8
Deutschland	54,8
Finnland	80,7
Frankreich	63,8
Griechenland	53,6
Irland	56,3
Italien	50,6
Niederlande	68,3
Norwegen	k. A.
Österreich	62,4
Polen	k. A.
Portugal	71,8
Schweden	81,3
Schweiz	61,7
Spanien	47,9
Tschechien	50,9
Ungarn	49,9
Vereinigtes Königreich	58,3

Quelle: OECD, 2009a

Erwerbstätigenquote Tabelle 7 geringqualifizierter Frauen*

in Prozent

	2001	2006
Belgien	34,7	36,6
Dänemark	53,3	55,9
Deutschland	43,9	46,4
Finnland	53,3	53,4
Frankreich	48,6	51,4
Griechenland	36,0	38,6
Irland	39,4	39,7
Italien	29,8	33,3
Niederlande	45,0	47,4
Norwegen	55,8	59,0
Österreich	46,7	50,2
Polen	43,2	40,9
Portugal	62,5	62,7
Schweden	61,5	57,1
Schweiz	61,6	57,3
Spanien	34,2	41,0
Tschechien	41,8	39,8
Ungarn	32,2	32,9
Vereinigtes Königreich	60,7	61,5

* Frauen ohne höheren sekundären Bildungsabschluss, das heißt ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur.
Quelle: OECD, 2008a

Portugal, die Schweiz und das Vereinigte Königreich. Griechenland und Ungarn hingegen weisen eine sehr geringe Erwerbstätigenquote auf.

Bei der Betrachtung der Erwerbstätigenquote geringqualifizierter Frauen ist festzustellen, dass sich diese in den meisten Ländern im Zeitraum 2001 bis 2006 erhöht hat – mit Ausnahme von Tschechien, Polen, Schweden und der Schweiz (Tabelle 7). In Deutschland ist sie seit 2001 um 2,5 Prozentpunkte (rund 5,7 Prozent) angestiegen. Während in Portugal vor allem geringquali-

Erwerbstätigenquote mittelqualifizierter Frauen*

Tabelle 8
in Prozent

	2001	2006
Belgien	63,8	64,5
Dänemark	76,6	76,0
Deutschland	64,3	67,3
Finnland	71,3	72,1
Frankreich	68,6	69,7
Griechenland	49,0	55,1
Irland	64,5	65,6
Italien	61,5	64,7
Niederlande	71,7	73,2
Norwegen	78,6	78,0
Österreich	66,4	69,5
Polen	62,6	58,1
Portugal	80,7	77,8
Schweden	79,8	77,9
Schweiz	72,8	73,7
Spanien	57,8	65,0
Tschechien	66,8	66,1
Ungarn	64,7	62,9
Vereinigtes Königreich	76,1	75,9

* Frauen mit höherem sekundären Bildungsabschluss (abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur) oder post-sekundärem Abschluss, aber unter Tertiärabschluss.
Quelle: OECD, 2008a

fizierte Frauen vergleichsweise stark auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind, liegt Ungarn bei diesem Indikator mit 32,9 Prozent Erwerbsbeteiligung im Jahr 2006 auf dem letzten Platz.

Frauen mit einer mittleren Qualifikation, also einem sekundären oder post-sekundären Bildungsabschluss, partizipieren in Norwegen mit 78 Prozent am stärksten am Arbeitsmarkt (Tabelle 8). In Griechenland hingegen sind es nur etwas mehr als die Hälfte der Frauen im erwerbsfähigen Alter dieser

Qualifikationsstufe, die arbeiten gehen. Während in einigen Ländern wie Polen, Portugal und Ungarn der Anteil der erwerbstätigen mittelqualifizierten Frauen im Zeitraum 2001 bis 2006 gesunken ist, konnte Deutschland eine Erhöhung der Erwerbstätigenquote um 3 Prozentpunkte auf 67,3 Prozent erzielen. Noch deutlicher legten insbesondere Spanien (7,2 Prozentpunkte) und Griechenland (6,1 Prozentpunkte) zu.

Norwegen ist ebenfalls Spitzenreiter, was die Erwerbstätigkeit hochqualifizierter Frauen angeht; hier bildet Italien

Erwerbstätigenquote hochqualifizierter Frauen*

Tabelle 9
in Prozent

	2001	2006
Belgien	80,0	80,2
Dänemark	85,6	85,2
Deutschland	78,3	79,8
Finnland	82,9	83,0
Frankreich	79,8	79,8
Griechenland	74,4	78,6
Irland	81,4	81,8
Italien	75,6	75,8
Niederlande	81,4	83,7
Norwegen	86,9	87,3
Österreich	82,2	82,0
Polen	80,9	81,0
Portugal	89,9	85,0
Schweden	86,3	86,8
Schweiz	83,3	83,8
Spanien	73,5	78,7
Tschechien	81,0	77,9
Ungarn	78,0	78,1
Vereinigtes Königreich	85,1	86,3

* Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss.
Quelle: OECD, 2008a

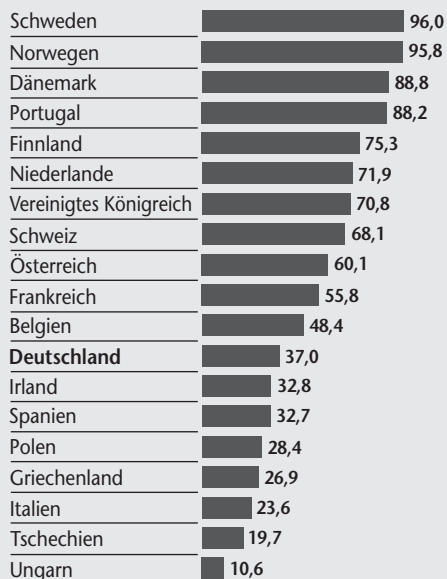
das Schlusslicht (Tabelle 9). Die Erwerbstätigkeit hochqualifizierter Frauen erreicht in allen Ländern ein hohes Niveau, was sich an der durchschnittlichen Erwerbstätigenquote des Jahres 2006 von rund 80 Prozent ablesen lässt. Deutschland liegt mit fast 80 Prozent knapp unter dieser Marke, wobei die Erwerbstätigenquote hochqualifizierter Frauen hierzulande im Zeitraum 2001 bis 2006 um 1,5 Prozentpunkte gestiegen ist. Wie schon bei den mittelqualifizierten Frauen konnten Spanien und Griechenland – die beiden Schlusslichter des Jahres 2001 – bei diesem Indikator die größten Zuwächse erzielen.

Fasst man die Ergebnisse aller Indikatoren des Zielfelds „Hohe Frauenerwerbstätigkeit“ zusammen, so ergibt sich das in Abbildung 4 dargestellte Ranking. Eine besonders gute Zielerreichung bei der Frauenerwerbstätigkeit haben Schweden und Norwegen vorzuweisen, gefolgt von Dänemark und Portugal. Während Deutschland mit 37 Punkten im hinteren Mittelfeld liegt, weisen vor allem Tschechien und Ungarn eine äußerst geringe Frauenerwerbstätigkeit auf. Insgesamt zeigt sich ein sehr heterogenes Bild: Schweden und Norwegen erreichen bei diesem Zielfeld rund 96 Punkte und liegen damit bei den betrachteten fünf Einzelindikatoren im Durchschnitt sehr nah an den jeweils besten Ergebnissen, Ungarn hingegen kommt lediglich auf durchschnittlich knapp 11 Punkte.

Zielfeld II „Hohe Frauenerwerbstätigkeit“

Abbildung 4

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)



Eigene Berechnungen

3.3 Hohes Bildungsniveau

Das Thema Bildung wird im Folgenden in zwei Aspekte unterteilt. Zum einen kann von politischer Seite das Ziel verfolgt werden, das durchschnittliche Bildungsniveau zu erhöhen (hoher allgemeiner Bildungsstand), zum anderen kann ganz gezielt versucht werden, den Anteil bildungsarmer Schüler zu reduzieren (geringe Bildungsarmut). Um Bildung im Rahmen der Zielfelder nicht überzu-

bewerten, gehen beide Aspekte zusammen in den Zielindex ein (jeweils mit halbem Gewicht). Da es sich jedoch aus volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht um ein wichtiges Thema handelt, soll im Rahmen der vorliegenden Studie beiden Aspekten ausführlich Beachtung geschenkt werden. So wird auch vonseiten des Bundesbildungsministeriums die doppelte Aufgabe darin gesehen, „einerseits die Leistungsschwächeren im Bildungssystem stärker zu fördern, andererseits die Begabungsreserven für mittlere und höhere Abschlüsse stärker auszuschöpfen. Das gilt umso mehr, als Deutschland angesichts einer längerfristig abnehmenden Erwerbsbevölkerung auf eine wachsende Zahl gut qualifizierter junger Menschen angewiesen ist“ (BMBF, 2006, 32).

Hoher allgemeiner Bildungsstand

Der Bildungsstand in einer Volkswirtschaft hat positive Effekte auf das Wohlstandsniveau. Er ist korreliert mit dem Aspekt Gesundheit und es bestehen positive Effekte auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf die Akzeptanz einer marktwirtschaftlichen und demokratischen Ordnung (Stettes, 2006). Aus ökonomischer Sicht spielt die Wirkung von Bildungsinvestitionen auf das Wirtschaftswachstum eine überragende Rolle. So zeigen Mankiw et al. (1992), dass das Bildungsniveau in einer Volkswirtschaft einen erheblichen Einfluss auf die Wachstumsdynamik hat.

Ein Bildungssystem, das Wachstumsimpulse erzeugen soll, muss zunächst gewährleisten, dass es möglichst viele junge Menschen zu möglichst hohen Abschlüssen führt, ohne dabei die Ausbildungsqualität und die Aussagekraft der Abschlüsse zu gefährden (Plünnecke/Stettes, 2005). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Erwerb von Basiskompetenzen und in der Folge dann von weiterem Humankapital pfadabhängig ist: „Learning begets learning“ (Heckman, 1999, 6) – fehlen die notwendigen Vorkenntnisse, so erschwert dies die Aneignung von neuem Wissen. Bildung als kumulativer Prozess beginnt bereits in der kindlichen Früherziehung und setzt sich in der Schule fort. Mit Ablauf der Schulpflicht und dem Erwerb eines Abschlusses eröffnet sich Jugendlichen der Weg in eine akademische oder berufliche Ausbildung. Oder aber sie überschreiten als ungelernete Arbeitskräfte unmittelbar die Schwelle zum Arbeitsmarkt (weitere Studien zu diesem Zielfeld siehe Übersicht A.3 im Anhang).

Bildung kann nur dann Wachstumsimpulse generieren, wenn die Qualität der (Aus-)Bildung angemessen ist und die Abschlüsse als verlässliche Signale fungieren. Für das Bildungssystem besteht somit die Aufgabe darin, die Qualität in den einzelnen Bildungsgängen zu sichern und – wo möglich und erforderlich – anzuheben.

Indikatoren zum Zielfeld IIIa „Hoher allgemeiner Bildungsstand“

Übersicht 3

Indikator	Definition	Gewicht	Wirkung*
Mittelwert IGLU Lesen	Durchschnittswert für alle Viertklässler, Testleistung IGLU-Lesestudie	1/4	+
Mittelwert PISA Lesen	Durchschnittswert für alle Schüler im Alter von 15 Jahren, Testleistung PISA-Studie im Bereich Lesen	1/4	+
Mittelwert PISA Mathematik	Durchschnittswert für alle Schüler im Alter von 15 Jahren, Testleistung PISA-Studie im Bereich Mathematik	1/4	+
Mittelwert PISA Naturwissenschaften	Durchschnittswert für alle Schüler im Alter von 15 Jahren, Testleistung PISA-Studie im Bereich Naturwissenschaften	1/4	+

* + = positive Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

Als Indikatoren im Zielfeld „Hohes Bildungsniveau“ fungieren im Teilbereich „Hoher allgemeiner Bildungsstand“ vier mit gleichem Gewicht in die Untersuchung eingehende Indikatoren, die zum einen die Ergebnisse der IGLU-Lesestudien und zum anderen die Ergebnisse der PISA-Studien abbilden (Übersicht 3). Während die IGLU-Studien einen Vergleich des Leseneiveaus von Grundschulern (Viertklässler) vornahmen (Bos et al., 2007), wurden im Rahmen der PISA-Tests die Leistungen von 15-jährigen Schülern in den drei Kompetenzbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften miteinander verglichen.

Die Ergebnisse der IGLU- und der PISA-Tests ermöglichen eine Lernstandserhebung im internationalen Vergleich und geben anhand von Durchschnittswerten Aufschluss über die Stärken und Schwächen der einzelnen Länder. Da Finnland, Irland, Portugal

Mittelwert IGLU Lesen

Tabelle 10

von Viertklässlern erreichte Punktzahl

	2001	2006
Belgien	k. A.	547
Dänemark	k. A.	546
Deutschland	539	548
Finnland	k. A.	k. A.
Frankreich	525	522
Griechenland	524	524
Irland	k. A.	k. A.
Italien	541	551
Niederlande	554	547
Norwegen	499	498
Österreich	k. A.	538
Polen	k. A.	519
Portugal	k. A.	k. A.
Schweden	561	549
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	k. A.	513
Tschechien	537	537
Ungarn	543	551
Vereinigtes Königreich	553*	539

* Wert für England.
Quelle: Bos et al., 2007, 113

Mittelwert PISA Lesen

Tabelle 11

von 15-jährigen Schülern erreichte Punktzahl

	2000	2006
Belgien	507	501
Dänemark	497	494
Deutschland	484	495
Finnland	546	547
Frankreich	505	488
Griechenland	474	460
Irland	527	517
Italien	487	469
Niederlande	k. A.	507
Norwegen	505	484
Österreich	507	490
Polen	479	508
Portugal	470	472
Schweden	516	507
Schweiz	494	499
Spanien	493	461
Tschechien	492	483
Ungarn	480	482
Vereinigtes Königreich	523	495

Quellen: OECD, 2002, 72; OECD, 2007d, 232

und die Schweiz nicht an den IGLU-Lesestudien teilgenommen haben, existieren bei diesem Indikator weniger Vergleichsländer für Deutschland als bei den PISA-Werten. Mit 548 Punkten bei der Lesestudie liegt Deutschland im Jahr 2006 an vierter Stelle hinter Ungarn, Italien und Schweden (Tabelle 10). Besonders wenige Punkte erreichten die Grundschüler in Norwegen, dem einzigen Vergleichsland mit einem Durchschnittswert von unter 500 Punkten.

Beim PISA-Test sind die finnischen Schüler in allen drei Kompetenzbe-

reichen (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) am erfolgreichsten, während Griechenland in diesen Bereichen am schlechtesten abscheidet (Tabellen 11 bis 13). Deutschland liegt jeweils im oberen Mittelfeld, konnte sich aber im Gegensatz zu vielen anderen Ländern seit dem Jahr 2000 über die drei Kompetenzbereiche hinweg um durchschnittlich 18 Punkte verbessern. Relativ zu den anderen Ländern erhält Deutschland die meisten Punkte im Bereich Mathematik, absolut gesehen erzielen die Schüler hierzulande die

Mittelwert PISA Mathematik

Tabelle 12

von 15-jährigen Schülern erreichte Punktzahl

	2000	2006
Belgien	520	520
Dänemark	514	513
Deutschland	490	504
Finnland	536	548
Frankreich	517	496
Griechenland	447	459
Irland	503	501
Italien	457	462
Niederlande	k. A.	531
Norwegen	499	490
Österreich	515	505
Polen	470	495
Portugal	454	466
Schweden	510	502
Schweiz	529	530
Spanien	476	480
Tschechien	498	510
Ungarn	488	491
Vereinigtes Königreich	529	495

Quellen: OECD, 2002, 80; OECD, 2007d, 230

besten Ergebnisse im Bereich der Naturwissenschaften mit einer durchschnittlichen Punktzahl von 516.

Geringe Bildungsarmut

In der modernen Informationsgesellschaft sind Abschlüsse und Zertifikate und der durch sie dokumentierte Bildungsstand untrennbar mit den Lebenschancen verbunden (Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006, 32). Aufgrund der starren und undifferenzierten Lohnstruktur sowie einer restriktiven Arbeitsmarktordnung sind in Deutschland zertifiziertes Qualifikationsniveau und Beschäftigungswahrscheinlichkeit enger miteinander verknüpft als in Ländern mit flexiblen Arbeitsmärkten (Puhani, 2003, 31 f.). Ein niedriger Bildungsstand wirkt sich jedoch nicht nur negativ auf die Chancen aus, eine Beschäftigung zu finden, sondern auch auf die Einkommenssituation und den sozialen Status.

Stark ungleiche Bildungsniveaus können zu massiven gesellschaftlichen Verwerfungen wie Analphabetismus und dem Ausschluss sogar von Integrationsplattformen wie Hauptschule und dualem System führen (Allmendinger/Leibfried, 2003, 12). Jugendliche ohne Bildungsabschluss laufen Gefahr, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden (Reinberg/Hummel, 2005). Ihnen fehlen häufig grundlegende Qualifikationen, welche für die Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche unerlässlich sind. Der misslungene Einstieg in das Berufsleben entwickelt sich für viele Jugendliche zum Dauerhandicap und führt zu Arbeitslosigkeits- und Sozialhilfekarrieren. Anger et al. (2006) zeigen, dass Bildungsarmut aber nicht nur individuell erfahrene Misserfolge, sondern auch gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen verursacht – nämlich eine Schwächung der Humankapitalbasis, die auf lange Sicht zu Störungen des Wirtschaftswachstums führt (weitere Studien zu diesem Zielfeld siehe Übersicht A.4 im Anhang).

Mittelwert PISA Naturwissenschaften

Tabelle 13

von 15-jährigen Schülern erreichte Punktzahl

	2000	2006
Belgien	496	510
Dänemark	481	496
Deutschland	487	516
Finnland	538	563
Frankreich	500	495
Griechenland	461	473
Irland	513	508
Italien	478	475
Niederlande	k. A.	525
Norwegen	500	487
Österreich	519	511
Polen	483	498
Portugal	459	474
Schweden	512	503
Schweiz	496	512
Spanien	491	488
Tschechien	511	513
Ungarn	496	504
Vereinigtes Königreich	532	515

Quellen: OECD, 2002, 81; OECD, 2007d, 27

Aufgrund der genannten Wirkungen ergeben sich zwei Möglichkeiten, um Bildungsarmut zu messen. Diese sollen hier gleichzeitig als Definitionen von Bildungsarmut dienen:

- Messung anhand fehlender Zertifikate: Über Zertifikate „ergäbe sich ... ein zwingender Mindeststandard für alle. Er wird durch die umfassende Haupt- und Berufsschulpflicht vorgegeben. (...) Da in der Bundesrepublik nicht die Dauer des Schulbesuchs, sondern der erfolgreiche Abschluss (Zertifikat) belohnt wird, ist ein Fehlen des Hauptschul- beziehungsweise beruflichen Bildungsabschlusses ein hartes, klares Merkmal für Unterversorgung mit schulischer Bildung. Darauf kann eine Berichterstattung abstellen“ (Allmendinger/Leibfried, 2003, 13).
- Messung anhand mangelnder Kompetenzen: „Seit PISA lässt sich Bildungsarmut auch über Kompetenzen messen“ (Allmendinger/Leibfried, 2003, 14).

Zunächst werden Daten aus der PISA-Studie 2006 der OECD (2007d) betrachtet – und zwar der Anteil derjenigen Schüler, die in den drei untersuchten Disziplinen (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) zu den Risikogruppen zählen. Dazu gehören jene Schüler, die in der jeweiligen PISA-Kategorie entweder nur die Anforderungen der untersten Stufe erfüllt haben oder die gar keine der vorgegebenen Kompetenzstufen erreicht haben. Es handelt sich also um Schüler mit schwachen bis sehr schwachen Leistungen, sodass sie nur bedingt für eine Berufsausbildung geeignet sind und eine Teilnahme an weiteren Bildungsmöglichkeiten oder am Arbeitsmarkt erschwert ist.

Übersicht 4 zeigt die bei dem Ziel „Geringe Bildungsarmut“ verwendeten Indikatoren. Auf der einen Seite werden Kompetenzen untersucht, auf der anderen Seite formale Abschlüsse – beide Messkonzepte werden mit dem gleichen Gewicht versehen. Bei den Kompetenzen wird zum einen der Anteil bildungsarmer Schüler aufgenommen (nach den drei PISA-Testbereichen), zum anderen zeigen zwei ausgewählte Indikatoren den Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Hintergrund eines Schülers und seinem Schulerfolg auf. Für die formalen Abschlüsse ist ein Indikator gewählt worden, der den Anteil der 25- bis 64-Jährigen ohne höheren Schulabschluss an der gesamten Bevölkerung dieser Altersgruppe wiedergibt. Da Bildungsarmut generell negativ zu bewerten ist, haben alle Indikatoren einen negativen Einfluss auf den Gesamtwert des zweiten Teilbereichs im Zielfeld „Hohes Bildungsniveau“.

Die in der PISA-Studie 2006 festgestellten Größen der Risikogruppen in den Kategorien Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften offenbaren die Stärken und Schwächen der nationalen Bildungssysteme (Tabellen 14 bis 16). Beim Lesetest ist zudem ein Vergleich mit dem Jahr 2000 möglich, da die Abgrenzungen beim Lesetest seitdem unverändert geblieben sind. Auch bei der Bekämpfung der

Indikatoren zum Zielfeld IIIb „Geringe Bildungsarmut“ Übersicht 4

Indikator	Definition	Gewicht	Wirkung*
Mangelnde Kompetenzen		1/4	
Bildungsarme Schüler bei PISA Lesen	Anteil der 15-jährigen Schüler unter/auf Fähigkeitsniveau 1, PISA-Studie Lesen, in Prozent	1/12	–
Bildungsarme Schüler bei PISA Mathematik	Anteil der 15-jährigen Schüler unter/auf Fähigkeitsniveau 1, PISA-Studie Mathematik, in Prozent	1/12	–
Bildungsarme Schüler bei PISA Naturwissenschaften	Anteil der 15-jährigen Schüler unter/auf Fähigkeitsniveau 1, PISA-Studie Naturwissenschaften, in Prozent	1/12	–
Sozioökonomischer Hintergrund und Bildung		1/4	
Steigung Gradient sozioökonomischer Index	Zusammenhang zwischen der Schülerleseleistung und dem PISA-Index des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status (ESCS), Steigung des ESCS, Punktdifferenz, die sich bei einer Veränderung des ESCS um eine Einheit ergibt	1/8	–
Stärke des Zusammenhangs zwischen Schülerleseleistung und sozioökonomischem Index	Zusammenhang zwischen der Schülerleseleistung und dem PISA-Index des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status (ESCS), Stärke des Zusammenhangs, Anteil der erklärten Varianz in der Schülerleseleistung	1/8	–
Fehlende Zertifikate: Personen ohne Sekundarstufe-II-Abschluss	Anteil der Personen zwischen 25 und 64 Jahren, die nicht mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II (Berufsausbildung oder Abitur) besitzen, in Prozent	1/2	–

* – = negative Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

Bildungsarmut ist Finnland gemessen an den ausgewählten Indikatoren am besten. Auffällig ist, dass die Finnen jeweils mit großem Vorsprung vor den zweitplatzierten Niederländern in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften und vor den Iren im Fach Lesen führen. So ist beispielsweise der Anteil bildungsarmer Schüler in den Naturwissenschaften in den Niederlanden mehr als dreimal so hoch wie in Finnland. Ebenfalls gut schneiden die übrigen nordischen Länder ab (Norwegen bildet hier eine Ausnahme). Gleiches gilt für die Niederlande, Polen und die Schweiz. Besonders groß sind die Risikogruppen – und zwar in allen drei Kategorien – in den vier südeuropäischen Ländern. Während Deutschlands relative Position beim Durchschnittsniveau des Bildungsstands (Zielfeld IIIa) gut war, wird der Bildungsarmut im Vergleich zu anderen Ländern weniger erfolgreich begegnet – Deutschland liegt jedoch noch im Mittelfeld.

Anteil der Schüler unter/auf Niveau 1 bei PISA Mathematik

Tabelle 14

in Prozent

	2003	2006
Belgien	16,5	17,3
Dänemark	15,4	13,6
Deutschland	21,6	19,9
Finnland	6,8	6,0
Frankreich	16,6	22,3
Griechenland	39,0	32,3
Irland	16,8	16,4
Italien	31,9	32,8
Niederlande	11,0	11,5
Norwegen	20,8	22,2
Österreich	18,8	20,0
Polen	22,0	19,8
Portugal	30,1	30,7
Schweden	17,3	18,3
Schweiz	14,5	13,5
Spanien	23,0	24,7
Tschechien	16,0	19,2
Ungarn	23,0	21,2
Vereinigtes Königreich	k. A.	19,8

Quellen: OECD, 2006a, 70; OECD, 2007d, 227

Was den Anteil der Schüler angeht, die im Fach Mathematik unter beziehungsweise auf Fähigkeitsniveau 1 liegen, nimmt Italien mit 32,8 Prozent den letzten Platz ein und hat sich zudem im Dreijahresvergleich leicht verschlechtert (Tabelle 14). Vorletzter ist Griechenland, das sich hingegen stark verbessert hat und den Anteil bildungsarmer Schüler in Mathematik zwischen den beiden PISA-Tests 2003 und 2006 um fast 7 Prozentpunkte verringern konnte. Finnland hat sich leicht verbes-

sert und liegt mit Abstand an erster Stelle – mit einem Anteil von nur 6 Prozent Schülern unter/auf Fähigkeitsniveau 1. Deutschland konnte sich vom Jahr 2003, das im Hinblick auf die Risikogruppen im Bereich Mathematik für einen Vergleich mit dem Jahr 2006 am besten geeignet ist (aufgrund gleicher inhaltlicher Schwerpunkte), um knapp 2 Prozentpunkte auf 19,9 Prozent verbessern.

Anteil der Schüler unter/auf Niveau 1 bei PISA Naturwissenschaften*

Tabelle 15

in Prozent

	2003	2006
Belgien	16,5	17,0
Dänemark	22,7	18,4
Deutschland	18,8	15,4
Finnland	5,7	4,1
Frankreich	16,6	21,2
Griechenland	21,7	24,0
Irland	13,1	15,5
Italien	21,2	25,3
Niederlande	11,1	13,0
Norwegen	21,3	21,1
Österreich	18,5	16,3
Polen	17,7	17,0
Portugal	23,5	24,5
Schweden	16,1	16,4
Schweiz	15,6	16,1
Spanien	19,1	19,6
Tschechien	11,6	15,5
Ungarn	14,8	15,0
Vereinigtes Königreich	k. A.	16,7

* Jahresvergleich nur von begrenzter Aussagekraft, da im Jahr 2006 der Umfang der abgefragten naturwissenschaftlichen Kompetenzen größer und die Punktegrenze anders definiert war als im Jahr 2003.

Quellen: OECD, 2004b, 450; OECD, 2007d, 24

In dem Kompetenzfeld Naturwissenschaften liegt der Anteil Finnlands mit 4,1 Prozent an bildungsarmen Schülern noch unter seinem geringen Anteil beim vorherigen Indikator. Damit führt Finnland mit Abstand vor dem Zweitplatzierten, den Niederlanden, deren Anteil bildungsarmer Schüler in den Naturwissenschaften mehr als dreimal so hoch ist (Tabelle 15). An letzter Stelle befindet sich auch hier Italien – mit einem Anteil von 25,3 Prozent. Aus Datengründen ist kein aussagefähiger Zeitvergleich möglich. Die aufgenommenen Daten aus dem Jahr 2003 basieren auf einer anderslautenden Definition. So handelt es sich dabei um den Anteil der Schüler, die weniger als 400 Punkte erreicht haben. Diese Definition ist jedoch für das Jahr 2006 nicht verfügbar. Daher findet dieser Indikator im Dynamik-Ranking (siehe Abschnitt 5.4) keine Berücksichtigung.

Der Anteil der Schüler, die keine ausreichende Leseleistung erbringen, ist im Ländervergleich in Griechenland am höchsten. Dort sind knapp 28 Prozent der Schüler in diesem Kompetenzbereich als bildungsarm zu bezeichnen. Beim Spitzenland Finnland liegt dieser Anteil bei lediglich 4,8 Prozent (Tabelle 16). Während sich Griechenland seit dem Vergleichsjahr 2000 einer negativen Entwicklung gegenüber sieht, konnte sich Finnland um rund 30 Prozent verbessern. Auch Deutschland hat eine positive Entwicklung zu verzeichnen, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau: So hat sich der Anteil bildungsarmer Schüler im Kompetenzbereich Lesen von 22,6 auf 20 Prozent verringert. Hingegen weist Spanien einen deutlich steigenden Anteil leseschwacher Schüler auf (plus 9,4 Prozentpunkte). Ähnliches gilt für Italien, Tschechien, Österreich und Frankreich.

Die Steigung des Gradienten des sozioökonomischen Index (PISA-Index des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Status – ESCS) gibt an, um wie viele Punkte auf der Leseskala sich die Leistung eines Schülers verändert, wenn

Anteil der Schüler unter/auf Niveau 1 bei PISA Lesen Tabelle 16

in Prozent

	2000	2006
Belgien	19,0	19,4
Dänemark	17,9	16,0
Deutschland	22,6	20,0
Finnland	6,9	4,8
Frankreich	15,2	21,7
Griechenland	24,4	27,7
Irland	11,0	12,1
Italien	18,9	26,4
Niederlande	k. A.	15,1
Norwegen	17,5	22,4
Österreich	14,6	21,5
Polen	23,3	16,2
Portugal	26,3	24,9
Schweden	12,6	15,3
Schweiz	20,3	16,4
Spanien	16,3	25,7
Tschechien	17,5	24,8
Ungarn	22,7	20,6
Vereinigtes Königreich	12,8	19,0

Quellen: OECD, 2002, 71; OECD, 2007d, 222

Steigung des Gradienten des sozio-ökonomischen Index in Bezug auf die Leseleistung

Tabelle 17

in PISA-Punkten

	2000	2006
Belgien	50	48
Dänemark	43	32
Deutschland	59	47
Finnland	28	29
Frankreich	43	48
Griechenland	32	34
Irland	34	38
Italien	30	30
Niederlande	k. A.	40
Norwegen	41	38
Österreich	44	46
Polen	44	42
Portugal	38	33
Schweden	37	36
Schweiz	51	39
Spanien	32	27
Tschechien	60	51
Ungarn	57	45
Vereinigtes Königreich	k. A.	43

Quelle: OECD, 2007d, 131

sich beim ESCS-Index eine Veränderung von einer Einheit ergibt. Während in Spanien und Finnland eine vergleichsweise geringe Veränderung die Folge ist, scheint besonders in Tschechien – etwas mehr noch als in Frankreich und Belgien sowie Deutschland – der sozioökonomische Hintergrund eine große Rolle zu spielen, da sich eine relativ starke Veränderung auf der PISA-Leseskala ergibt (Tabelle 17). Im Zeitraum 2000 bis 2006 konnte Tschechien die Stärke des Zu-

sammenhangs zwischen dem sozioökonomischen Hintergrund und den Leseleistungen der Schüler jedoch reduzieren. Für die Schweiz und Deutschland, aber auch für Ungarn gilt Ähnliches – bei allen drei Ländern liegen die Werte für das Jahr 2006 um jeweils 12 PISA-Punkte unter den Werten des Jahres 2000.

Wie stark der Zusammenhang zwischen der Leseleistung eines Schülers und seinem wirtschaftlichen, sozialen

Stärke des Zusammenhangs zwischen der Schülerleseleistung und dem sozioökonomischen Index

Tabelle 18

Varianzaufklärung*, in Prozent

	2000	2006
Belgien	18,9	16,0
Dänemark	16,1	10,7
Deutschland	23,6	15,9
Finnland	8,6	7,7
Frankreich	19,0	16,4
Griechenland	12,2	10,7
Irland	12,3	12,3
Italien	10,4	7,5
Niederlande	k. A.	13,7
Norwegen	12,6	7,8
Österreich	16,6	12,9
Polen	14,3	13,3
Portugal	18,0	17,9
Schweden	11,7	8,5
Schweiz	21,4	14,0
Spanien	15,8	10,5
Tschechien	22,9	12,5
Ungarn	25,4	19,4
Vereinigtes Königreich	k. A.	12,2

* Die Varianzaufklärung zeigt an, inwieweit sich die Streuung der PISA-Punktzahl durch den sozioökonomischen Hintergrund der Eltern erklären lässt.

Quelle: OECD, 2007d, 131

Exkurs: Migration und der Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Hintergrund und Bildung

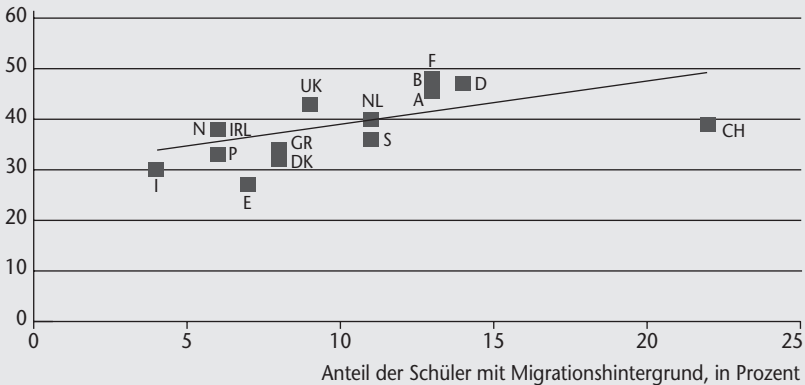
Ein möglicher Erklärungsgrund der Unterschiede zwischen den Ländern hinsichtlich des Zusammenhangs von sozioökonomischem Hintergrund und Bildungserfolgen kann in unterschiedlich hohen Migrantenanteilen in den jeweiligen Ländern liegen, da für die Gruppe der Migranten besondere Probleme bestehen, das Kompetenzniveau bildungsferner Schichten zu fördern. Während in Italien laut PISA-Studie 2006 der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund mit 4 Prozent am geringsten ist, fällt er in der Schweiz mit einem mehr als fünfmal so hohen Anteil am größten aus. Abbildung 5 veranschaulicht den positiven Zusammenhang zwischen der Höhe des Migrantenanteils und der Steigung des Gradienten des sozioökonomischen Index (ESCS-Index) bezüglich der Schülerleseleistung.

Korrelation zwischen der Höhe des Migrantenanteils und der Steigung des Gradienten des sozioökonomischen Index

Abbildung 5

bezüglich der Leseleistung*

Steigung des Gradienten des ESCS



* Steigung des Gradienten: Zunahme der PISA-Punkte, wenn der PISA-Index des sozioökonomischen Hintergrunds (ESCS) um eine Einheit steigt.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2007d

Der Zusammenhang ist wie folgt: Je höher der Migrantenanteil unter den Schülern eines Landes ist, desto höher ist tendenziell die Steigung des Gradienten des sozioökonomischen Index – was einen großen Einfluss des familiären Hintergrunds auf den Bildungserfolg eines Kindes bedeutet. Ein Grund hierfür liegt darin, dass der Migrationshintergrund und ein ungünstiger sozioökonomischer Hintergrund häufig gemeinsam auftreten. Auffällig ist dabei, dass es die Schweiz, die mit Abstand den höchsten Migrantenanteil aufweist, noch vergleichsweise gut schafft, die familiären Effekte abzuschwächen, und besser als Länder wie Frankreich, Belgien, Österreich oder Deutschland abschneidet. Auch die südeuropäischen Länder Portugal und Spanien sind darin weitaus erfolgreicher als beispielsweise Norwegen und Irland mit einem ähnlich hohen Migrantenanteil.

und kulturellen Hintergrund ist, zeigt auch Tabelle 18. So schafft es Italien im Ländervergleich, einen negativen sozioökonomischen Hintergrund durch das Bildungssystem abzufedern, da die Stärke des Zusammenhangs hier weniger groß ist. Hingegen ist Ungarns Bildungssystem weniger erfolgreich bei der Beseitigung sozialer Unterschiede. Deutschland liegt vor Belgien, Frankreich, Portugal und Ungarn an fünftletzter Stelle. Es zeigt sich, dass die Varianzaufklärung der Leseleistungen durch den sozioökonomischen Hintergrund in Deutschland in den vergangenen Jahren gesunken ist.

Betrachtet man nun den Anteil der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren ohne Sekundarstufe-II-Abschluss (Berufsausbildung oder Abitur), werden erneut große Diskrepanzen zwischen den verglichenen Ländern deutlich. So besteht im Jahr 2006 zwischen Tschechien, dem besten Land, und dem Rangletzten Portugal

Anteil der Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren ohne Abschluss der Sekundarstufe II

Tabelle 19

in Prozent der Personen gleichen Alters

	2001	2006
Belgien	41	33
Dänemark	20	18
Deutschland	17	17
Finnland	26	20
Frankreich	36	33
Griechenland	49	41
Irland	42	34
Italien	57	49
Niederlande	35	28
Norwegen	14	21
Österreich	23	20
Polen	54	47
Portugal	80	72
Schweden	19	16
Schweiz	13	15
Spanien	60	50
Tschechien	14	10
Ungarn	30	22
Vereinigtes Königreich	37	31

Quellen: OECD, 2008a; OECD, 2003b, 41; eigene Berechnungen

ein Unterschied von 62 Prozentpunkten (Tabelle 19). Bei diesem Indikator ist Deutschland positiv einzuschätzen: Mit einem Anteil Geringqualifizierter in Höhe von 17 Prozent liegt es hinter Tschechien, der Schweiz und Schweden auf dem vierten Platz der Rangliste. Fünf Jahre zuvor schnitten bei dem gleichen Indikator fast alle Länder schlechter ab. Lediglich die Entwicklungen Norwegens und der Schweiz waren im Zeitverlauf negativ.

Deutschland schneidet bei den beiden Teilaspekten des Zielfelds „Hohes Bildungsniveau“ unterschiedlich gut ab. Beim ersten Aspekt („Hoher allgemeiner Bildungsstand“) ist Deutschland erfolgreicher als beim zweiten Aspekt („Geringe Bildungsarmut“) und auch weitaus erfolgreicher als bei den ersten beiden Zielfeldern („Hohe Geburtenrate“, „Hohe Frauenerwerbstätigkeit“). Betrachtet man den allgemeinen Bildungsstand, so belegt Deutschland hinter Finnland, den Niederlanden und Belgien den vierten Platz. Zurückzu-

führen ist dies insbesondere auf die überdurchschnittlich gute Performance bei der Leseleistung von Grundschulern. In Bezug auf den Aspekt der Bildungsarmut stellt in Deutschland insbesondere der große Einfluss des familiären Hintergrunds auf die Lernerfolge der Kinder ein Problem dar. Immerhin gibt es aber im Vergleich zu anderen Ländern relativ wenige Personen ohne Abschluss der Sekundarstufe II.

Insgesamt führen die Ergebnisse für das dritte Zielfeld („Hohes Bildungsniveau“) dazu, dass Deutschland den sechsten Platz belegt (Abbildung 6). Auf den Spitzenpositionen haben sich Finnland, Schweden und die Niederlande platziert. Auffällig ist der herausragende Durchschnittswert Finnlands, der bei über 95 Punkten liegt, womit die Differenz zwischen Finnland und dem zweitplatzierten Schweden fast 28 Punkte beträgt. Am wenigsten erfolgreich bezüglich der Zielerreichung sind Griechenland und Portugal: Portugal erreicht nur eine Durchschnittspunktzahl von 10,4 Punkten und liegt mit einem Abstand von rund 17 Punkten hinter Griechenland.

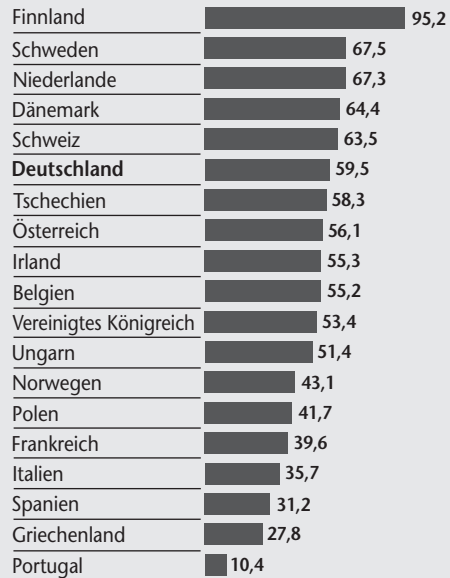
3.4 Geringe Familienarmut

Um Kindern eine positive Entwicklung zu ermöglichen, ist ein Aufwachsen in stabilen finanziellen Verhältnissen von großer Bedeutung. Schon in der Kindheit entsteht durch unterschiedliche sozioökonomische familiäre Hintergründe soziale Ungleichheit. So wird vonseiten der OECD betont, dass die Erfahrung von Armut in der Kindheit die weitere Entwicklung schädigt. Auch das Bundesfamilienministerium ist der Ansicht, dass frühe Armutserfahrungen besonders negative Auswirkungen auf die Zukunftsaussichten des Individuums haben, da „in der Kindheit die Weichen für die körperliche, emotionale und geistige Ent-

Zielfeld III „Hohes Bildungsniveau“

Abbildung 6

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)



Eigene Berechnungen

wicklung gestellt ... werden“ (BMFSFJ, 2006b, 199). Hierdurch wird auch die künftige Funktionsweise der Gesellschaft beeinträchtigt. Daher handelt es sich bei der Senkung der Familien- oder Kinderarmut um ein vorrangiges familienpolitisches Ziel. Laut BMFSFJ (2007b, 60) ist „die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder ... ein zentrales politisches Anliegen der Bundesregierung“ (weitere Studien zu diesem Zielfeld sind in Übersicht A.5 im Anhang aufgeführt).

Zur Differenzierung unterschiedlicher möglicher Instrumente zur Bekämpfung der Familienarmut wäre eine differenzierte Darstellung der Armutsquoten erstens nach dem Lebensalter der Kinder und zweitens nach der Familienform wünschenswert. Im Hinblick auf erstere Differenzierung liegen jedoch für den europäischen Vergleich keine Daten vor. Im Folgenden sind daher Indikatoren gewählt worden, welche die Familienarmut abbilden und das Armutsrisiko für Alleinerziehende

Indikatoren zum Zielfeld IV „Geringe Familienarmut“

Übersicht 5

Indikator	Definition	Gewicht	Wirkung*
Kinderarmut nach Sozialleistungen bei Alleinerziehenden mit Kindern	Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen, alleinstehender Elternteil mit einem oder mehreren abhängigen Kindern, in Prozent; Armutsgefährdung = verfügbares Äquivalenzeinkommen unter 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen)	1/4	–
Kinderarmut nach Sozialleistungen bei zwei Erwachsenen mit einem Kind	Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen, zwei Erwachsene mit einem abhängigen Kind, in Prozent; Armutsgefährdung = verfügbares Äquivalenzeinkommen unter 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen)	1/4	–
Kinderarmut nach Sozialleistungen bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen, zwei Erwachsene mit zwei abhängigen Kindern, in Prozent; Armutsgefährdung = verfügbares Äquivalenzeinkommen unter 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen)	1/4	–
Kinderarmut nach Sozialleistungen bei zwei Erwachsenen mit mehr als zwei Kindern	Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen, zwei Erwachsene mit drei oder mehr abhängigen Kindern, in Prozent; Armutsgefährdung = verfügbares Äquivalenzeinkommen unter 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialleistungen)	1/4	–

* – = negative Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

auf der einen Seite und Paare auf der anderen Seite differenzieren. Kinderarmut wird als Messgröße zur Beschreibung der Familienarmut herangezogen.

Für Deutschland zeigt sich, dass insbesondere alleinerziehende Eltern einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind, weshalb bei einem Ländervergleich eine Differenzierung nach Familientyp sinnvoll ist. Des Weiteren lässt sich beobachten, dass sich auch Mehrkindfamilien einem erhöhten Armutsrisiko gegenübersehen. Aus diesem Grund wird bei Paarfamilien nach der Anzahl der Kinder differenziert. Gemessen wird die Armutsgefährdung anhand des Einkommens nach Sozialleistungen. Die im Handlungsfeld „Finanzielle Unterstützung“ (siehe Abschnitt 4.1) verbuchten Anstrengungen können folglich einen Beitrag dazu leisten, dass die Armutsgefährdungsquoten in dieser Definition sinken. Zudem dürfte das Armutsrisiko dort niedrig sein, wo die Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Bei der Aggregation zum Zielfeld „Geringe Familienarmut“ geht die Familienform der/des Alleinerziehenden mit einem Gewicht von einem Viertel ein, die der Paarfamilie mit einem Gewicht von drei Vierteln (Übersicht 5). Damit wird berücksichtigt, dass letztgenannte Familienform in den betrachteten 19 europäischen Ländern häufiger vorkommt als die Alleinerziehender.

Betrachtet man alle Indikatoren im Zielfeld „Geringe Familienarmut“, so sind die skandinavischen Länder besonders erfolgreich. Weit hinten liegen Portugal, Polen, Italien, Spanien und Griechenland. Für Deutschland wie für andere Länder zeigt sich anhand der vorliegenden Daten die recht hohe Armutsgefährdung Alleinerziehender. In Deutschland, das im Ländervergleich im Mittelfeld liegt, sind Alleinerziehende zu 34 Prozent armutsgefährdet (Tabelle 20).

Vergleicht man die Situation bezüglich der Armutsgefährdung alleinerziehender Eltern in den Jahren 2001 und

Kinderarmut nach Sozialleistungen bei Alleinerziehenden mit Kindern

Tabelle 20

in Prozent

	2001	2007
Belgien	25	36
Dänemark	12	17
Deutschland	36	34
Finnland	17	22
Frankreich	29	27
Griechenland	37	34
Irland	42	40
Italien	23	31
Niederlande	38	30
Norwegen	k. A.	29
Österreich	23	31
Polen	22	31
Portugal	39	34
Schweden	13	24
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	42	34
Tschechien	26	37
Ungarn	17	29
Vereinigtes Königreich	43	44

Quelle: Eurostat, 2009

Kinderarmut nach Sozialleistungen bei zwei Erwachsenen mit einem Kind

Tabelle 21

in Prozent

	2001	2007
Belgien	7	9
Dänemark	3	4
Deutschland	9	10
Finnland	7	6
Frankreich	9	8
Griechenland	8	20
Irland	17	12
Italien	13	15
Niederlande	7	7
Norwegen	k. A.	4
Österreich	7	9
Polen	10	15
Portugal	9	12
Schweden	5	6
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	18	16
Tschechien	6	7
Ungarn	8	12
Vereinigtes Königreich	13	11

Quelle: Eurostat, 2009

2007, wird deutlich, dass in einer Vielzahl der betrachteten Länder eine Zunahme des Armutsrisikos Alleinerziehender zu verzeichnen ist. Das Vergleichsjahr 2001 wurde gewählt, da in der vorliegenden Quelle nur für wenige Länder Daten für das Jahr 2002 aufgeführt sind.

Auch bei Paaren mit Kindern erreichen die skandinavischen Länder die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten. Die schlechtesten Ergebnisse weisen

Italien, Polen, Spanien und Griechenland auf. Bei Familien mit zwei Erwachsenen und einem Kind ist die Armut von Kindern in Dänemark und Norwegen mit 4 Prozent am niedrigsten (Tabelle 21). In Griechenland sind 20 Prozent dieser Familien von einem Armutsrisiko betroffen – gegenüber 2001 bedeutet dies eine Zunahme um 12 Prozentpunkte. Deutschland erreicht im Jahr 2007 mit 10 Prozent einen mittleren Platz unter den betrachteten Staaten.

Kinderarmut nach Sozialleistungen bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern

Tabelle 22

in Prozent

	2001	2007
Belgien	11	8
Dänemark	3	4
Deutschland	7	8
Finnland	4	5
Frankreich	10	10
Griechenland	14	22
Irland	17	10
Italien	21	23
Niederlande	9	5
Norwegen	k. A.	5
Österreich	7	11
Polen	14	20
Portugal	15	17
Schweden	4	5
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	23	22
Tschechien	6	8
Ungarn	11	14
Vereinigtes Königreich	13	13

Quelle: Eurostat, 2009

Auf etwa ähnlichem Niveau wie bei Paarhaushalten mit einem Kind liegt in Deutschland das Armutsrisiko bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern – für 8 Prozent der Familien dieser Form besteht ein Armutsrisiko (Tabelle 22). Am besten schneidet hier mit 4 Prozent wiederum Dänemark ab. In Polen und Griechenland ist die Armutsgefährdung innerhalb von sechs Jahren stark gestiegen: Polen legte um 6 Prozentpunkte auf 20 Prozent zu, Griechenland um

Kinderarmut nach Sozialleistungen bei zwei Erwachsenen mit mehr als zwei Kindern

Tabelle 23

in Prozent

	2001	2007
Belgien	7	18
Dänemark	13	15
Deutschland	21	12
Finnland	12	13
Frankreich	20	18
Griechenland	26	30
Irland	37	20
Italien	37	41
Niederlande	22	19
Norwegen	k. A.	8
Österreich	23	19
Polen	33	36
Portugal	49	43
Schweden	8	13
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	34	37
Tschechien	18	29
Ungarn	23	28
Vereinigtes Königreich	28	31

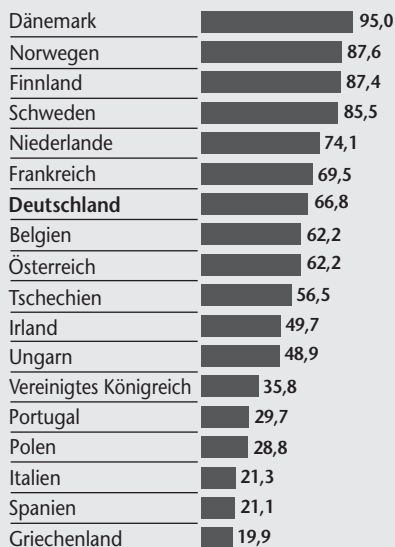
Quelle: Eurostat, 2009

Zielfeld IV

Abbildung 7

„Geringe Familienarmut“

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)



Schweiz: keine Werte.
Eigene Berechnungen

8 Prozentpunkte auf 22 Prozent. Auch Spanien und Italien weisen mit 22 beziehungsweise 23 Prozent hohe Armutsrisiken auf.

Bei Familien mit zwei Erwachsenen und mehr als zwei Kindern ist in den meisten Ländern die Armutsgefährdung höher als bei anderen Familienformen (Tabelle 23). Sie wächst folglich mit der Kinderzahl, auch wenn einige Staaten sie hier durch mit der Kinderzahl steigende Transfers wie Kindergeld reduzieren können. Mit einem Armutsrisiko von 8 Prozent schneidet Norwegen am besten ab. Deutschland erreicht mit 12 Prozent bei dieser Fa-

milienform den zweitbesten Wert. Die Schlusslichter sind Spanien (37 Prozent), Italien (41 Prozent) und Portugal (43 Prozent).

Abbildung 7 veranschaulicht die Gesamtergebnisse der Vergleichsländer im Zielfeld „Geringe Familienarmut“: So liegen die skandinavischen Länder hinsichtlich der Durchschnittspunktzahl der vier Indikatoren auf den vordersten Plätzen, wobei Dänemark mit rund 8 bis 10 Punkten Vorsprung die Spitzengruppe anführt. Mit etwas Abstand zu dieser Vierergruppe folgen die Niederlande, Frankreich und Deutschland. In Italien, Spanien und Griechenland sind die Familien von hohen Armutsrisiken betroffen – diese Länder erreichen bei diesem Zielfeld einen Indexwert von lediglich rund 20 Punkten.

3.5 Gleichstellung von Frau und Mann

Wie in der Einleitung und in Abschnitt 3.2 bereits erläutert, ist es ein wichtiges politisches Ziel, Frauen eine genauso hohe gesellschaftliche Teilhabe wie Männern zu ermöglichen, insbesondere auch in Form einer aktiven Teilnahme am Arbeitsleben. Hierzu gehört unter anderem, dass Frauen die gleichen Berufsmöglichkeiten und Karrierechancen haben wie ihre männlichen Kollegen. Damit sind beispielsweise – entsprechende Präferenzen aufseiten der Frauen vorausgesetzt – gleiche Aussichten auf Führungspositionen bei gleicher Qualifikation und eine gleich hohe Beschäftigtenquote gemeint. Derartige Ziele können durch Instrumente wie eine gut ausgebaute Infrastruktur bei der Kinderbetreuung erreicht werden, denn es ist davon auszugehen, dass in Ländern, die gute Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten, auch in einem besonderen Maße eine Gleichstellung von Frau und Mann erfolgt.

Die EU-Kommission (European Commission, 2008) bekräftigt, dass die Gleichheit zwischen Frauen und Männern einen der Grundwerte der Europäischen Union ausmacht. Daraus lässt sich für die Praxis ableiten, dass Berufskarrieren für beide Geschlechter nicht in Abhängigkeit von familiären Hintergründen stehen sollten (Bundesregierung, 2005; Hardarson, 2007). Dieses Ziel kann zum Beispiel realisiert werden, indem Frauen und Männer in gleicher Weise „Familien- und Erwerbsarbeit wahrnehmen können“ (Bundesregierung, 2005, Zeile 4654 ff.). Ebenfalls im Rahmen des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und SPD wurde davon gesprochen, dass Führungspositionen Frauen nicht länger in hohem Maße verwehrt bleiben sollten, sondern man sich aktiv für mehr Frauen in solchen Positionen einsetzen sollte.

Laut OECD sollten konkrete Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele darin bestehen, strukturelle Reformen und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen ins Leben zu rufen (OECD, 2008b). Vonseiten der EU-Kommission ist

im März 2006 ein Fahrplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern für die Jahre 2006 bis 2010 verfasst worden (EU-Kommission, 2006). In dieser Erklärung werden sechs Schwerpunkte oder Zielbereiche definiert, die jeweils mit zentralen Aktionen der EU-Kommission versehen sind. Zu den Schwerpunkten gehören unter anderem: die gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben sowie der Abbau von Geschlechterstereotypen in der Gesellschaft. Vonseiten der OECD wird jedoch konstatiert, dass zurzeit nur einige wenige Länder – etwa die skandinavischen Länder oder Portugal – Gleichstellungspolitik als einen vorrangigen Politikzweig begreifen (weitere Studien zu diesem Zielfeld siehe Übersicht A.6 im Anhang).

Im Rahmen des fünften Zielfelds sollen insgesamt neun Indikatoren betrachtet werden, welche das Ausmaß der Gleichstellung von Frau und Mann im Berufsleben widerspiegeln (Übersicht 6). Sie reichen von der geschlechtsspezifischen Lohn- und Beschäftigungslücke über den Frauenanteil in entscheidungsrelevanten Positionen bis hin zur Segregation der Geschlechter nach Branche und Beruf. Hierbei ist zu beachten, dass die berufliche Teilhabe von Frauen von zwei Seiten her beschränkt sein kann: Zum einen kann eine gesellschaftliche Benachteiligung vorliegen, indem Frauen beispielsweise weniger verdienen als Männer, zu gewissen Branchen keinen ausreichenden Zutritt haben oder durch die sogenannte gläserne Decke von Führungspositionen ferngehalten werden. Zum anderen darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Situation von den Frauen teilweise selbst gewählt sein kann, insofern sie eine höhere Präferenz als Männer haben, ihre Kinder selbst zu betreuen, und aus diesem Grund in Form von Auszeiten oder Teilzeitregelungen aus dem Berufsleben ganz oder teilweise aussteigen. Ein Wechsel in eine Teilzeitbeschäftigung zum Beispiel bringt des Öfteren die Beschäftigung in einer anderen Position oder Branche mit sich und kann unabhängig vom Geschlecht einen negativen Einfluss auf den Zugang zu Führungspositionen bedeuten.

Betrachtet man die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, ergeben sich im internationalen Vergleich große Unterschiede, die zum Teil auf unterschiedliche institutionelle Gegebenheiten zurückzuführen sind. Dennoch lassen sich einige einheitliche Trends und Erklärungsmuster ausmachen.

Laut Daten der OECD belief sich die geschlechtsspezifische Lohnlücke im OECD-Durchschnitt im Jahr 2006 auf 18 Prozent – das heißt, dass Frauen durchschnittlich 82 Prozent des Lohns der Männer erhielten. Dabei handelt es sich bei beiden Geschlechtern um die Medianbruttolöhne von Vollzeitbeschäftigten. Der Medianlohn ist der Betrag, der die nach ihrer Höhe geordneten Verdienste in zwei

Indikatoren zum Zielfeld V „Gleichstellung von Frau und Mann“

Übersicht 6

Indikator	Definition	Gewicht	Wirkung*
Lohnlücke zwischen Männern und Frauen	Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten, in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten, Beschäftigte in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten, in der NACE Rev. 1.1 Aggregat C bis O (ohne L)	1/4	-
Beschäftigungslücke zwischen Männern und Frauen		1/4	
Beschäftigungslücke zwischen geringqualifizierten Männern und Frauen	Differenz der Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen, in Prozentpunkten, Bildungsabschluss ohne abgeschlossene Berufsausbildung	1/12	-
Beschäftigungslücke zwischen mittelqualifizierten Männern und Frauen	Differenz der Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen, in Prozentpunkten, Bildungsabschluss der Sekundarstufe II oder höher (mit abgeschlossener Berufsausbildung, aber geringer als tertiärer Abschluss)	1/12	-
Beschäftigungslücke zwischen hochqualifizierten Männern und Frauen	Differenz der Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen, in Prozentpunkten, tertiärer Bildungsabschluss	1/12	-
Frauen in Führungspositionen oder politischen Ämtern		1/4	
Frauenanteil in Managementpositionen	Durchschnittlicher Anteil von Frauen im Management von Unternehmen, in Prozent	1/12	+
Frauenanteil im Parlament	Durchschnittlicher Anteil von Frauen im Parlament, in Prozent	1/12	+
Frauenanteil an Ministerposten	Durchschnittlicher Anteil von Frauen an allen Ministerposten, in Prozent	1/12	+
Segregation nach Branche und Beruf		1/4	
Segregation nach Branche	Durchschnittlicher Anteil der Beschäftigung von Frauen und Männern nach Branche, in Prozent; Unterschiede werden aufaddiert, um den vollen Betrag des geschlechtsspezifischen Ungleichgewichts als Anteil an der gesamten Beschäftigung abzubilden	1/8	-
Segregation nach Beruf	Durchschnittlicher Anteil der Beschäftigung von Frauen und Männern nach Berufsfeld, in Prozent; Unterschiede werden aufaddiert, um den vollen Betrag des geschlechtsspezifischen Ungleichgewichts als Anteil an der gesamten Beschäftigung abzubilden	1/8	-

* - = negative Wirkung, + = positive Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

Hälften teilt. Im Zeitraum 1995 bis 2006 haben sich im OECD-Durchschnitt die geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede um 4 Prozentpunkte reduziert. Die OECD operiert bei ihren Berechnungen mit Daten der OECD Database on Earnings Distribution (OECD, 2008b, 358).

Die jeweiligen Länderwerte zur geschlechtsspezifischen Lohnlücke lassen sich auf nationale Charakteristika zurückführen. So weisen oftmals diejenigen Länder einen geringen Lohnabstand zwischen Männern und Frauen auf, in denen hochqualifizierte Frauen überdurchschnittlich am Arbeitsmarkt partizipieren und geringqualifizierte Frauen unterrepräsentiert sind. Als Beispiel hierfür ist Malta zu nennen, auch wenn es aufgrund unzureichender Daten im Hinblick auf die Gesamtheit der Indikatoren keinen Eingang in die vorliegende Untersuchung gefunden hat. Hingegen sind beispielsweise in Deutschland hochqualifizierte Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht in dem Maße höher repräsentiert als in den Vergleichsländern. Zudem sind im geringqualifizierten Segment Frauen nicht in dem Maße weniger stark vertreten wie andernorts. Dies geht in Deutschland mit einer vergleichsweise hohen Lohnlücke zwischen Männern und Frauen einher.

In der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema und vonseiten der Politik werden folgende mögliche Einflussfaktoren auf die geschlechtsspezifische Lohnlücke identifiziert:

- Bildung und Berufserfahrung,
- Beschäftigungsform (zum Beispiel Teilzeitarbeit),
- Erwerbsunterbrechungen,
- Branchen- und Berufswahl sowie betriebliche Einflüsse,
- innerbetriebliche Faktoren (zum Beispiel Erfassung durch Tarifverträge) und
- weitere Einflussfaktoren (zum Beispiel Wertvorstellungen).

Das Bildungsniveau und andere persönliche Charakteristika werden gemeinhin nicht mehr als Hauptursachen für die geschlechtsspezifische Lohnlücke angesehen. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Bildungsabschlüsse von Frauen stetig verbessert und Frauen haben zudem in den letzten Jahren hinsichtlich ihrer Qualifikationen mit den Männern gleichgezogen.

Der zweite Erklärungsgrund, die Beschäftigungsform, scheint da schon von größerer Bedeutung zu sein. So zeigt sich, dass Frauen in viel stärkerem Maße als Männer Teilzeiterwerbstätigkeiten nachgehen, was größtenteils auf die Betreuung der Kinder zurückzuführen ist. Zum einen kann es von Frauen gewünscht sein, stärker familiär engagiert zu sein, zum anderen kann es aber auch auf mangelhafte Kinderbetreuungsinfrastruktur in den einzelnen Staaten zurückzuführen sein.

Ein wichtiger Einflussfaktor auf die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ist also die intensivere Zeitverwendung von Frauen für die Kinderbetreuung. Im

Vergleich zu Männern kommt es öfter zu Arbeitszeiteinschränkungen mit einem Wechsel von Vollzeit- zu Teilzeitarbeit und einer damit einhergehenden vertikalen Segregation (geschlechtsspezifisch unterschiedliche Karrieren). Da eine Teilzeitbeschäftigung auch zu einem Arbeitsplatzwechsel führen kann, weil möglicherweise die alte Arbeitsstelle keine Teilzeitbeschäftigung zulässt, kann zudem eine horizontale oder sektorale Segregation (geschlechtsspezifisch unterschiedliche Branchen und Berufe) die Folge sein.

Es lässt sich in der Tat beobachten, dass sich Frauen einerseits tendenziell in anderen Branchen und Berufen als Männer betätigen, was auch auf unterschiedliche Präferenzen zurückzuführen ist. Andererseits bestehen Unterschiede im Karriereweg und -verhalten von Männern und Frauen mit gleichen Berufsbildern

und bei gleichen Unternehmenstypen. Man kann also von einer horizontalen und vertikalen Segregation auf dem Arbeitsmarkt sprechen. Diese Einflussfaktoren machen einen weitaus bedeutenderen Anteil an der geschlechtsspezifischen Lohnlücke aus als persönliche Charakteristika wie das Bildungsniveau (zu einer Bewertung der verschiedenen Einflussfaktoren auf die Lohnlücke vgl. Diekmann et al., 2008b).

Wie aus Tabelle 24 hervorgeht, ist die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen in Italien sehr klein. So verdient dort eine Frau brutto pro Stunde lediglich 4,4 Prozent weniger als ein Mann. Mit fast 26 Prozent vergleichsweise groß ist die Lohnlücke hingegen in Österreich. Dies ist der höchste Wert aller betrachteten Länder, gefolgt von Tschechien und den Niederlanden. Deutschland liegt mit 23 Prozent auf dem viertschlechtesten Platz. Obwohl in den letzten Jahrzehnten ein genereller Trend zu einer Annäherung der Löhne von Frauen an die der Männer zu beobachten ist, ist die geschlechts-

Höhe der geschlechtsspezifischen Lohnlücke Tabelle 24

Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und weiblichen Beschäftigten, in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten

	2002	2007
Belgien	k. A.	9,5*
Dänemark	k. A.	19,1
Deutschland	k. A.	23,0
Finnland	k. A.	20,0
Frankreich	k. A.	k. A.
Griechenland	k. A.	k. A.
Irland	15,1	17,1
Italien	k. A.	4,4*
Niederlande	18,7	23,6
Norwegen	k. A.	15,7
Österreich	k. A.	25,5
Polen	7,5	7,5
Portugal	k. A.	8,3
Schweden	k. A.	17,9
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	20,2	17,6
Tschechien	22,1	23,6
Ungarn	19,1	16,3
Vereinigtes Königreich	27,3	21,1

* 2006.

Quellen: Eurostat, 2002; Eurostat, 2007

spezifische Lohnlücke seit 2002 in den Niederlanden, Tschechien und Irland gewachsen. Für viele der betrachteten Länder liegen allerdings keine Vergleichswerte aus dem Jahr 2002 vor.

Es besteht ein schwach negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der geschlechtsspezifischen Beschäftigungslücke und der geschlechtsspezifischen Lohnlücke. Was die Beschäftigungslücke angeht, lässt sich feststellen, dass diese zwar im Zeitverlauf immer weiter abgenommen hat. Allerdings konstatiert die OECD (2008b, 143) auf Basis der OECD Database on Labour Force Statistics, dass sich hierbei innerhalb der letzten zehn Jahre das Tempo verringert habe.

Aus Daten der OECD (2008b) geht hervor, dass sich die generelle Beschäftigungslücke zwischen Männern und Frauen im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder im Jahr 2005 auf 18 Prozentpunkte belief. Deutschland liegt mit 15 Prozentpunkten um 3 Prozentpunkte unter diesem Wert und schneidet damit besser ab als der Durchschnitt. Differenziert man nach unterschiedlichen Qualifikationsniveaus, wird deutlich, dass sowohl im OECD-Durchschnitt als auch in Deutschland die geschlechtsspezifische Beschäftigungslücke besonders hoch im geringqualifizierten Bereich ist. Die Differenz der Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen beläuft sich in diesem Segment in Deutschland auf rund 18 Prozentpunkte (Tabelle 25) und auf 23 Prozentpunkte im Durchschnitt der gesamten OECD. Wenn man Erwerbstätige mit Tertiärabschluss miteinander vergleicht, beträgt die geschlechtsspezifische Beschäftigungslücke in Deutschland nur knapp 8 Prozentpunkte (Tabelle 27), im OECD-Durchschnitt sind es 10 Prozentpunkte. Zur Berechnung sind 25- bis 64-jährige erwerbstätige Personen als Anteil an der Bevölkerung gleichen Alters betrachtet worden.

Geringqualifizierte Frauen partizipieren in Relation zu geringqualifizierten

Höhe der geschlechtsspezifischen Beschäftigungslücke im geringqualifizierten Segment Tabelle 25

Differenz der Beschäftigtenquoten von Männern und Frauen, in Prozentpunkten

	2001	2006
Belgien	28,8	24,6
Dänemark	17,7	15,0
Deutschland	20,8	18,2
Finnland	9,0	9,0
Frankreich	20,0	14,4
Griechenland	43,8	41,2
Irland	36,5	34,7
Italien	39,9	38,2
Niederlande	30,4	29,2
Norwegen	15,4	11,8
Österreich	18,6	16,2
Polen	19,9	22,5
Portugal	21,3	17,7
Schweden	13,3	17,2
Schweiz	24,8	19,7
Spanien	42,7	37,1
Tschechien	14,5	12,8
Ungarn	10,8	13,1
Vereinigtes Königreich	11,9	10,8

Quellen: OECD, 2008a; eigene Berechnungen

Höhe der geschlechts-spezifischen Beschäftigungslücke im mittelqualifizierten Segment Tabelle 26

Differenz der Beschäftigtenquoten von Männern und Frauen, in Prozentpunkten

	2001	2006
Belgien	19,4	16,7
Dänemark	8,0	9,6
Deutschland	12,4	10,5
Finnland	8,0	6,4
Frankreich	15,0	11,1
Griechenland	34,7	31,0
Irland	26,9	23,8
Italien	20,9	19,2
Niederlande	15,8	11,7
Norwegen	7,8	9,0
Österreich	15,4	12,0
Polen	13,5	17,8
Portugal	3,8	4,8
Schweden	4,3	7,6
Schweiz	19,2	14,4
Spanien	27,2	21,6
Tschechien	17,3	18,3
Ungarn	13,7	14,3
Vereinigtes Königreich	8,6	8,7

Quellen: OECD, 2008a; eigene Berechnungen

Männern besonders stark in Finnland und im Vereinigten Königreich am Arbeitsmarkt. Im Vereinigten Königreich ist die geschlechtsspezifische Beschäftigungslücke im Fünfjahresvergleich zudem gesunken. Mit Ausnahme von Finnland, Polen, Schweden und Ungarn lässt sich der Befund einer gesunkenen Beschäftigungslücke im geringqualifizierten Segment für alle betrachteten Länder bestätigen.

Bei den mittleren Qualifikationen zeigt sich ein ähnliches Bild: Auch hier

gibt es im Zeitvergleich in der überwiegenden Anzahl der Länder eine Senkung der Beschäftigungslücke zwischen Männern und Frauen (Tabelle 26). Besonders klein ist die Beschäftigungslücke in Portugal (4,8 Prozentpunkte), gefolgt von Finnland (6,4 Prozentpunkte). Besonders groß fällt sie hingegen – wie schon beim vorherigen Indikator – in Griechenland aus, wo sie 31 Prozentpunkte beträgt. Deutschland liegt hier mit 10,5 Prozentpunkten im oberen Mittelfeld des Ländervergleichs.

Höhe der geschlechts-spezifischen Beschäftigungslücke im hochqualifizierten Segment Tabelle 27

Differenz der Beschäftigtenquoten von Männern und Frauen, in Prozentpunkten

	2001	2006
Belgien	9,1	7,0
Dänemark	3,5	4,8
Deutschland	8,4	7,8
Finnland	4,7	4,7
Frankreich	8,3	7,0
Griechenland	10,9	9,0
Irland	11,3	10,0
Italien	12,0	10,4
Niederlande	8,8	5,0
Norwegen	5,3	3,9
Österreich	7,0	6,7
Polen	7,3	5,8
Portugal	2,4	3,5
Schweden	1,3	1,1
Schweiz	11,6	10,0
Spanien	14,1	9,4
Tschechien	11,7	13,2
Ungarn	9,9	8,3
Vereinigtes Königreich	5,8	3,5

Quellen: OECD, 2008a; eigene Berechnungen

Tabelle 27 zeigt, dass hochqualifizierte Frauen im Vergleich zu Männern gleicher Qualifikation in den verschiedenen betrachteten Staaten unterschiedlich stark am Arbeitsmarkt partizipieren. Während die geschlechtsspezifische Beschäftigungslücke in diesem Segment in Schweden bei nur 1,1 Prozentpunkten liegt, beläuft sie sich in Tschechien auf rund 13 Prozentpunkte. In Deutschland ist die Beschäftigungslücke im hochqualifizierten Segment mit 7,8 Prozentpunkten ebenfalls recht hoch, während sie über alle drei Qualifikationsniveaus hinweg vergleichsweise gering ausfällt. Dieser Befund legt nahe, dass in Deutschland hochqualifizierte Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht in dem Maße stärker als Frauen mit geringer Qualifikation repräsentiert sind, wie dies in anderen Staaten der Fall

ist. So ist in Deutschland die Beschäftigungslücke im geringqualifizierten Segment nur ungefähr 2,3-mal so groß wie im hochqualifizierten Segment. Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Beschäftigungslücke liegt Deutschland im hochqualifizierten Segment einen Platz hinter seiner Position beim geringqualifizierten Segment. Für Griechenland hingegen zeigt sich zwischen den Beschäftigungslücken in diesen beiden Segmenten eine große Differenz von rund 32 Prozentpunkten – die Beschäftigungslücke zwischen geringqualifizierten Männern und Frauen ist dort fast 4,6-mal höher als jene zwischen hochqualifizierten Männern und Frauen.

Neben Unterschieden beim allgemeinen Zugang zu Beschäftigung treten für Frauen im Vergleich zu Männern auch Unterschiede beim Zugang zu Führungs-

Anteile der Frauen im Management, Parlament und Ministeramt

Tabelle 28

in Prozent

	Management	Parlament	Ministeramt
	2006	2008	2008
Belgien	29,4	34,7	21,4
Dänemark	23,4	36,9	33,3
Deutschland	23,4	31,8	46,2
Finnland	29,8	k. A.	47,1
Frankreich	33,6	12,2	17,6
Griechenland	24,4	13,0	5,6
Irland	38,8	13,3	21,4
Italien	12,8	17,3	8,3
Niederlande	23,0	36,7	36,0
Norwegen	26,6	37,9	44,4
Österreich	31,1	33,9	35,3
Polen	38,2	20,4	5,9
Portugal	28,3	21,3	16,7
Schweden	31,6	45,3	52,4
Schweiz	21,2	25,0	14,3
Spanien	17,2	36,0	50,0
Tschechien	30,0	17,0	11,1
Ungarn	38,3	10,4	11,8
Vereinigtes Königreich	33,4	19,7	28,6

Quellen: OECD, 2007a, 45; OECD, 2009c

Segregation der Geschlechter nach Beruf und Branche

Tabelle 29

im Jahr 2006*

	nach Beruf	nach Branche
Belgien	26,1	18,3
Dänemark	27,8	19,4
Deutschland	26,5	18,2
Finnland	29,0	22,7
Frankreich	26,6	18,1
Griechenland	22,4	15,9
Irland	26,8	22,7
Italien	23,7	17,8
Niederlande	25,6	18,0
Norwegen	k. A.	k. A.
Österreich	25,9	19,3
Polen	25,5	19,4
Portugal	26,5	20,4
Schweden	26,8	21,6
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	27,1	20,4
Tschechien	28,1	19,1
Ungarn	28,8	19,9
Vereinigtes Königreich	25,6	18,6

* Summe der Unterschiede der Beschäftigung von Männern und Frauen nach Beruf und Branche, in Prozentpunkten.
Quelle: European Commission, 2008, 33

positionen auf. Irland, Ungarn und Polen sind die Spitzenreiter beim Anteil von Frauen im Management von Unternehmen (Tabelle 28). Der Frauenanteil liegt in diesen Ländern zwischen 38 und 39 Prozent. Nur knapp ein Drittel dieses Anteils wird in Italien erreicht, dem Land mit der schlechtesten Performance. Deutschland hat bei diesem Indikator mit 23,4 Prozent einen Platz im Mittelfeld und liegt gleichauf mit Dänemark.

Sowohl beim Anteil der Frauen im Parlament als auch beim Anteil der Frauen, die an der Spitze von Ministerien stehen, liegt Schweden an erster Stelle. Beim Frauenanteil im Parlament liegt es mehr als 7 Prozentpunkte vor Norwegen, dem Zweitplatzierten. In Deutschland wird mit fast 32 Prozent ebenfalls ein vergleichsweise hoher Frauenanteil im Parlament erreicht. Auf dem letzten Platz liegt Ungarn mit 10,4 Prozent.

Der Frauenanteil an der Spitze von Ministerien ist in Deutschland hoch. Hierzulande wird fast die Hälfte dieser Spitzenpositionen von Frauen besetzt. Sehr gering fällt hingegen der Anteil der Ministerinnen in Griechenland und Polen mit 5,6 respektive 5,9 Prozent aus.

Im Gegensatz zum gerade dargestellten Indikator schneidet Griechenland bei den folgenden beiden Indikatoren im internationalen Vergleich sehr gut ab, denn dort ist die Segregation der Geschlechter nach Branche und Beruf am geringsten ausgeprägt (Tabelle 29). Das heißt, dass Frauen und Männer in Griechenland öfter ähnliche Berufe ausüben und in ähnlichen Branchen aktiv sind als beispielsweise in Finnland. Allerdings ist zu konstatieren, dass die Werte der einzelnen Vergleichsländer bei diesem Indikator recht nah beieinander liegen. Für Deutschland ist – wie für einige andere Länder auch – eher eine Trennung in sogenannte Frauenberufe

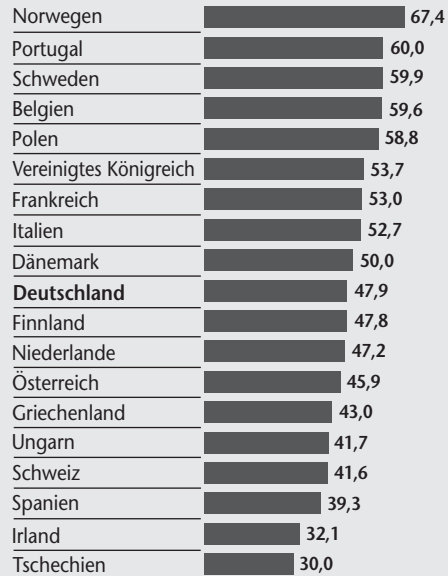
und Männerberufe als eine Trennung nach Branche zu beobachten.

Im fünften Zielfeld befindet sich Deutschland auf einem mittleren Rang (Abbildung 8). Die Gleichstellung von Frau und Mann wird in relativ hohem Maße in Norwegen, Portugal, Schweden, Belgien und Polen gewährleistet. Hingegen nehmen Irland und Tschechien die beiden letzten Plätze ein. Im Gegensatz zu anderen Zielfeldern – beispielsweise dem Bereich Bildung – vermag sich keines der Länder deutlich abzusetzen und einen hohen Indexwert von über 90 Punkten zu erreichen. So genügen Norwegen hier gut 67 Punkte für den ersten Rang. Folglich kann bei der Geschlechtergerechtigkeit kein Land in allen betrachteten Indikatoren überzeugen und nah am jeweiligen Bestwert abschneiden.

Zielfeld V „Gleichstellung von Frau und Mann“

Abbildung 8

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)



Eigene Berechnungen

4

Die Handlungsfelder im europäischen Vergleich

Auf Basis einer umfangreichen Literatursichtung sind drei familienpolitische Handlungsfelder identifiziert worden, die auch vonseiten der Politik als zentrale Handlungsfelder betrachtet werden. Seit dem Jahr 2005 hat die Bundesregierung neue Prioritäten in der Familienpolitik gesetzt: gezielte finanzielle Hilfen, mehr Familienorientierung in der Arbeitswelt sowie eine gute Infrastruktur der Betreuung und Förderung von Kindern aller Altersgruppen.

Die Handlungsfelder, die sich durch die wissenschaftliche Literatur stützen lassen, lauten somit:

- finanzielle Unterstützung,
- Infrastruktur und
- Zeit.

Die Abschnitte 4.1 bis 4.3 werden – im Zusammenhang mit einem Literaturüberblick (vgl. die Übersichten A.7 bis A.9 im Anhang) – jeweils eines der drei Handlungsfelder näher betrachten, Indikatoren identifizieren sowie die Daten zu diesen Indikatoren zusammenstellen und auswerten.

4.1 Finanzielle Unterstützung

Viele Länder nutzen finanzielle Transfers, um Familien in ihren Aufgaben von staatlicher Seite zu unterstützen. Im Vergleich zu Kinderlosen haben Familien mit Kindern höhere Lebenshaltungskosten. Ferner weisen kinderreiche Familien ein erhöhtes Armutsrisiko auf. Auch aus theoretischer Sicht kommt finanziellen Transfers neben der staatlichen Infrastruktur eine große Bedeutung zu, beispielsweise bei der Bekämpfung von Familienarmut. So stellen Adam et al. (2006, 1) heraus, dass es grundsätzlich zwei Strategien bezüglich der Hilfe für einkommensschwache Personen gibt: Zum einen kann durch direkte Transfers für Abhilfe gesorgt werden. Zum anderen sind Maßnahmen denkbar, die hilfebedürftige Personen darin unterstützen, eigenständig ein Einkommen zu erwirtschaften. Letzteres wird aus familienpolitischer Sicht beispielsweise durch eine gut ausgebaute Kinderbetreuungsinfrastruktur und durch institutionalisierte Altenpflege gewährleistet.

Von Praktikern wie Theoretikern werden diese beiden Maßnahmenstränge auch als kombinierbar angesehen (Whiteford/Adema, 2007). So vertreten Grabka/Krause (2005, 161) die Ansicht, dass „einerseits ... Rahmenbedingungen [ge]schaffen [werden können], die es Eltern erleichtern, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Ferner können direkte Transfers eingesetzt werden“. Allerdings wirken die Maßnahmentypen in unterschiedlichen Zeiträumen. So sind laut Bundesregierung (2008b) Infrastrukturmaßnahmen eher „mittelfristig und präventiv“ angelegt, während monetäre Transfers oder steuerliche Maßnahmen kurzfristiger wirken. Gezielte Maßnahmen sind unter anderem in der Lage, einen gerechten Lastenausgleich für Familien zu bieten sowie die Erwerbsbereitschaft zu fördern (Bundesregierung, 2008b). D’Addio/d’Ercole (2005) kommen zu dem Ergebnis, dass sich finanzielle Transfers nicht nur auf Familien auswirken, die schon Kinder haben, sondern dass auf diese Weise auch indirekt der Kinderwunsch beeinflusst werden kann (weitere Studien zu diesem Handlungsfeld siehe Übersicht A.7 im Anhang).

Indikatoren zum Handlungsfeld I „Finanzielle Unterstützung“

Übersicht 7

Indikator	Definition	Gewicht	Wirkung*
Ausgaben für Transfers	Staatliche Ausgaben für monetäre Transfers an Familien, in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1/4	+
Mindereinnahmen aufgrund von Steuervergünstigungen	Staatliche Mindereinnahmen, die sich auf Steuervergünstigungen für Familien zurückführen lassen, in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1/4	+
Zahlungen während des Mutterschutzes	Unterstützungsleistungen während des Mutterschutzes, in Prozent des Verdiensts eines Average Production Workers (APW – durchschnittlicher Beschäftigter im Verarbeitenden Gewerbe)	1/4	+
Kindergeldzahlungen	Staatliche Unterstützungsleistungen für Familien, maximale Leistung für das erste Kind im Alter von drei bis zwölf Jahren, in Prozent des Verdiensts eines Average Production Workers (APW – durchschnittlicher Beschäftigter im Verarbeitenden Gewerbe)	1/4	+

* + = positive Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

Die vier Indikatoren im Handlungsfeld „Finanzielle Unterstützung“ werden jeweils mit dem gleichen Gewicht versehen (Übersicht 7). Staatliche Ausgaben für Transfers und Mindereinnahmen durch Steuervergünstigungen stellen bei aggregierter Betrachtung in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) Substitute dar. Bei Indikatoren, welche die gesamten familienbezogenen Leistungen in Relation zum BIP betrachten, werden diese beiden Indikatoren daher häufig additiv verknüpft. Neben der aggregierten Betrachtung dieser beiden Indikatoren soll hier mit demselben Gewicht die individuelle Perspektive in Form von Geldleistungen in Relation zum durchschnittlichen Einkommen eines Haushalts eingehen: Mit jeweils 25 Prozent Gewicht werden zum einen Zahlungen von Staat und Unternehmen während des Mutterschutzes und zum anderen Kindergeldzahlungen berücksichtigt.

Widmet man sich den Transfers für Familien, dann wird deutlich, dass es in den meisten Ländern im Zeitablauf kaum Veränderungen hinsichtlich ihres Anteils am Bruttoinlandsprodukt gegeben hat (Tabelle 30). So hat Deutschland den Transferanteil vom Jahr 2000 auf das Jahr 2005 um 0,2 Prozentpunkte erhöht – von 1,2 Prozent auf 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Nur in zwei anderen Ländern lässt sich eine höhere Zunahme verzeichnen. In Irland gab es mit 0,6 Prozentpunkten die größte Steigerung.

Höhe der staatlichen Ausgaben für familienbezogene monetäre Transfers Tabelle 30

in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	2000	2005
Belgien	1,8	1,7
Dänemark	1,5	1,5
Deutschland	1,2	1,4
Finnland	1,7	1,6
Frankreich	1,5	1,4
Griechenland	0,7	0,7
Irland	1,6	2,2
Italien	0,5	0,6
Niederlande	0,7	0,6
Norwegen	1,9	1,6
Österreich	2,4	2,4
Polen	1,0	0,8
Portugal*	0,7	0,7
Schweden	1,5	1,5
Schweiz	1,0	1,0
Spanien	0,3	0,4
Tschechien	1,5	1,2
Ungarn	1,9	1,9
Vereinigtes Königreich	1,9	2,2

* Beide Werte aus dem Jahr 2003.
Quelle: OECD, 2009a

Manche Länder unterstützen Familien stärker durch direkte Transfers, manche versuchen, unter anderem deren höhere Lebenshaltungskosten durch das Steuersystem abzumildern. Dabei bilden steuerliche Maßnahmen einen Ersatz für direkte monetäre Transfers: “Fiscal measures with social effects are those which can be seen as replacing cash benefits (e. g. child tax allowances)” (OECD, 2007e, 26). Teilweise wird ein internationaler Vergleich hier

dadurch erschwert, dass die Steuersysteme unterschiedlich ausgestaltet sind und kein Steuersystem als Benchmark fungiert (OECD, 2007e, 34). Deutschland ist das Land, das am umfangreichsten Steuervergünstigungen für Familien gewährt, was sich unter anderem auf Leistungen im Rahmen des Ehegattensplittings zurückführen lässt. Keine speziellen steuerlichen Vergünstigungen gewähren die skandinavischen Länder (mit Ausnahme von Norwegen) sowie Italien (Tabelle 31).

Höhe der staatlichen Mindereinnahmen aufgrund von familienbezogenen Steuervergünstigungen Tabelle 31

in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	2003	2005
Belgien	0,55	0,52
Dänemark	0,00	0,00
Deutschland	1,02	0,87
Finnland	0,00	0,00
Frankreich	0,76	0,77
Griechenland	k. A.	k. A.
Irland	0,10	0,10
Italien	0,00	0,00
Niederlande	0,46	0,61
Norwegen	0,12	0,12
Österreich	0,02	0,04
Polen	k. A.	0,04
Portugal	0,19	0,18
Schweden	0,00	0,00
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	0,08	0,10
Tschechien	0,42	0,45
Ungarn	k. A.	k. A.
Vereinigtes Königreich	0,36	0,35

Quellen: OECD, 2007a; OECD 2009a

Die Daten für den Indikator „Zahlungen während des Mutterschutzes“ stammen aus der OECD Family Database (OECD, 2009a). Dieser Indikator ist aufgenommen worden, da er Aufschluss darüber gibt, wie stark Mütter insbesondere in der ersten Lebensphase ihres Kindes von staatlicher Seite unterstützt werden. Für den Vergleichszeitraum 1998 bis 2000 wurde eine ältere Untersuchung herangezogen (Platenga/Siegel, 2004). Tabelle 32 bringt zum Ausdruck, dass rund die Hälfte der Länder mit den Zahlungen den vollen Verdienst eines sogenannten Average Production Workers (APW – durchschnittlicher Beschäftigter im Verarbeitenden Gewerbe) ausgleichen, unter anderem Deutschland und die Niederlande. Am wenigsten wird im Vereinigten Königreich mit knapp 24 Prozent des Verdiensts eines APW gezahlt.

Das Kindergeld stellt eine Maßnahme dar, um gezielt Kinder zu unterstützen und ihre Existenzgrundlage zu sichern. Familien werden dabei in den einzelnen Ländern je nach Anzahl der Kinder unterschiedlich stark gefördert. So gibt es in einigen Ländern eine Staffelung, sodass teilweise für das erste Kind keine Zahlung stattfindet und für jedes weitere Kind immer mehr Geld fließt. Diese Vorgehensweise verfolgt unter anderem den Zweck, Mehrkindfamilien gezielter zu unterstützen und Bürger zu ermutigen, mehrere Kinder zu bekommen.

Die Wichtigkeit von Leistungen wie dem Kindergeld wird vonseiten des Bundesfamilienministeriums unterstrichen: „Einige familienpolitische Leistungen haben sich zur maßgeblichen Reduktion von Kinderarmut bewährt (Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss). Diese sollten weiter entwickelt und ergänzt werden“ (BMFSFJ, 2008, V). Der hier verwendete Indikator stellt die maximale Leistung für das erste Kind im Alter von drei bis zwölf Jahren in Prozent des

Höhe der Zahlungen während des Mutterschutzes

Tabelle 32

in Prozent des Verdiensts eines durchschnittlichen Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe

	1998–2000	2006/2007
Belgien	75	75,3
Dänemark	90	100
Deutschland	100	100
Finnland	65	96,6
Frankreich	100	100
Griechenland	50	100
Irland	70	37,9
Italien	80	76,2
Niederlande	100	100
Norwegen	100	100
Österreich	100	100
Polen	100	100
Portugal	100	100
Schweden	80	80
Schweiz	k. A.	80
Spanien	100	100
Tschechien	69	48,9
Ungarn	70	70
Vereinigtes Königreich	k. A.	23,8

Quellen: Platenga/Siegel, 2004; OECD, 2009a

Höhe des Kindergelds

Tabelle 33

Maximale Leistung für das erste Kind im Alter von drei bis zwölf Jahren, im Jahr 2007, in Prozent des Verdiensts eines durchschnittlichen Beschäftigten in der Verarbeitenden Industrie

Belgien	3
Dänemark	4
Deutschland ¹	4
Finnland	3
Frankreich ²	2
Griechenland	0
Irland	6
Italien	5
Niederlande	3
Norwegen	3
Österreich	4
Polen	2
Portugal	2
Schweden	4
Schweiz	3
Spanien	1
Tschechien	3
Ungarn	7
Vereinigtes Königreich	3

¹ Ohne Kinderzuschlag; ² Kindergeld wird erst ab der Geburt eines zweiten Kindes gezahlt, dann aber für jedes der Kinder.
Quelle: OECD, 2009a

Verdiensts eines APW dar (Tabelle 33). Ungarn und Irland liegen an der Spitze der betrachteten 19 europäischen Länder, was die maximalen Kindergeldzahlungen (oder vergleichbarer Leistungen) angeht. In Frankreich hingegen kommt dem ersten Kind gar keine Zahlung zugute; sobald jedoch ein zweites Kind geboren wird,

beträgt dort die Zahlung für jedes Kind 2 Prozent des Verdiensts eines APW. Für das Vergleichsjahr 2002 liegen keine Daten vor.

Abbildung 9 veranschaulicht die relativen Durchschnittspunktwerte der einzelnen Länder für das Handlungsfeld „Finanzielle Unterstützung“, nachdem die oben betrachteten Indikatoren auf einem Intervall skaliert wurden, das von 0 bis 100 Punkten reicht. Dabei gehen die vier Indikatoren in diese Durchschnittspunktzahl jeweils mit dem gleichen Gewicht ein. Deutschland liegt im Feld der finanziellen Unterstützung von Familien mit einer Durchschnittspunktzahl von 77 Punkten auf dem ersten Rang. Polen, Italien, Spanien

Handlungsfeld I

Abbildung 9

„Finanzielle Unterstützung“

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)

Deutschland	77,0
Frankreich	66,5
Österreich	65,4
Ungarn	58,9
Belgien	58,3
Niederlande	55,7
Norwegen	54,0
Dänemark	53,6
Irland	51,9
Finnland	49,6
Schweden	46,7
Vereinigtes Königreich	43,7
Schweiz	43,1
Tschechien	41,3
Portugal	40,3
Polen	37,2
Italien	36,7
Spanien	31,4
Griechenland	28,3

Eigene Berechnungen

und Griechenland belegen die hinteren Plätze. Deutschlands Position ist insbesondere seiner Stärke bei den Steuervergünstigungen geschuldet. Bei den Zahlungen während des Mutterschutzes hingegen erzielen auch viele andere Länder 100 Punkte und bei den finanziellen Transfers liegt Deutschland im Mittelfeld. Im Durchschnitt der betrachteten vier Indikatoren erzielt Deutschland einen Wert, der auf der Strecke zwischen dem jeweils schlechtesten und dem jeweils besten Wert bei den Einzelindikatoren durchschnittlich 77 Prozent erreicht. Griechenland hat diesbezüglich hingegen nur eine durchschnittliche Strecke von rund 28 Prozent zurückgelegt.

4.2 Infrastruktur

Eine gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur in Form eines guten Angebots an Tagesmüttern, Kindertagesstätten, Vor- und Grundschulen erfüllt einen doppelten Zweck. Zum einen wird es auf diese Weise Eltern ermöglicht, früh wieder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Dies ist aus volkswirtschaftlicher Sicht mit positiven Effekten wie einem höheren Arbeitsangebot sowie höheren Steuereinnahmen und Zahlungen in die Sozialversicherungen verbunden. Zum anderen sind hier positive Einflüsse auf die Entwicklungschancen von Kindern zu nennen (Diekmann et al., 2008a). Gerade eine qualitativ und quantitativ gut ausgebaute Unter-Dreijährigen-Betreuung (U3-Betreuung) gewährleistet Startchancengerechtigkeit und eine positive Entwicklung im weiteren Lebensverlauf. So zeigen Cunha/Heckman (2007), dass eine gute frühkindliche Förderung imstande ist, Nachteile bei Kindern aus bildungsfernen Haushalten zu verringern. Sie kommen zu dem Schluss, dass frühe Investitionen in Bildung wirkungsvoller sind als Maßnahmen in späteren Lebensperioden.

Bereits in Abschnitt 3.4 wurden einem Infrastrukturausbau neben Bildungseffekten auch Effekte im Kampf gegen Kinder- und Familienarmut zugesprochen. So stellt die deutsche Bundesregierung heraus, dass „das Armutsrisiko von Kindern ... stark von der Nichterwerbstätigkeit der Eltern ab[hängt]“ (Bundesregierung, 2008b, XXI). Doch eine Stärkung der Erwerbsbeteiligung ist nicht nur aus Gründen der Armutsvermeidung zu befürworten: Auf der einen Seite sind – insbesondere hochqualifizierte – Frauen als Arbeitskräfte in Zeiten des Fachkräftemangels unverzichtbar. Auf der anderen Seite entspricht es zunehmend den Wünschen von Frauen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. So übersteigen bei Frauen die gewünschten Arbeitszeiten die tatsächlichen Arbeitszeiten. Dies wird daran deutlich, dass von rund 50 Prozent der Paare mit kleinen Kindern eine Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit der Mutter gewünscht, aber tatsächlich nur von einem Drittel dieser Paare realisiert wird (Eichhorst et al., 2007, 39).

Westdeutsche Mütter mit Kindern unter drei Jahren geben zu 77 Prozent an, dass nur ein Elternteil erwerbstätig ist, gewünscht wird dieses Modell jedoch lediglich von 14 Prozent der befragten Mütter (Beckmann, 2002).

Insbesondere die Infrastruktur im frühkindlichen Bereich sollte daher so ausgestaltet sein, dass sie erstens für die Kinder den Bildungsaspekt umfassend berücksichtigt und zweitens durch die Ausgestaltung der Betreuungsleistungen (etwa durch geeignete Öffnungszeiten) die Erwerbs-situation der Eltern mit einbezieht (Steiner/Wrohlich, 2006). Von einem umfangreichen Betreuungs- und Bildungsangebot sind nicht nur positive Effekte auf die Erwerbstätigkeit von Müttern zu erwarten, „sondern [es] könnte sich auch positiv auf Fertilitätsentscheidungen auswirken“ (Hank et al., 2003, 2). Ferner kann frühkindliche Betreuung nach Anger/Schmidt (2008) helfen, die Erwerbsunterbrechungen von Frauen zu reduzieren, was wiederum mit einer Verringerung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke (vgl. Abschnitt 3.5) einhergeht (weitere Studien zu diesem Handlungsfeld siehe Übersicht A.8 im Anhang).

Indikatoren zum Handlungsfeld II „Infrastruktur“

Übersicht 8

Indikator	Definition	Gewicht	Wirkung*
Ausgaben für familienbezogene Infrastruktur	Staatliche Ausgaben für familienbezogene Infrastruktur, in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1/4	+
Besuchsquote Kinder unter drei Jahren	Anteil der unter dreijährigen Kinder, die Einrichtungen der Kinderbetreuung oder der frühkindlichen Bildung besuchen, in Prozent aller unter dreijährigen Kinder	1/4	+
Besuchsquote Kinder von drei bis fünf Jahren	Anteil der drei- bis fünfjährigen Kinder, die ganztags oder halbtags öffentliche oder private Einrichtungen besuchen, in Prozent aller drei- bis fünfjährigen Kinder	1/4	+
Strukturindikatoren Elementarbereich		1/4	
Betreuungsrelation Elementarbereich	Zahl der zu betreuenden Kinder pro Fachkraft im Vorschulbereich (Kinder im Alter zwischen drei und fünf Jahren)	1/8	-
Anteil privater Ausgaben Elementarbereich	Anteil der privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Vorschulbereich (Kinder im Alter zwischen drei und fünf Jahren), in Prozent aller Ausgaben	1/8	-

* - = negative Wirkung, + = positive Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

In das Handlungsfeld „Infrastruktur“ finden folgende Indikatoren Eingang (Übersicht 8): die am nominalen Bruttoinlandsprodukt gemessenen staatlichen Ausgaben für familienbezogene Infrastruktur, die Besuchsquote im U3-Bereich, die Besuchsquote im Elementarbereich (Alter zwischen drei und fünf Jahren) sowie zwei Strukturindikatoren im Elementarbereich. Die staatlichen Ausgaben in Relation zum BIP erhalten – wie die BIP-bezogenen Größen im Handlungsfeld „Finanzielle Unterstützung“ – ein Gewicht von 25 Prozent. Weitere 25 Prozent Gewicht werden jeweils auf die Besuchsquoten bei Kindern im Alter unter drei Jahren und bei Kindern im Alter zwischen drei und fünf Jahren vergeben. Für den Bereich der Betreuung von drei- bis fünfjährigen Kindern werden mit einem Gesamtgewicht von 25 Prozent auch die Betreuungsrelation im Elementarbereich sowie der diesbezügliche private Finanzierungsbeitrag betrachtet. Dabei handelt es sich aus Daten Gründen um die gesamten privaten Ausgaben und nicht nur um die Ausgaben der Eltern, da hierfür keine differenzierten Angaben für die 19 betrachteten Länder vorliegen.

Betrachtet man die Ausgaben für familienbezogene Infrastruktur, so liegen Dänemark, Frankreich und Schweden mit einem Anteil von jeweils 1,6 Prozent des BIP an der Spitze der 19 Länder (Tabelle 34). Dahinter folgen Finnland und Norwegen. Mit jeweils unter 0,5 Prozent des BIP besonders niedrig sind die Ausgabenanteile in Irland, Polen, der Schweiz und Griechenland – dort steht relativ wenig Infrastruktur zur Verfügung. Deutschland liegt mit 0,7 Prozent im unteren Mittelfeld. Im Vergleich zum Jahr 2000 weist Deutschland einen konstanten Anteil auf. 14 der betrachteten 19 Länder konnten den Ausgabenanteil für familienbezogene Infrastruktur in dem Fünfjahreszeitraum steigern, Portugal hat ihn von 0,4 auf 0,8 Prozent verdoppelt.

Ausgaben für familienbezogene Infrastruktur

Tabelle 34

in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	2000	2005
Belgien	0,8	0,9
Dänemark	1,6	1,6
Deutschland	0,7	0,7
Finnland	1,3	1,4
Frankreich	1,5	1,6
Griechenland	0,4	0,4
Irland	0,2	0,3
Italien	0,6	0,7
Niederlande	0,7	1,0
Norwegen	1,2	1,3
Österreich	0,4	0,5
Polen	0,2	0,3
Portugal	0,4	0,8
Schweden	1,4	1,6
Schweiz	0,3	0,3
Spanien	0,7	0,7
Tschechien	0,5	0,6
Ungarn	1,1	1,2
Vereinigtes Königreich	0,9	1,0

Quelle: OECD, 2009a

Anteil der unter dreijährigen Kinder, die eine Betreuungseinrichtung besuchen

Tabelle 35

im Kindergartenjahr 2003/2004,
in Prozent aller Kinder dieser
Altersgruppe

Belgien	33,6
Dänemark	61,7
Deutschland	9,0
Finnland	22,4
Frankreich	28,0
Griechenland	7,0
Irland	15,0
Italien	6,3
Niederlande	29,5
Norwegen	43,7
Österreich	6,6
Polen	2,0
Portugal	23,5
Schweden	39,5
Schweiz	k. A.
Spanien	20,7
Tschechien	3,0
Ungarn	6,9
Vereinigtes Königreich	25,8

Italien und Irland: 2000; Deutschland und Polen: 2001; Frankreich: 2002.
Quelle: OECD, 2009a

Gerade um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu ermöglichen und – damit verbunden – die Kinderarmut zu bekämpfen, sind Betreuungsangebote für unter dreijährige und für drei- bis fünfjährige Kinder von großer Wichtigkeit (Huster et al., 2007, 28). Aus diesem Grund sind Indikatoren aufgenommen worden, die bei den unter Dreijährigen und den Drei- bis Fünfjährigen den Anteil in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe wiedergeben. Des Weiteren haben Cunha/Heckman (2007) gezeigt, wie wichtig es für die kindliche Entwicklung – insbesondere bei Kindern aus sozial schwachen Familien – ist, früh durch besondere Maßnahmen gefördert zu werden. So identifizieren die Autoren einige sensible Phasen im Leben eines Kindes, in denen sich bestimmte Fähigkeiten herausbilden oder leichter erlernen lassen als zu einem späteren Zeitpunkt. Da Kinder jedoch nicht im gleichen Milieu aufwachsen und nicht den gleichen Umwelteinflüssen ausgesetzt sind, werden bereits in frühester Kindheit die Unterschiede zwischen den einzelnen sozioökonomischen Gruppen festgelegt. Studien haben gezeigt, dass Investitionen in die Bildung benachteiligter Kinder in einem frühen Lebensstadium eine

weitaus höhere Rendite erzielen als solche, die in einem späteren Lebensabschnitt getätigt werden.

Der europäische Ländervergleich zeigt große Diskrepanzen bezüglich der Besuchsquote bei den unter Dreijährigen (Tabelle 35). So befinden sich in Dänemark 61,7 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe in Betreuungseinrichtungen. Dänemark ist zudem das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte dieser Kinder einen Platz in einer Betreuungseinrichtung hat. An zweiter Stelle steht Norwegen mit einer um 18 Prozentpunkte geringeren Besuchsquote. Noch einige weitere Länder haben hier vergleichsweise hohe Quoten von rund 40 Prozent bis immerhin noch rund 20 Prozent vorzuweisen: Schweden, Belgien, die Niederlande,

Frankreich, das Vereinigte Königreich, Portugal, Finnland und Spanien. In Polen hingegen liegt die Besuchsquote bei lediglich 2 Prozent, in Tschechien bei 3 Prozent und auch Italien, Österreich, Ungarn, Griechenland und Deutschland erreichen lediglich einstellige Werte. Aufgrund fehlender Angaben in der OECD-Datenbank ist ein Zeitvergleich nicht möglich. Laut aktueller Daten des Statistischen Bundesamts (2009) betrug im Jahr 2008 die Besuchsquote bei den unter Dreijährigen in Deutschland 17,7 Prozent. Mit dem geplanten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur bis zum Jahr 2013 auf ein Angebot für rund 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren würde sich die Position Deutschlands bei diesem Indikator noch einmal deutlich verbessern.

Tabelle 36 macht deutlich, dass die Besuchsquoten bei den Drei- bis Fünfjährigen weitaus höher liegen als bei den unter Dreijährigen. Alle oder fast alle Kinder besuchen in Frankreich, Belgien, Italien und Spanien eine Betreuungseinrichtung. In Deutschland ist der Anteil im Zeitraum 2000 bis 2006 um 20,5 Prozentpunkte gestiegen – von 68,9 auf 89,4 Prozent.

Vonseiten der Europäischen Union wird der Betreuungsrelation als Maßstab für die Qualität von Betreuungseinrichtungen eine große Bedeutung beigemessen. So ist auf EU-Ebene ein Kinderbetreuungsnetzwerk initiiert worden, das unter anderem

Anteil der drei- bis fünfjährigen Kinder, die eine Betreuungseinrichtung besuchen

Tabelle 36

in Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe

	2000	2006
Belgien	98,4	99,8
Dänemark	87,8	90,7
Deutschland	68,9	89,4
Finnland	43,8	48,2
Frankreich	100,0	100,0
Griechenland	49,1	47,1
Irland	50,3	48,6
Italien	100,0	99,4
Niederlande	66,6	58,0
Norwegen	76,1	90,6
Österreich	71,5	74,8
Polen	33,5	41,0
Portugal	70,7	78,7
Schweden	81,7	85,5
Schweiz	39,6	48,2
Spanien	100,0	97,7
Tschechien	86,1	82,0
Ungarn	93,3	86,9
Vereinigtes Königreich	82,5	90,5

Quelle: OECD, 2009b

Standard-Personalschlüssel des Kinderbetreuungsnetzwerks der EU

Tabelle 37

Empfohlene Anzahl zu betreuender Kinder pro Fachkraft (Betreuer/Betreuerin)

Alter der Kinder	Gruppengröße
bis unter 24 Monate	drei Kinder
24 bis unter 36 Monate	drei bis fünf Kinder
36 bis unter 48 Monate	fünf bis acht Kinder
48 bis 60 Monate	sechs bis acht Kinder

Quelle: BMFSFJ, 2003a, 87

Betreuungsrelation im Elementarbereich*

Tabelle 38

Durchschnittliche Anzahl zu betreuender Kinder pro Fachkraft (Erzieher/Erzieherin)

	2001	2006
Belgien	16,7	16,0
Dänemark	6,9	6,3
Deutschland	24,6	14,5
Finnland	13,0	12,0
Frankreich	19,2	19,3
Griechenland	14,5	12,4
Irland	14,5	14,1
Italien	12,8	12,4
Niederlande	17,2	15,3
Norwegen	k. A.	k. A.
Österreich	18,1	16,8
Polen	12,8	18,0
Portugal	16,9	15,0
Schweden	10,3	11,4
Schweiz	k. A.	18,1
Spanien	16,0	14,0
Tschechien	12,7	12,5
Ungarn	11,4	10,7
Vereinigtes Königreich	22,1	19,8

* Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren.
Quellen: OECD, 2003b; OECD, 2008a

Standards für den Personalschlüssel von Kinderbetreuungseinrichtungen vorschlägt. Laut EU-Netzwerk sollten die in Tabelle 37 aufgeführten Personalschlüssel angestrebt werden.

Bezüglich der Betreuungsrelationen gibt es große Diskrepanzen zwischen den einzelnen Ländern. In Tabelle 38 wird die Kinderzahl nicht wie in Tabelle 37 in Relation zur Zahl an Betreuungspersonen, sondern in Relation zur Zahl an höher qualifizierten Erziehern und Erzieherinnen gesetzt. Wäh-

rend im Elementarbereich in Dänemark lediglich 6,3 Kinder von einer Fachkraft betreut werden, sind es im Vereinigten Königreich 19,8 Kinder. Die meisten Länder weisen im Fünfjahresvergleich nur leichte Verbesserungen der Betreuungsrelation oder – wie Polen – eine Verschlechterung auf. Deutschland hingegen hat hier große Fortschritte gemacht: Im Jahr 2001 lag die Relation noch bei 24,6 Kindern pro Fachkraft, im Jahr 2006 waren es nur noch 14,5 Kinder

Private Finanzierung im Elementarbereich*

Tabelle 39

Anteil der privat finanzierten Ausgaben, in Prozent der Gesamtausgaben im Elementarbereich

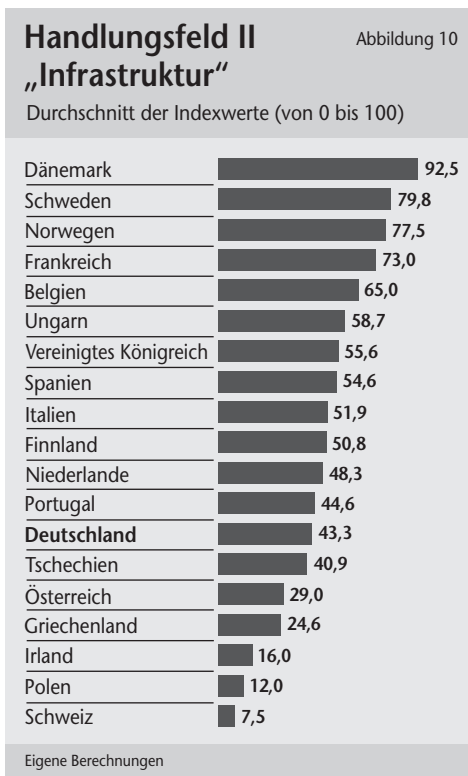
	2000	2005
Belgien	4,0	3,9
Dänemark	18,2	19,2
Deutschland	36,9	27,9
Finnland	12,3	8,9
Frankreich	4,1	4,5
Griechenland	k. A.	7,5
Irland	59,8	66,8
Italien	3,0	8,9
Niederlande	2,6	2,9
Norwegen	0,0	12,8
Österreich	16,6	34,1
Polen	k. A.	11,7
Portugal	k. A.	k. A.
Schweden	0,0	0,0
Schweiz	k. A.	k. A.
Spanien	18,5	15,1
Tschechien	9,2	10,4
Ungarn	10,2	5,7
Vereinigtes Königreich	4,1	7,1

* Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren.
Quellen: OECD, 2003b, 220; OECD, 2008a, 252

pro Fachkraft. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass es sich um eine Verbesserung ausgehend von einem vergleichsweise ungünstigen Niveau handelt.

Ein weiterer Aspekt, der in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgestaltet ist, ist die Beteiligung Privater an der Finanzierung im Elementarbereich. Wie bereits angesprochen, musste hier aus Datengründen der gesamte private Finanzierungsanteil betrachtet werden, anstatt lediglich den durch die Haushalte getragenen Kosten Beachtung zu schenken. Tabelle 39 bringt die großen Länderunterschiede zum Ausdruck: In Schweden auf der einen Seite werden keinerlei Kosten durch Private getragen, was eine reine Staatsfinanzierung bedeutet. In Österreich und Deutschland auf der anderen Seite kommen Private auf einen Finanzierungsanteil von rund 30 Prozent. Teils große Veränderungen zeigt der Fünfjahresvergleich auf. Während der Kostenanteil Privater in Schweden bereits im Jahr 2000 bei 0 Prozent lag, ist er in Norwegen von 0 Prozent (2000) auf fast 13 Prozent (2005) gestiegen. In Österreich hat sich der Anteil privater Beteiligung mehr als verdoppelt und in Italien fast verdreifacht. Belgien, Deutschland, Finnland, Spanien und Ungarn haben hingegen einen Rückgang des privaten Kostenanteils zu verzeichnen.

Aufschluss über die Durchschnittspunktzahl der einzelnen Länder im Handlungsfeld „Infrastruktur“ gibt Abbildung 10. Drei der vier skandinavischen Länder haben es auf die Spitzenplätze geschafft. Finnland hingegen liegt nur im Mittelfeld. Deutlich wird auch, dass Deutschland hier – im Gegensatz zum sehr guten Abschneiden beim Handlungsfeld „Finanzielle Unterstützung“ – nur einen unteren Mittelfeldplatz erreicht. Es weist einen Abstand von rund 50 Punkten zu Dänemark, dem Erstplatzierten, auf. Vergleichsweise gut schnitt Deutschland hingegen bei der Besuchsquote der Kinder von drei bis fünf Jahren ab.



Es ist hier anzumerken, dass Deutschland beim Handlungsfeld „Infrastruktur“ in den kommenden Jahren deutliche Fortschritte machen dürfte. Die Bundesregierung hat den Ausbau der Infrastruktur im frühkindlichen Bereich beschlossen und im März 2009 wurde schon rund ein Fünftel der Kinder im Alter unter drei Jahren in Kindertagesstätten betreut (Statistisches Bundesamt, 2009). Bis zum Jahr 2013 soll ein Betreuungsangebot für 35 Prozent der Kleinkinder vorhanden sein. Ferner sollen die Elternbeiträge im Kindergartenbereich reduziert werden. So haben einige Bundesländer bereits die Kindergartengebühren für das letzte Jahr vor der Einschulung abgeschafft.

4.3 Zeit

Zeitoptionen spielen für Familien eine wichtige Rolle. Ähnlich wie durch staatlich bereitgestellte Infrastruktur lässt sich zum Beispiel durch geeignete Maßnahmen in Unternehmen (etwa flexible Arbeitseinteilung, Telearbeit) eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielen. Ebenso kann man von betrieblicher wie auch von staatlicher Seite der sogenannten Rushhour des Lebens mittels geeigneter Maßnahmen begegnen. Während dieser Phase können sich bestimmte Lebensziele (Ausbildung, berufliches Fortkommen, Familiengründung, Kinder) stark überschneiden, sodass der Einzelne diese Ziele nicht alle realisieren kann, obwohl dies für ihn persönlich und auch gesellschaftlich wünschenswert wäre. Der Staat hat – wenn auch nicht im Rahmen der Familienpolitik – durch die Gestaltung des Bildungssystems Einfluss auf die Intensität dieser Rushhour. Ein niedriges Absolventenalter im Sekundar- und Tertiärbereich beispielsweise kann zu einer Entzerrung beitragen. Eine solche Entzerrung ist ein Weg, die gewünschte „neue Balance zwischen Bildungssystem, Berufssystem und familialen Herstellungsleistungen“ (BMFSFJ, 2006b) zu erreichen.

Durch geeignete betriebliche oder staatliche Maßnahmen lässt sich die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen, unter anderem durch die Verringerung langer kindbedingter Auszeiten. Ebenso kann die Ausgestaltung des Steuersystems große Auswirkungen auf das Erwerbsverhalten und die Arbeitsanreize haben, wie Steiner/Wrohlich (2006) zeigen (siehe auch OECD, 2007a; Bergs et al., 2006). Laut OECD (2007a) und Adsera (2005a) bringen eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch positive Effekte im Hinblick auf die Verwirklichung eines möglichen Kinderwunsches mit sich: „Such an approach stimulates birth rates as parents can realistically plan their work and family commitments“ (OECD, 2007a, 18). Für Adsera (2005b) sind insbesondere staatliche Institutionen in der Pflicht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten (weitere Studien: Übersicht A.9 im Anhang).

Die folgenden Indikatoren spiegeln die vielfältigen Erfordernisse im Handlungsfeld „Zeit“ wider (Übersicht 9): So finden das Absolventenalter bei den Bildungsabschlüssen, die effektive Elternzeit, die effektive Abgabenbelastung nach Ablauf der Elternzeit bei Wiedereinstieg in den Beruf sowie die Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Unternehmen als Indikatoren jeweils mit dem Gewicht von einem Viertel Eingang in die Analyse. Während eine hohe Zufriedenheit mit der Arbeitssituation und die effektive Elternzeit positiv bewertet werden, kommen einem späten Absolventenalter und einem hohen Steuersatz negative Bewertungen zu.

Da ein niedriges Absolventenalter bei der Entzerrung der Rushhour des Lebens behilflich ist, sind sowohl das durchschnittliche Alter von Absolventen der Sekundarstufe II als auch das von Absolventen einer drei- bis unter fünfjährigen Hochschulausbildung aufgenommen worden.

Indikatoren zum Handlungsfeld III „Zeit“		Übersicht 9	
Indikatoren	Definition	Gewicht	Wirkung*
Absolventenalter Bildungsabschlüsse		1/4	
Absolventenalter Sekundarstufe II	Typisches Absolventenalter bei allgemeinbildenden Bildungsgängen; wenn in den Originaldaten Zeiträume angegeben waren, ist der Durchschnitt gebildet worden	1/8	–
Absolventenalter Tertiärbereich	Typisches Absolventenalter bei tertiärer Bildung (Typ A, drei bis unter fünf Jahre); wenn in den Originaldaten Zeiträume angegeben waren, ist der Durchschnitt gebildet worden	1/8	–
Effektive Elternzeit	Effektive Elternzeit = (Mutterschutz in Wochen – 14 Wochen) · durchschnittliche Zahlung in Prozent + (gesamte Elternzeit in Wochen · durchschnittliche Zahlung)	1/4	+
Wiedereinstieg nach Elternzeit		1/4	
Wiedereinstieg Alleinerziehende	Erhöhung der effektiven Abgabenbelastung bei Wiedereinstieg in Beschäftigung von Alleinerziehenden nach der Elternzeit	1/8	–
Wiedereinstieg Zweitverdienende	Erhöhung der effektiven Abgabenbelastung bei Wiedereinstieg in Beschäftigung von Zweitverdienenden nach der Elternzeit	1/8	–
Zufriedenheit der Arbeitnehmer mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Umfrage: Meinung, dass sich die im Unternehmen geleisteten Arbeitsstunden gut mit familiären und sozialen Verpflichtungen vereinbaren lassen	1/4	+

* – = negative Wirkung, + = positive Wirkung.
Eigene Zusammenstellung

Durchschnittsalter von Absolventen der Sekundarstufe II

Tabelle 40

in Jahren

	2001	2006
Belgien	18,0	18,0
Dänemark	19,5	19,0
Deutschland	19,0	19,5
Finnland	19,0	19,0
Frankreich	18,5	18,5
Griechenland	17,5	18,0
Irland	17,5	18,5
Italien	19,0	19,0
Niederlande	17,5	18,5
Norwegen	18,5	19,0
Österreich	18,0	17,5
Polen	19,0	19,5
Portugal	k. A.	17,5
Schweden	19,0	19,0
Schweiz	19,0	19,0
Spanien	17,0	17,0
Tschechien	18,0	18,5
Ungarn	19,0	19,0
Vereinigtes Königreich	k. A.	16,0

Quellen: OECD, 2003b, 412; OECD, 2008a

Zwischen den einzelnen Ländern sind große Unterschiede hinsichtlich des Absolventenalters auszumachen. Sowohl für die Sekundarstufe II als auch für die Hochschulausbildung gilt, dass das Vereinigte Königreich ein sehr niedriges Absolventenalter aufweist, wobei der erste Indikator einen Einfluss auf den zweiten ausübt. Besonders hoch ist für die Sekundarstufe II das Absolventenalter in Deutschland und Polen. In beiden Ländern ist zudem – wie in

vielen anderen Ländern auch – im Zeitvergleich eine Verschlechterung eingetreten (Tabelle 40). Dänemark, und Österreich weisen hingegen eine Verbesserung auf.

Das höchste durchschnittliche Absolventenalter im Hochschulbereich weisen Deutschland, Schweden und die Schweiz auf (Tabelle 41). Im Zeitablauf ergibt sich hier für Deutschland keine Änderung. Soweit Daten verfügbar sind, lassen sich im Zeitraum 2000 bis 2006 auch für die anderen Länder keine

Durchschnittsalter von Hochschulabsolventen*

Tabelle 41

in Jahren

	2000	2006
Belgien	k. A.	22,0
Dänemark	23,0	24,0
Deutschland	25,0	25,0
Finnland	27,0	24,0
Frankreich	21,5	21,5
Griechenland	k. A.	23,0
Irland	22,0	21,0
Italien	22,0	22,0
Niederlande	k. A.	22,0
Norwegen	k. A.	22,5
Österreich	22,0	23,0
Polen	24,0	23,0
Portugal	k. A.	22,0
Schweden	24,0	25,0
Schweiz	24,5	25,0
Spanien	k. A.	20,0
Tschechien	22,0	23,0
Ungarn	k. A.	23,0
Vereinigtes Königreich	21,0	21,0

* Bei einer Studiendauer von drei bis unter fünf Jahren.

Quellen: OECD, 2002, 354; OECD, 2008a, 544

großen Unterschiede erkennen. Eine Ausnahme bildet Finnland mit einer Senkung des typischen Absolventenalters um drei Jahre auf 24 Jahre.

Als weiterer Indikator wird die effektive Elternzeit verwendet. Diese berechnet sich aus der Elternzeit nach dem Mutterschutz von 14 Wochen multipliziert mit dem Lohnersatzanteil in Prozent des Verdiensts eines durchschnittlichen Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (APW). Damit wird die Elternzeit in Geldeinheiten gemessen – eine Elternzeit mit Lohnersatzleistung ist damit aus Sicht der Eltern höher zu bewerten als eine Elternzeit ohne Lohnersatz. Für Deutschland wurden die Werte des neuen Elterngeldmodells berücksichtigt und der Indikatorwert selbst berechnet.

Besonders die Staaten mit Elterngeldregelungen bieten den Eltern günstige Bedingungen, Zeitoptionen in den ersten Lebensjahren des Kindes nutzen zu können. Ungarn, Tschechien und Schweden

erreichen beim Indikator der effektiven Elternzeit die höchsten Werte, während die Schweiz, Spanien und die Niederlande hier die Schlussgruppe bilden (Tabelle 42). Deutschland liegt im Jahr 2007 auf einem guten mittleren Platz und hat sich seit dem Jahr 2005 sehr verbessert. Vergleichsdaten wurden aus dem Jahr 2005 herangezogen, da bei der verwendeten Quelle keine älteren Daten verfügbar waren.

Statistiken zeigen, dass es insbesondere Frauen sind, die nach der Geburt eines Kindes eine familienbedingte Auszeit vom Beruf nehmen. Sehen sie sich bei einem möglichen Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt einer hohen Besteuerung ihres Einkommens gegenüber, so kann diese Tatsache zu einer Verringerung der Arbeitsanreize führen. Um dem entgegenzuwirken, ist besonders die Steuerpolitik gefragt. So kommen Steiner/Wrohlich (2006) für Deutschland zu dem Ergebnis, dass ein Übergang vom Ehegattensplitting zur individuellen Besteuerung der Einkommen von Ehepartnern zu einer deutlichen Erhöhung der Erwerbstätigkeit

Effektive Elternzeit

Tabelle 42

gewichtet mit dem Lohnanteil des Verdiensts eines durchschnittlichen Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe, in Wochen

	2005	2007
Belgien	3,2	3,4
Dänemark	32,8	36,0
Deutschland	15,6	40,7*
Finnland	18,2	39,3
Frankreich	42,2	33,0
Griechenland	3,0	3,0
Irland	3,2	12,9
Italien	9,2	8,9
Niederlande	2,0	2,0
Norwegen	38,0	33,4
Österreich	23,8	18,7
Polen	24,8	20,1
Portugal	3,0	3,0
Schweden	41,6	51,2
Schweiz	2,0	1,6
Spanien	2,0	2,0
Tschechien	25,3	57,1
Ungarn	63,0	79,8
Vereinigtes Königreich	10,8	6,0

* Für Deutschland inklusive Partnermonate beim Elterngeld.
Quellen: OECD, 2006c, 240; OECD, 2009a; Plantenga/Siegel, 2004; Deven/Moss, 2005; eigene Berechnungen

von Frauen führen würde (Steiner/Wrohlich, 2006). Auch die OECD zeigt auf, dass staatliche Maßnahmen im Steuerrecht zu niedrigen Arbeitsanreizen führen können (OECD, 2007a, 19 f.).

Bei Figari et al. (2007) steht die Frage im Mittelpunkt, inwiefern das Steuer-Transfer-System in der Lage ist, Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und insbesondere innerhalb eines Haushalts herzustellen. Ein Ergebnis der Untersuchung lautet, dass die Steuer-Transfer-Systeme Österreichs, Finnlands, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs am ehesten geeignet sind, um in Paarhaushalten den Ausgleich der Einkommen zu gewährleisten. Die Autoren attestieren den Ländern mit gemeinsamer Veranlagung (unter den hier betrachteten Ländern sind dies Frankreich, Deutschland und Portugal) dahingehende Effekte des Steuer-Transfer-Systems, dass erwerbstätige Frauen geringere Anreize als ihre erwerbstätigen Partner haben, ihre Erwerbstätigkeit auszudehnen, um ein höheres Paareinkommen zu erwirtschaften. Des Weiteren sind in Steuersystemen mit gemeinsamer Veranlagung negative Effekte auf die Gleichheit der Einkommensverteilung zwischen den Geschlechtern innerhalb eines Haushalts zu beobachten. Einen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit übt das Steuer-Transfer-System ebenso über die Höhe der staatlichen sozialen Unterstützung aus. So ist in Staaten mit geringer sozialer Unterstützung (zum Beispiel Italien) der Arbeitsanreiz für Frauen im Vergleich sehr viel höher.

Sowohl von steuer- und sozialpolitischer als auch von familienpolitischer Relevanz ist mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Frage, inwiefern sich die Abgabenbelastung ändert, wenn ein zuvor nicht berufstätiger Elternteil nach der Elternzeit wieder arbeiten geht.

Analog zum Vorgehen bei Plünnecke et al. (2009) wird im Folgenden der Wiedereinstieg in Beschäftigung nach vorangegangener Elternzeit untersucht. Aufgrund des Ehegattensplittings entsteht in Deutschland eine hohe Grenzbesteuerung des Zweitverdieners. Damit aber wird die Aufnahme einer Beschäftigung für diesen unattraktiver. Neben der Steuerbelastung entfallen für den Haushalt zudem Transferzahlungen, sodass die effektive Belastung weiter steigt. Ferner entstehen Kinderbetreuungskosten. All dies macht den Wiedereinstieg in Arbeit für Zweitverdiener weniger lohnend.

Im Folgenden werden bei Alleinerziehenden (Tabelle 43) und bei Zweitverdienern (Tabelle 44) die effektiven Belastungen verglichen, die entstehen, wenn sie nach der Elternzeit wieder in den Arbeitsmarkt eintreten. In beiden Fällen wurde während der Auszeit keine Arbeitslosenunterstützung bezogen und nach der Auszeit wird eine Vollzeitstelle mit 67 Prozent des in dem jeweiligen Land erreichten Durchschnittsverdiensts angenommen.

Erhöhung der effektiven Abgabenbelastung bei Wiedereinstieg in Beschäftigung von Alleinerziehenden nach der Elternzeit*

Tabelle 43

im Jahr 2004, in Prozent des Bruttoeinkommens des neuen Arbeitsplatzes

	Erhöhung der Einkommensteuer	Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	Veränderung der Transfers (Erhöhung: negativer Wert, Senkung: positiver Wert)	Kosten der Kinderbetreuung	Erhöhung der effektiven Abgabenbelastung	
					ohne Kinderbetreuung	mit Kinderbetreuung
Belgien	16,4	13,1	28,3	18,7	73,6	76,4
Dänemark	8,7	12,7	55,1	17,1	84,7	93,7
Deutschland	13,1	20,9	46,4	9,2	84,3	89,6
Finnland	15,8	5,7	48,5	4,6	70,0	74,6
Frankreich	5,1	13,6	71,6	10,0	92,8	100,3
Griechenland	0,0	15,9	-1,4	5,4	16,0	20,0
Irland	0,0	4,7	44,7	74,0	56,8	123,4
Niederlande	2,1	11,5	56,0	11,9	78,9	81,5
Norwegen	14,2	7,1	10,3	26,9	64,1	58,5
Österreich	9,0	18,0	45,8	8,7	72,7	81,4
Polen	2,3	25,4	30,4	13,9	64,2	72,0
Portugal	1,1	11,0	14,1	41,4	65,7	67,6
Schweden	22,9	7,0	34,3	5,0	64,2	69,2
Schweiz	2,2	13,3	74,7	22,4	91,9	112,6
Tschechien	3,6	12,5	52,6	15,4	68,7	84,1
Ungarn	2,4	13,5	28,7	0,0	44,6	44,6
Vereinigtes Königreich	15,2	8,2	-9,5	71,4	70,5	85,3

* Wiedereinstieg in eine Vollzeitstelle im Niedriglohnssektor (67 Prozent des Durchschnittseinkommens); Ganztagsbetreuung eines zwei- und eines dreijährigen Kindes; keine Kinderbetreuungskosten und keine Arbeitslosenunterstützung während der beruflichen Auszeit; Italien und Spanien: keine Daten vorhanden.
Quelle: OECD, 2007b

Die Erhöhung der effektiven Abgabenbelastung bei der Rückkehr ins Berufsleben ist für Alleinerziehende in Deutschland mit nahezu 90 Prozent des Bruttoeinkommens des neuen Arbeitsplatzes ausgesprochen hoch (Tabelle 43). Lediglich in Dänemark (93,7 Prozent), Frankreich (100,3 Prozent), der Schweiz (112,6 Prozent) und Irland (123,4 Prozent) sind die zusätzlichen Belastungen höher. Vor allem die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der Verlust an Sozialleistungen, die während der Elternzeit gezahlt wurden, tragen in Deutschland zu diesem hohen Wert bei. Die Mehrkosten für die Kinderbetreuung fallen

mit 9,2 Prozent des Bruttoeinkommens kaum ins Gewicht. Die deutsche Familienpolitik versucht, Zeitoptionen für Familien zu schaffen, indem die Betreuungskosten hoch subventioniert werden. In Irland und im Vereinigten Königreich hingegen sind es vor allem die Kinderbetreuungskosten, welche die Arbeitsaufnahme erschweren und die Zeitoptionen verringern.

Erhöhung der effektiven Abgabenbelastung bei Wiedereinstieg in Beschäftigung von Zweitverdienenden nach der Elternzeit*

Tabelle 44

im Jahr 2004, in Prozent des Bruttoeinkommens des neuen Arbeitsplatzes

	Veränderung der Einkommensteuer (Erhöhung: positiver Wert, Senkung: negativer Wert)	Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	Veränderung der Transfers (Erhöhung: negativer Wert, Senkung: positiver Wert)	Kosten der Kinderbetreuung	Erhöhung der effektiven Abgabenbelastung	
					ohne Kinderbetreuung	mit Kinderbetreuung
Belgien	28,1	13,9	-33,0	47,2	49,1	56,2
Dänemark	33,3	12,7	3,6	17,1	54,1	66,7
Deutschland	17,5	20,8	3,2	23,9	51,8	65,5
Finnland	16,7	5,8	27,2	13,7	49,7	63,3
Frankreich	12,3	13,6	0,0	25,0	28,8	50,9
Griechenland	0,0	15,9	-3,3	13,3	16,0	25,9
Irland	18,7	4,7	-7,4	74,0	23,4	89,9
Niederlande	-7,3	31,9	-0,9	33,9	37,5	57,7
Norwegen	15,7	6,8	-4,0	26,9	31,0	45,4
Österreich	12,0	18,0	24,1	28,5	54,1	82,6
Polen	7,7	25,4	4,3	13,9	43,4	51,3
Portugal	11,0	11,0	-31,4	41,4	23,3	32,1
Schweden	22,9	7,0	0,0	11,3	29,8	41,2
Schweiz	11,9	8,3	0,0	60,4	22,4	80,6
Tschechien	11,4	12,5	12,2	15,4	36,1	51,5
Ungarn	10,9	13,5	26,1	12,7	50,4	63,1
Vereinigtes Königreich	15,2	8,2	-7,1	71,4	23,4	87,7

* Wiedereinstieg in eine Vollzeitstelle im Niedriglohsektor (67 Prozent des Durchschnittseinkommens); Ganztagsbetreuung eines zwei- und eines dreijährigen Kindes; keine Kinderbetreuungskosten und keine Arbeitslosenunterstützung während der beruflichen Auszeit; Italien und Spanien: keine Daten vorhanden.
Quelle: OECD, 2007b

Die Belastung für Zweitverdiener ist in Deutschland mit 65,5 Prozent etwas geringer als die für Alleinerziehende. Doch auch hier sind es eher die Belastungen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die im Vergleich mit den anderen betrachteten Ländern zu Buche schlagen, während die Kinderbetreuungskosten gemessen am Einkommen unter dem Durchschnitt liegen (Tabelle 44).

Wie die OECD (2007a) betont, spielen familienfreundliche Maßnahmen im Betrieb eine große Rolle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Daten des folgenden Indikators beruhen auf einer Befragung von Arbeitnehmern durch Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions). Insgesamt ist eine recht hohe Zustimmung zur Frage der Vereinbarkeit erreicht worden: So sind in allen Ländern über 70 Prozent der Befragten der Meinung, dass sich die im Unternehmen zu leistenden Arbeitsstunden gut mit familiären und sozialen Verpflichtungen verbinden lassen (Tabelle 45). Nur in Griechenland fällt die Zustimmung mit 57,9 Prozent eher schwach aus. In Spanien, Ungarn, Italien und Polen liegen die Werte nahe an der 70-Prozent-Marke. Somit sind die Befragten dort tendenziell unzufriedener als in vielen Vergleichsländern, in denen Werte von über 80 Prozent Zustimmung und mehr erreicht werden. In Norwegen und Österreich ist die Zufriedenheit der Arbeitnehmer am größten, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft.

Vergleicht man für das Handlungsfeld „Zeit“ die Punktwerte der 19 betrachteten Länder, kommt die relativ starke Position Norwegens und Ungarns zum Ausdruck, die jeweils rund 60 Punkte erreichen (Abbildung 11). Hierbei handelt es sich um den Durchschnittswert, der sowohl die Effizienz im Steuersystem und die Zeiteffizienz im Bildungssystem als auch die Qualität der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Unternehmen abbildet. Die 61 Punkte Norwegens sind mit

Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Tabelle 45

Anteil der Befragten, die im Jahr 2007 der Meinung waren, dass sich die zu leistenden Arbeitsstunden gut mit familiären und sozialen Verpflichtungen verbinden lassen, in Prozent

Belgien	83,1
Dänemark	87,8
Deutschland	85,5
Finnland	86,0
Frankreich	80,9
Griechenland	57,9
Irland	80,6
Italien	73,0
Niederlande	84,6
Norwegen	88,1
Österreich	88,0
Polen	70,6
Portugal	82,4
Schweden	79,4
Schweiz	87,8
Spanien	75,4
Tschechien	79,5
Ungarn	73,1
Vereinigtes Königreich	84,8

Quelle: Eurofound, 2007a, 104

Handlungsfeld III „Zeit“

Abbildung 11

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)

Norwegen	61,0
Ungarn	59,1
Tschechien	56,4
Portugal	53,4
Frankreich	51,8
Österreich	51,5
Schweden	51,5
Vereinigtes Königreich	51,2
Finnland	50,7
Dänemark	48,2
Spanien	48,1
Belgien	46,6
Niederlande	44,7
Deutschland	44,2
Irland	36,0
Griechenland	35,8
Polen	35,2
Italien	32,2
Schweiz	29,7

Eigene Berechnungen

Blick auf alle drei Handlungsfelder der niedrigste für den ersten Rang ausreichende Wert und bei den fünf Zielfeldern (Kapitel 3) erreichen die Spitzenreiter auch durchweg höhere Punktwerte. Beim Handlungsfeld „Zeit“ scheinen also alle betrachteten Länder auch Schwächen aufzuweisen. Deutschland liegt hier im breiten Mittelfeld, was insbesondere dem hohen Alter der Absolventen und den hohen Abgaben geschuldet ist. Bei den durch die Familienpolitik beeinflussbaren Faktoren wie der effektiven Elternzeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf schneidet es hingegen gut ab. Somit sind es vor allem aus der Ineffizienz des Bildungssystems sowie der Sozial- und Steuergesetzgebung entstehende Probleme, welche die Zeit-

optionen von Familien in Deutschland belasten. Die Schlussgruppe beim Handlungsfeld „Zeit“ bilden Polen, Italien und die Schweiz.

5

Ergebnisbericht: Familienpolitik im europäischen Vergleich

5.1 Gesamtbewertung der Ziel- und Handlungsfelder

Betrachtet man die in Kapitel 3 beschriebenen Zielfelder und aggregiert man die dort erreichten Ergebnisse zu einem Zielindex, in den die Ziele „Hohe Geburtenrate“, „Hohe Frauenerwerbstätigkeit“, „Hohes Bildungsniveau“, „Geringe Familienarmut“ und „Gleichstellung von Frau und Mann“ mit jeweils gleichem

Gewicht eingehen, so liegen die Nordländer Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark mit deutlichem Vorsprung an der Spitze (Abbildung 12). Dahinter folgt ein breites Mittelfeld (Niederlande, Frankreich, Belgien, Vereinigtes Königreich, Österreich, Schweiz, Irland, Deutschland, Portugal). Mit Tschechien, Ungarn und Polen folgen drei mittel- und osteuropäische Staaten. Am Ende rangieren die südeuropäischen Länder Italien, Spanien und Griechenland.

Deutschland schneidet relativ gut ab bei der Vermeidung der Familienarmut. Auch beim Ziel „Hohes Bildungsniveau“ wird ein guter Mittelfeldplatz erreicht. Besondere Probleme bereitet hingegen die niedrige Geburtenrate, die letztlich eine bessere Platzierung Deutschlands im Ranking der Zielbereiche verhindert.

In vier von fünf Zielfeldern erreicht Norwegen einen Platz unter den Top Drei. Lediglich beim Bildungsstand besteht hier noch deutlicher Verbesserungsbedarf, wie die PISA-Studie 2006 zeigt. Schweden liegt dreimal unter den Top Drei. Finnland und Dänemark überzeugen jeweils in zwei der fünf Felder.

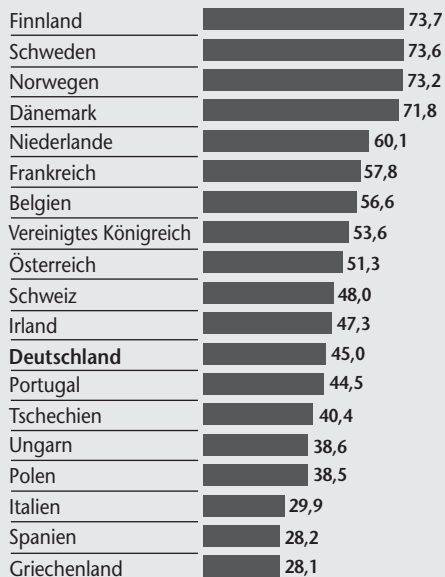
Was das Schlussfeld des europäischen Vergleichs familienpolitischer Ziele angeht, gehört Italien in drei der fünf betrachteten Bereiche zur Gruppe der drei schwächsten Länder. Auch Spanien, Tschechien, Portugal und Griechenland weisen in verschiedenen Zielfeldern erhebliche Schwächen auf.

Betrachtet man die Handlungsfelder, so erreichen im Durchschnitt der drei Felder „Finanzielle Unterstützung“, „Infrastruktur“ und „Zeit“ Dänemark, Norwegen und Frankreich die drei besten Plätze (Abbildung 13). Finnland, das Spitzenland bei den Zielfeldern, kommt beim Handlungsindex nur auf eine mittlere durchschnittliche Bewertung und liegt – einen Platz hinter Deutschland – auf

Familienfreundlichkeitsindex: Gesamtbewertung der Zielfelder

Abbildung 12

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)



Eigene Berechnungen

Familienfreundlichkeitsindex: Gesamtbewertung der Handlungsfelder

Abbildung 13

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)

Dänemark	64,7
Norwegen	64,2
Frankreich	63,8
Schweden	59,3
Ungarn	58,9
Belgien	56,6
Deutschland	54,9
Finnland	50,4
Vereinigtes Königreich	50,2
Niederlande	49,6
Österreich	48,7
Tschechien	46,2
Portugal	46,1
Spanien	44,7
Italien	40,3
Irland	34,6
Griechenland	29,6
Polen	28,1
Schweiz	26,8

Eigene Berechnungen

dem achten Rang. Allerdings zeigt sich, dass beim Handlungsindex die Ergebnisse zwischen den 19 Ländern weit weniger stark auseinander liegen als beim Zielindex. So liegen beim Handlungsindex lediglich rund 38 Punkte zwischen dem erstplatzierten Dänemark und der Schweiz (Rang 19). Selbst die Erstplatzierten sind bei den Handlungsfeldern und den dort berücksichtigten Indikatoren weit von Spitzenwerten entfernt (dies gilt insbesondere für das Feld „Zeit“). Beim Gesamtindex der Zielfelder hingegen beträgt die Differenz zwischen dem Ersten und dem Letzten rund 46 Punkte und bei einigen Zielfeldern werden Spitzenwerte von 90 Punkten und mehr erreicht.

Deutschland schneidet sehr gut ab bei der finanziellen Unterstützung für Familien. Bei den anderen

beiden Handlungsfeldern erreicht es einen Platz im unteren Mittelfeld. Insgesamt resultiert daraus der siebte Platz beim Handlungsindex. Die geplanten Maßnahmen bezüglich des Ausbaus der Infrastruktur für die Kleinkindbetreuung, die Reduzierung der privaten Finanzierungsbeiträge im Elementarbereich sowie die Einführung gestufter Studiengänge und damit eine Abnahme des Absolventenalters und eine Zunahme der Zeitoptionen werden in den nächsten Jahren zu einer deutlichen Verbesserung des deutschen Punktwerts beim Handlungsindex beitragen.

5.2 Statistische Wirkungszusammenhänge zwischen den Handlungs- und Zielfeldern

Die Rankings werden im Folgenden einer Korrelationsanalyse unterzogen. Hiermit lässt sich untersuchen, ob tendenziell die Staaten, die in den einzelnen Handlungsfeldern gut abschneiden, auch bei den einzelnen Zielfeldern im Vordergrund landen.

Korrelationskoeffizienten zwischen den Handlungs- und Zielfeldern

Tabelle 46

Ziele \ Handlungen	Handlungsindex	Handlungsfeld I „Finanzielle Unterstützung“	Handlungsfeld II „Infrastruktur“	Handlungsfeld III „Zeit“
Zielindex	0,63	0,44	0,57	0,42
Zielfeld I „Hohe Geburtenrate“	0,56	0,23	0,49	0,34
Zielfeld II „Hohe Frauenerwerbstätigkeit“	0,42	0,27	0,68	0,42
Zielfeld III „Hohes Bildungsniveau“	0,21	0,20	0,18	0,56
Zielfeld IV „Geringe Familienarmut“	0,80	0,46	0,67	0,25
Zielfeld V „Gleichstellung von Frau und Mann“	0,38	0,11	0,50	-0,13

Eigene Berechnungen

Tabelle 46 zeigt, dass zwischen den Handlungs- und den Zielfeldern statistische Korrelationen vorliegen. Eine hohe Korrelation besteht zwischen der Infrastruktur auf der einen Seite und den Zielen einer hohen Frauenerwerbstätigkeit, der Reduzierung von Familienarmut, der Gleichstellung und einer hohen Geburtenrate auf der anderen Seite. Das Handlungsfeld „Finanzielle Unterstützung“ steht statistisch in einem Zusammenhang mit dem Zielfeld „Geringe Familienarmut“. Gut abschneidende Staaten im Handlungsfeld „Zeit“ schneiden tendenziell auch gut ab beim Zielfeld „Hohes Bildungsniveau“. Die engste Korrelation zum Handlungsindex insgesamt zeigt sich beim Zielfeld „Geringe Familienarmut“ (Korrelationskoeffizient: 0,80). Familienarmut lässt sich somit durch bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und durch finanzielle Transfers verringern. Insgesamt tritt kein Korrelationskoeffizient zwischen einem Handlungs- und einem Zielfeld mit hohem negativen Vorzeichen auf.

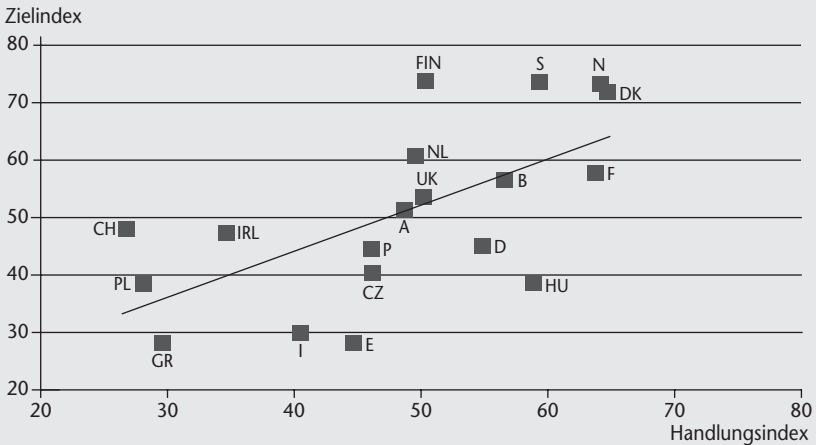
Aus den Ergebnissen der Korrelationsanalyse lässt sich zumindest für die betrachteten 19 europäischen Länder vorsichtig festhalten, dass die in den einzelnen politischen Handlungsfeldern erfolgreichen Staaten auch tendenziell in den einzelnen Zielfeldern gut abschneiden. Bezogen auf den gesamten Zielindex ist der Korrelationskoeffizient beim Handlungsfeld „Infrastruktur“ mit 0,57 leicht höher als der bei „Finanzielle Unterstützung“ (0,44) und „Zeit“ (0,42).

Betrachtet man den Zusammenhang von Handlungs- und Zielebene mittels aggregierter Durchschnittswerte, so ergibt sich, dass tendenziell die Staaten mit

Zusammenhang zwischen Handlungs- und Zielindex

Abbildung 14

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)



Eigene Berechnungen

einer besseren Bewertung bei der Handlungsebene auch besser bei der Zielerreichung abgeschnitten haben (Abbildung 14). Der große Ausreißer bei diesem Streudiagramm ist Finnland. Dort werden sehr gute Zielergebnisse insbesondere bei der Bildung erreicht, ohne dass die Handlungsfelder überdurchschnittlich bewertet werden können. Ungarn und Spanien hingegen sind bei der Handlungsebene um einiges besser als bei der Zielebene. Ohne die Ausreißerwerte Finnlands, Ungarns und Spaniens würde die Regressionsgerade ein höheres Bestimmtheitsmaß aufweisen.

5.3 Exkurs: Der Einfluss gesellschaftlicher Werte auf die Zielerreichung

In diesem Exkurs wird die Analyse um ein Handlungsfeld erweitert. Es handelt sich dabei um gesellschaftliche Werte, denen in der Literatur ein Einfluss auf familienpolitische Ziele zugesprochen wird, ohne dass sie allerdings direkt durch die Familienpolitik beeinflussbar wären. So wird beispielsweise von Hakim (2003) insbesondere im Wertewandel ein wichtiger Grund für langfristige Schwankungen bei der Geburtenrate gesehen. Verantwortlich dafür sind bessere Bildungsabschlüsse und eine gestiegene Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen. Laut d'Addio/d'Ercole (2005, 4) haben sich die Muster der Familiengründung in den OECD-

Staaten geändert, des Weiteren möchten junge Frauen eine weniger traditionelle Frauenrolle einnehmen. So gewinnen Autonomie und finanzielle Unabhängigkeit an Bedeutung.

Mit Blick auf die einzelnen europäischen Länder wird in der Literatur von unterschiedlichen Wertesystemen gesprochen. Während beispielsweise in Skandinavien die Beschäftigung beider Partner angestrebt und durch ein institutionalisiertes Kinderbetreuungssystem gewährleistet wird, herrscht unter anderem in Österreich, Deutschland und den Niederlanden ein Modell vor, das im Mann den Hauptnährer und in der Frau die teilzeiterwerbstätige Zuverdienerin sieht (Pfarr/Vogelheim, 2002).

Solche kulturellen Unterschiede machen sich beispielsweise bei der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen mit Kindern bemerkbar. Während in den skandinavischen Ländern die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter drei Jahren sehr stark ausgeprägt ist, ist sie demgegenüber in Ungarn sehr niedrig (weitere Studien dazu siehe Übersicht A.10 im Anhang).

Übersicht 10 zeigt die Indikatoren, die dieses zusätzlich aufgenommene Handlungsfeld beschreiben. Es sind vier gleich gewichtete Themenbereiche, die vom Kinderwunsch über das Ideal der familiären Aufgabenteilung und die Wichtigkeit von Arbeit und Familie bis hin zur Berücksichtigung familienpolitischer Maßnahmen durch Private reichen. Es handelt sich bei den Daten aller Indikatoren um die Ergebnisse von Befragungen von EU-Bürgern. Dies ist der Grund, weshalb hier keine Daten für Norwegen und die Schweiz vorliegen.

Die Indikatoren, die den Bereich der familiären Aufgabenteilung beschreiben, stützen sich dabei auf Befragungen von Frauen und von Männern, sodass zu jeder Fragestellung die Antworten von Frauen und Männern jeweils zur Hälfte in die Wertung eingehen.

Eine detaillierte Betrachtung jedes einzelnen Indikators zum Feld „Werte“ würde den Rahmen dieser Studie sprengen. Hier sollen daher lediglich exemplarisch die Ergebnisse einiger ausgewählter Indikatoren, welche die Unterschiede zwischen den betrachteten Ländern besonders deutlich zutage bringen, dargestellt werden.

Die persönliche ideale Kinderzahl bezeichnet die Kinderzahl, die persönlich gewünscht wäre, wenn keine äußeren Einflüsse bestehen würden, die sich negativ auf den Kinderwunsch auswirken. Bei diesem Indikator sind auch speziell Frauen zwischen 25 und 39 Jahren (Hauptzeitfenster fertiler Entscheidungen) befragt worden. Erwartungsgemäß treten hier große Unterschiede zwischen den Ländern auf. Während in Österreich durchschnittlich nur eine Kinderzahl von 1,69 persönlich gewünscht wird, sind in Irland im Durchschnitt 2,78 Kinder

Indikatoren zum (zusätzlichen) Handlungsfeld IV „Werte“

Übersicht 10

Indikator	Definition/Fragestellung	Gewicht	Wirkung ¹
Kinderwunsch von Frauen		1/4	
Persönlicher Kinderwunsch	Positive Antwort auf die Frage „Wünschen Sie sich Kinder?“	1/20	+
Ideale Kinderzahl von drei und mehr Kindern	Anteil der befragten Frauen zwischen 15 und 39 Jahren, die meinen, dass die ideale Kinderzahl bei drei und mehr liegt, in Prozent	1/20	+
Idealerweise keine Kinder	Anteil der befragten Frauen zwischen 15 und 39 Jahren, die meinen, dass es ideal ist, keine Kinder zu haben, in Prozent	1/20	-
Durchschnittliche persönliche ideale Kinderzahl (Frauen jeder Altersgruppe)	Durchschnittswert der Nennungen von Frauen aller Altersgruppen auf die Frage nach der für sie idealen Kinderzahl	1/20	+
Durchschnittliche persönliche ideale Kinderzahl (25- bis 39-jährige Frauen)	Durchschnittswert der Nennungen von Frauen zwischen 25 und 39 Jahren auf die Frage nach der für sie idealen Kinderzahl	1/20	+
Aufgabenteilung in der Partnerschaft		1/4	
Vereinbarkeit der Erwerbstätigkeit einer Mutter mit einer liebevollen Beziehung zu ihren Kindern	Anteil der befragten 15- bis 39-jährigen Frauen/Männer, die der Meinung sind, dass eine erwerbstätige Mutter eine genauso liebevolle Beziehung zu ihren Kindern haben kann wie eine nicht erwerbstätige Mutter, in Prozent	1/12 ²	+
Erwerbstätigkeit beider Partner	Anteil der befragten 15- bis 39-jährigen Frauen/Männer, die der Meinung sind, dass sowohl Frauen als auch Männer zum Haushaltseinkommen beitragen sollten, in Prozent	1/12 ²	+
Erziehungstätigkeit von Frauen	Anteil der befragten 15- bis 39-jährigen Frauen/Männer, die der Meinung sind, dass Frauen im Idealfall zu Hause bei den Kindern bleiben sollten, in Prozent	1/12 ²	-
Wichtigkeit Familienpolitik		1/4	
Einbeziehung von Kinderbetreuungsinfrastruktur in Entscheidung für Kinder	Anteil der befragten 15- bis 39-jährigen Frauen/Männer, die die Kinderbetreuungsinfrastruktur in ihre Entscheidung für Kinder einbeziehen, in Prozent	1/8 ²	+
Einbeziehung von Elternzeitregelungen in Entscheidung für Kinder	Anteil der befragten 15- bis 39-jährigen Frauen/Männer, die die Elternzeitregelungen in ihre Entscheidung für Kinder einbeziehen, in Prozent	1/8 ²	+
Wichtigkeit Arbeit und Familie		1/4	
Wichtigkeit Arbeit	Hohe Wichtigkeit bei der Frage: „Wie wichtig ist Ihnen Arbeit?“	1/8	+
Wichtigkeit Familie	Hohe Wichtigkeit bei der Frage: „Wie wichtig ist Ihnen Familie?“	1/8	+

¹ - = negative Wirkung, + = positive Wirkung; ² Die getrennten Antworten von Frauen und Männern gehen jeweils zur Hälfte in die Wertung ein.

Eigene Zusammenstellung

wünschenswert (Tabelle 47). Deutschland liegt zwar mit einer persönlichen idealen Kinderzahl von 2,11 weit unter dem irischen Höchstwert, allerdings zeigt sich mit dieser Befragung auch, dass deutsche Frauen sich deutlich mehr Kinder wünschen, als sie letztlich realisieren.

Tabelle 48 zeigt die bei drei Indikatoren erzielten Ergebnisse auf, die für die einzelnen Länder die Meinungen zur erstrebenswerten Aufgabenteilung in der Partnerschaft wiedergeben. Der erste Indikator bezeichnet den Anteil befragter Frauen, die der Meinung sind, dass eine erwerbstätige Mutter eine genauso liebevolle Beziehung zu ihren Kindern haben kann wie eine nicht erwerbstätige Mutter. In den beiden anderen Fällen geht es darum, ob beide Partner für das Haushaltseinkommen sorgen sollten (laut Aussage der befragten Männer) oder ob ein Aufgeben der Erwerbstätigkeit der Frau zugunsten ihrer Kinder angestrebt werden sollte (laut Aussage der befragten Frauen).

Es zeigt sich, dass die Zustimmung zu einer Erwerbstätigkeit von Frauen beziehungsweise Müttern in Schweden am höchsten ist. So ist dort der Anteil der Frauen am größten, die erwerbstätigen Müttern eine gleich gute Beziehung zu ihren Kindern zusprechen wie nicht erwerbstätigen Müttern. Zudem sind im Ländervergleich in Schweden auch Männer der Erwerbstätigkeit von Frauen gegenüber sehr aufgeschlossen: 76 Prozent der schwedischen Männer sind der Meinung, dass beide Partner zum Haushaltseinkommen beitragen sollten. Darüber hinaus ist der Anteil der Frauen, die im Idealfall eine Mutter zu Hause bei ihren Kindern sehen, mit 3 Prozent ausgesprochen gering. Nur in Dänemark schließen sich noch weniger Frauen dieser Meinung an.

Für das gesamte Feld der gesellschaftlichen Werte – also auch der hier nicht näher betrachteten Indikatoren aus Übersicht 10 – zeigt sich, dass Schweden, Tschechien und Frankreich vergleichsweise kinderfreundlich sind und von allen

Durchschnittliche persönliche ideale Kinderzahl von Frauen zwischen 25 und 39 Jahren

Tabelle 47

im Jahr 2006

Belgien	2,23
Dänemark	2,50
Deutschland	2,11
Finnland	2,61
Frankreich	2,48
Griechenland	2,31
Irland	2,78
Italien	2,02
Niederlande	2,37
Norwegen	k. A.
Österreich	1,69
Polen	2,23
Portugal	2,23
Schweden	2,59
Schweiz	k. A.
Spanien	2,04
Tschechien	2,04
Ungarn	2,16
Vereinigtes Königreich	2,43

Quelle: Eurobarometer, 2007

Aufgabenteilung in der Partnerschaft

Tabelle 48

Zustimmung der befragten Frauen/Männer im Alter von 15 bis 39 Jahren zu bestimmten Aussagen, im Jahr 2006, in Prozent

	Eine erwerbstätige Mutter kann eine genauso liebevolle Beziehung zu ihren Kindern haben wie eine nicht erwerbstätige Mutter. ¹	Sowohl Frauen als auch Männer sollten zum Haushaltseinkommen beitragen. ²	Im Idealfall sollten Frauen zu Hause bei den Kindern bleiben. ¹
Belgien	47	40	8
Dänemark	58	61	2
Deutschland	55	34	15
Finnland	48	22	20
Frankreich	47	50	8
Griechenland	47	55	24
Irland	26	21	10
Italien	21	32	13
Niederlande	48	29	11
Norwegen	k. A.	k. A.	k. A.
Österreich	41	31	24
Polen	39	36	28
Portugal	23	42	14
Schweden	63	76	3
Schweiz	k. A.	k. A.	k. A.
Spanien	37	40	8
Tschechien	28	39	30
Ungarn	33	47	44
Vereinigtes Königreich	38	40	14

¹ Zustimmung der befragten Frauen; ² Zustimmung der befragten Männer.
Quelle: Eurobarometer, 2007

Ländern am stärksten eine gleichberechtigte Teilhabe beider Partner im Erwerbsleben befürworten. Deutschland liegt im unteren Mittelfeld.

Tabelle 49 veranschaulicht den statistischen Zusammenhang zwischen den in einem Land existierenden gesellschaftlichen Werten und dem Abschneiden bei den Zielfeldern. Noch am stärksten geht mit gesellschaftlichen Werten wie einer ausgeprägten Familienfreundlichkeit und einer geringen Geschlechterrollenzuschreibung eine hohe Geburtenrate einher. Des Weiteren wird in Ländern mit einer hohen Durchschnittspunktzahl im Bereich der betrachteten Werte eine tendenziell höhere Frauenerwerbstätigkeit erreicht.

Insgesamt jedoch ist die Korrelation zwischen den hier betrachteten Wertvorstellungen und den einzelnen Zielen eher schwach ausgeprägt und geringer als die Korrelation der Ziele mit den Handlungsfeldern „Finanzielle Unterstützung“, „Infrastruktur“ und „Zeit“. Vorsichtig lässt sich daraus folgern, dass politische Maßnahmen in diesen drei Handlungsfeldern Priorität erhalten sollten und auch vor dem Hintergrund ganz unterschiedlicher Wertvorstellungen einen wichtigen Einfluss auf die Zielfelder haben.

Korrelationskoeffizienten zwischen dem (zusätzlichen) Handlungsfeld „Werte“ und den Zielfeldern Tabelle 49

Zielfelder	Handlungsfeld „Werte“
Zielindex	0,08
Zielfeld I: „Hohe Geburtenrate“	0,19
Zielfeld II: „Hohe Frauenerwerbstätigkeit“	0,19
Zielfeld III: „Hohes Bildungsniveau“	-0,18
Zielfeld IV: „Geringe Familienarmut“	0,06
Zielfeld V: „Gleichstellung von Frau und Mann“	0,09

Eigene Berechnungen

5.4 Entwicklungsdynamik im Fünfjahresvergleich

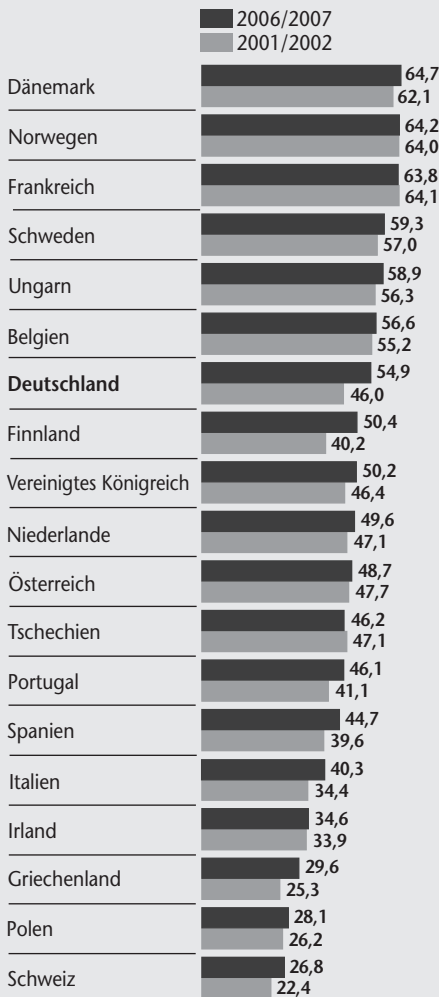
Wie im vorherigen Abschnitt dargestellt, können sich erstens die Wertvorstellungen zwischen den einzelnen Ländern sehr unterscheiden. Internationale Unterschiede bei Wertvorstellungen wiederum beeinflussen zweitens die genannten Zielfelder nur in geringem Maße. Da sich gesellschaftliche Werte im Zeitablauf nur sehr langsam ändern, ist es interessant, die Veränderungen bei den Ziel- und Handlungsfeldern zu betrachten und sie einander statistisch gegenüberzustellen. Es steht somit die Frage im Mittelpunkt, wie sich die untersuchten Länder im Laufe der Zeit entwickelt haben und ob eine relative Verbesserung oder Verschlechterung des jeweiligen Punktwerts eingetreten ist. Zwar bilden auch die neueren Daten meist keine aktuellen Politikmaßnahmen ab, jedoch hilft das Dynamik-Ranking dabei, Tendenzen darzustellen. So wird deutlich, welches Land sich besonders stark verbessert oder verschlechtert hat.

Es sollen im Folgenden Daten verwendet werden, die einen Fünfjahresvergleich ermöglichen, auch wenn dies nicht in jedem Fall zu verwirklichen war. Die Datenverfügbarkeit ist unter anderem davon abhängig, in welchem Rhythmus beispielsweise von der OECD oder von Eurostat Daten erhoben werden. Da nicht für alle Indikatoren Daten eines früheren Zeitpunkts vorliegen, entsteht die Dynamik im Ranking nur durch diejenigen Kennziffern, für die ein Zeitvergleich möglich war. Für diesen Vergleich werden die Maximal- und die Minimalpunktwerte der aktuellen Auswertung zugrunde gelegt, sodass sich für den früheren Zeitpunkt auch standardisierte Werte ergeben können, die negativ sind oder einen

Der Handlungsindex im Fünfjahresvergleich

Abbildung 15

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)



Eigene Berechnungen

Wert größer als 100 annehmen. Im Rahmen eines Rankings wird dann die durchschnittliche Punktwertveränderung des jeweiligen Landes abgebildet. Die Werte gehen dabei mit dem gleichen Gewicht ein wie beim aktuellen Ländervergleich. Aktuelle Werte liegen für die Jahre 2006 und 2007 vor. Die älteren Daten stammen daher zumeist aus den Jahren 2001 und 2002.

In Abbildung 15 wird der aktuelle Handlungsindex (vgl. Abschnitt 5.1, Abbildung 13) mit dem Wert des Index fünf Jahre zuvor verglichen. Deutschland hat unter den betrachteten 19 Ländern im Durchschnitt der drei Handlungsfelder (finanzielle Unterstützung, Infrastruktur und Zeit) die zweitstärkste Verbesserung erreicht. Insgesamt konnte Deutschland damit in einem Zeitraum von circa fünf Jahren um rund 9 Punkte zulegen und sich vom elften auf den siebten Platz nach vorne arbeiten. Die stärkste Verbesserung mit rund 10 Punkten erreichte Finnland, auf dem dritten Platz im Dynamik-Ranking liegt Italien, gefolgt von Spanien und Portugal.

Abbildung 16 stellt für die betrachteten 19 Länder den aktuellen Zielindex der Jahre 2006/2007 dem Zielindex der Jahre 2001/2002 gegen-

über. Deutschland konnte sich in dem Fünfjahreszeitraum um knapp 5 Punkte verbessern. Lediglich Spanien erreichte mit knapp 8 Punkten eine noch stärkere

Verbesserung. Vor fünf Jahren lag Deutschland beim Zielranking auf dem 16. Rang. Durch die starke Steigerung nahm es beim aktuellen Ranking den zwölften Platz ein. Spanien kletterte vom mit Abstand letzten Platz auf den vorletzten Platz.

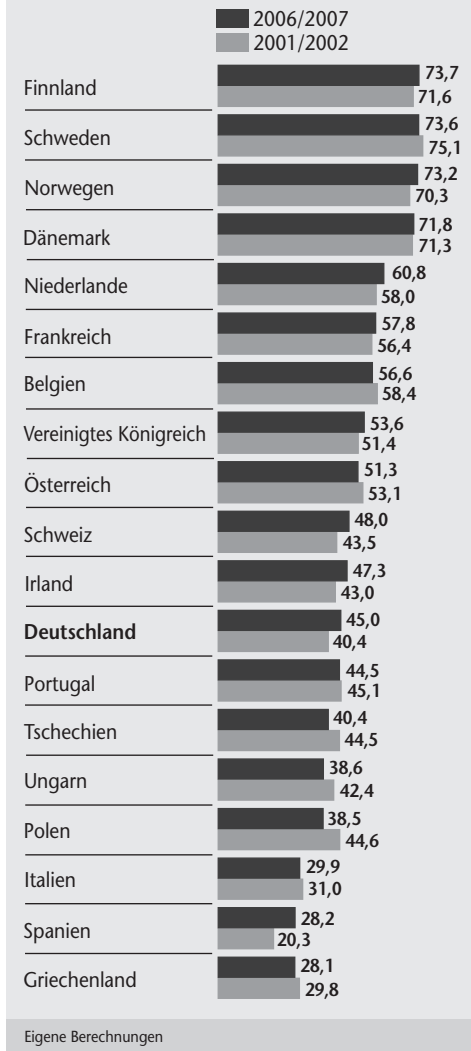
Tabelle 50 veranschaulicht die Punktwertveränderungen der untersuchten Länder und macht die unterschiedlichen Entwicklungen deutlich. Sowohl bei den Instrumenten als auch bei den Zielen erreicht Deutschland die jeweils zweitstärkste Verbesserung beim Vergleich der aktuellen Indikatorwerte mit entsprechenden Werten, die fünf Jahre weiter in der Vergangenheit liegen. Interessant ist, dass von den acht Staaten, die sich bei den Zielen im Fünfjahresvergleich am stärksten verbessert haben, fünf Staaten (Deutschland, Finnland, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich) auch bei der Veränderung im Handlungsindex unter den ersten acht Ländern zu finden sind.

Tabelle 51 veranschaulicht, in welchen Feldern sich die einzelnen Länder in den letzten fünf Jahren verbessert oder verschlechtert haben. Für Deutschland lässt sich für fünf von acht Feldern eine positive Entwicklung beobachten, bei zweien gab es nahezu keine Veränderung und nur beim Ziel „Hohe Geburtenrate“ ist eine Verschlechterung eingetreten. In besonderem Maße konnte Deutschland beim Handlungsfeld „Infrastruktur“

Der Zielindex im Fünfjahresvergleich

Abbildung 16

Durchschnitt der Indexwerte (von 0 bis 100)



Veränderungen beim Handlungsindex und beim Zielindex

Tabelle 50

2006/2007 gegenüber 2001/2002, in Punkten

	Veränderung Handlungsindex		Veränderung Zielindex
Finnland	10,2	Spanien	7,8
Deutschland	8,8	Deutschland	4,6
Italien	5,9	Schweiz	4,5
Spanien	5,1	Irland	4,3
Portugal	5,0	Norwegen	2,9
Schweiz	4,4	Niederlande	2,7
Griechenland	4,3	Vereinigtes Königreich	2,2
Vereinigtes Königreich	3,8	Finnland	2,1
Dänemark	2,6	Frankreich	1,3
Ungarn	2,6	Dänemark	0,6
Niederlande	2,5	Portugal	-0,6
Schweden	2,4	Italien	-1,1
Polen	2,0	Schweden	-1,5
Belgien	1,4	Griechenland	-1,7
Österreich	0,9	Österreich	-1,8
Irland	0,7	Belgien	-1,9
Norwegen	0,2	Ungarn	-3,8
Frankreich	-0,3	Tschechien	-4,1
Tschechien	-0,9	Polen	-6,2

Eigene Berechnungen

zulegen. In Bezug auf die Zielfelder erreichte es eine besonders starke Steigerung beim Bildungsniveau.

Die Verbesserungen, die Deutschland in Bezug auf die Infrastruktur zwischen den Jahren 2001 und 2006 erreicht hat, rühren vor allem daher, dass die Besuchsquote im Kindergarten deutlich gestiegen ist, die Betreuungsrelationen im Kindergarten sich klar verbessert haben und der private Finanzierungsanteil in diesem Bereich deutlich reduziert werden konnte. Insgesamt besteht jedoch weiterhin noch großer Verbesserungsbedarf im Handlungsfeld „Infrastruktur“.

Die Verbesserungen beim Zielfeld „Hohes Bildungsniveau“ lassen sich wie folgt beschreiben: Bei den PISA-Studien erreichte Deutschland zwischen den beiden Testjahren 2000 und 2006 eine signifikante Steigerung – insbesondere in den Naturwissenschaften und der Mathematik. Damit einhergehend sind in die-

sen Bereichen auch die Größen der Risikogruppe deutlich gesunken. Auch das Leseergebnis bei den Grundschulern hat sich sehr verbessert. Des Weiteren konnte Deutschland den sehr starken Zusammenhang zwischen der familiären Herkunft und den Leseergebnissen reduzieren. Doch auch in diesem Feld gibt es trotz der großen Fortschritte der letzten Jahre noch ein erhebliches Verbesserungspotenzial.

Veränderungen im Fünfjahresvergleich: Handlungs- und Zielfelder

Tabelle 51

Felder Land	Handlungsfelder			Zielfelder				
	Finanzielle Unterstützung	Infrastruktur	Zeit	Hohe Geburtenrate	Hohe Frauenerwerbstätigkeit	Hohes Bildungsniveau	Geringe Familienarmut	Gleichstellung von Frau und Mann
Österreich	0	0	0	0	+	0	-	0
Belgien	0	0	0	0	0	0	-	0
Tschechien	-	0	+	0	0	0	-	0
Dänemark	0	0	0	0	+	+	-	0
Finnland	+	+	+	0	+	+	-	0
Frankreich	0	0	0	0	+	-	0	0
Deutschland	0	+	+	-	+	+	+	0
Griechenland	+	0	0	0	+	0	-	0
Ungarn	0	0	+	-	0	+	-	0
Irland	0	0	0	-	+	-	+	0
Italien	0	0	+	0	0	0	-	0
Niederlande	0	+	0	0	+	0	+	0
Norwegen	0	+	0	0	+	-	k. A.	0
Polen	0	+	0	-	0	+	-	0
Portugal	0	+	0	-	0	+	0	0
Spanien	0	+	0	+	+	0	+	+
Schweden	0	0	0	+	0	-	-	0
Schweiz	+	+	0	0	0	+	k. A.	+
Vereinigtes Königreich	0	+	0	+	+	-	0	+

+ = Verbesserung um mehr als 5 Punkte, - = Verschlechterung um mehr als 5 Punkte, 0 = Veränderungen von höchstens 5 Punkten.

Eigene Berechnungen

5.5 Projektion: Wo steht die deutsche Familienpolitik im Jahr 2013?

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt eine Rückwärtsbetrachtung stattgefunden hat, wird im Folgenden untersucht, wie sich die Position Deutschlands in Zukunft verändern wird unter der Voraussetzung, dass geplante Maßnahmen implementiert werden. Insbesondere in den letzten zwei Jahren sind in Deutschland eine Vielzahl von familienpolitischen Maßnahmen geplant oder ergriffen worden – angefangen vom groß angelegten Ausbau der frühkindlichen Betreuung bis hin zur Einführung des Elterngelds und der Ausweitung des Kinderzuschlags. Des Weiteren lässt sich ein Wechsel hin zu einer höheren Familienfreundlichkeit in Form einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf feststellen. Dies spiegelt sich beispielsweise in der betrieblichen Personalpolitik wider, insofern neue Instrumente wie eine lebenszyklusorientierte Personalpolitik oder die Einrichtung von Telearbeitsplätzen Anwendung in der Praxis finden.

Die oben durchgeführten Analysen mussten weitgehend auf Daten aus den Jahren 2006 und 2007 zurückgreifen, neuere Entwicklungen konnten nicht berücksichtigt werden. Auf der einen Seite sind noch nicht alle geplanten Politikmaßnahmen in die Praxis umgesetzt worden, auf der anderen Seite werden die Effekte solcher Maßnahmen erfahrungsgemäß erst mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Jahren sichtbar.

Daher soll das Folgende lediglich einen kurzen Ausblick hinsichtlich der Platzierung Deutschlands im Handlungsindex vornehmen – unter der Annahme, dass bestimmte Politikmaßnahmen durchgeführt werden und greifen. Veränderungen in anderen Ländern werden hier nicht betrachtet.

Besonders starke Verbesserungen dürften in Deutschland in jenen Handlungsfeldern entstehen, in denen der größte Verbesserungsbedarf besteht:

Infrastruktur

- **U3-Betreuung:** Bis zum Jahr 2013 wird ein Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren mit dem Ziel eines Versorgungsgrads von 35 Prozent erreicht.
- **Infrastrukturausgaben:** Mit dem Ausbau der U3-Betreuung werden – relativ zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – die Ausgaben für familienbezogene Infrastruktur zunehmen.

Zeit

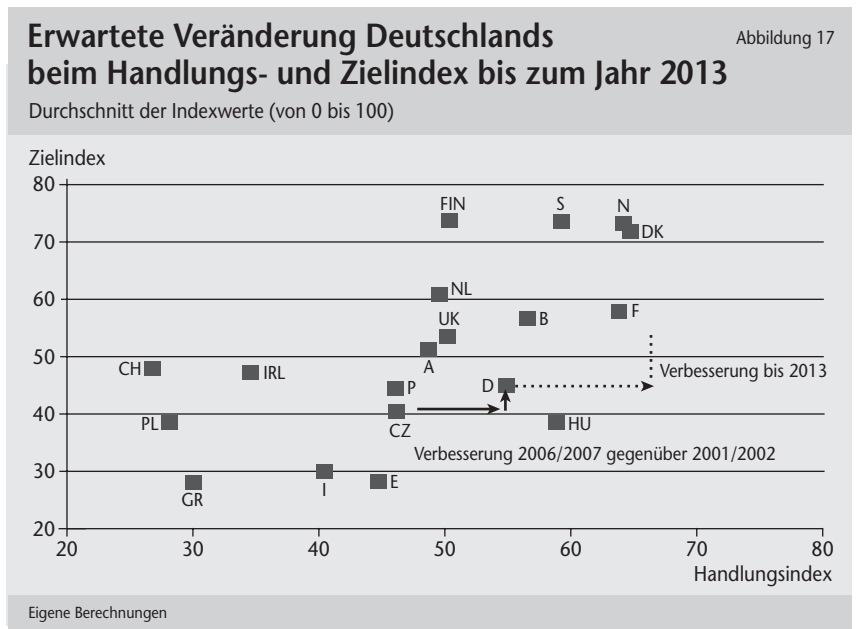
- **Absolventenalter Sekundarstufe II:** Aufgrund der Einführung des sogenannten G8-Abiturs (Abitur nach zwölf Jahren) sinkt das Absolventenalter in den meisten Bundesländern bis zum Jahr 2013 um ein Jahr.

- **Absolventenalter Tertiärbereich:** Die aktuelle Einführung des Systems von Bachelor und Master senkt das Absolventenalter in näherer Zukunft um weitere zwei Jahre.
- **Effektive Steuerbelastung:** Durch die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten nimmt die effektive Steuerbelastung bei der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit nach der Elternzeit ab.

Auch im Handlungsfeld „Finanzielle Unterstützung“ sind durch die beschlossene Kindergelderhöhung Verbesserungen zu erwarten. In diesem Feld belegt Deutschland bereits heute unter den betrachteten 19 Ländern die Spitzenplatzierung.

Abbildung 17 ist – abgesehen von der Position Deutschlands – identisch mit Abbildung 14. Sie veranschaulicht, dass die durchgeführten Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Infrastruktur“, „Zeit“ und „Finanzielle Unterstützung“ dazu führen, dass Deutschland sich im Handlungsindex ungefähr so stark verbessern wird wie in dem in Abbildung 15 dargestellten Fünfjahreszeitraum.

Der Effekt, den Verbesserungen bei den Handlungsfeldern auf die Zielebene haben, lässt sich nicht genau bestimmen. Aus dem Querschnitt der betrachteten Staaten und den in Abschnitt 5.2 dargestellten hohen Korrelationen zwischen Instrumenten und Zielen kann man aber zumindest die Vermutung ableiten, dass sich die Position Deutschlands damit auch bei den Zielen verbessern dürfte.



6

Handlungsbedarf in der deutschen Familienpolitik

Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden 19 europäische Staaten in fünf familienpolitisch relevanten Zielfeldern verglichen. Diese Felder lauten: hohe Geburtenrate, hohe Frauenerwerbstätigkeit, hohes Bildungsniveau der Kinder, geringe Familienarmut, Gleichstellung von Frau und Mann. Es zeigt sich für den aktuellen Datenstand (2006/2007), dass im Durchschnitt der fünf Zielfelder Finnland die besten Ergebnisse erzielt und zusammen mit Schweden, Norwegen und Dänemark das Spitzenfeld bildet. Finnland erreicht diesen ersten Rang vor allem durch sein herausragendes Abschneiden beim Bildungsniveau. Verantwortlich dafür sind: exzellente Ergebnisse bei den durchschnittlichen Kompetenzen der Schüler in Lesen, Naturwissenschaften und Mathematik; anteilmäßig kleine Risikogruppen in diesen Bereichen und damit eine geringe Gefahr von Bildungsarmut; eine geringe Korrelation zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und ihrer Kinder. Norwegen ist in den anderen vier Zielfeldern jeweils in der Spitzengruppe vertreten: Die Geburtenrate ist mit 1,9 Kindern pro Frau hoch; die Erwerbstätigkeit von gering-, mittel- und hochqualifizierten Frauen ist zusammen mit Schweden am höchsten; die Familienarmut ist im Durchschnitt verschiedener Familienformen am zweitniedrigsten; die Geschlechtergerechtigkeit – als Durchschnittswert des Zugangs von Frauen zum Arbeitsmarkt, ihrer relativen Lohnperspektiven und ihrer Chancen auf Führungspositionen – ist am weitesten fortgeschritten. Norwegen hat jedoch wie die PISA- und IGLU-Untersuchungen zeigen, Nachholbedarf beim Bildungsniveau.

Deutschland erreicht im Durchschnitt der Zielfelder einen Mittelfeldplatz. Relative Stärken bestehen beim Bildungsniveau. Die PISA- und IGLU-Ergebnisse sind im Vergleich der betrachteten 19 europäischen Staaten weit überdurchschnittlich und der Anteil der Personen ohne Sekundarstufe-II-Abschluss (Berufsausbildung oder Abitur) gehört zu den niedrigsten. Jedoch ist der Anteil an Jugendlichen mit sehr geringen Kompetenzen (Risikogruppe) groß und der Zusammenhang zwischen familiärer Herkunft und Bildungserfolg ist immer noch hoch. Eine weitere Stärke Deutschlands liegt in der Vermeidung von Familienarmut, die hier als relative Einkommensposition nach Sozialleistungen definiert wurde. Eine relative Schwäche Deutschlands bildet die sehr niedrige Geburtenrate. Der Anteil an Mehrkindfamilien ist gering, das Alter einer Frau bei der Geburt des ersten Kindes relativ hoch.

Die hinteren Plätze beim Zielindex belegen Italien, Spanien und Griechenland. Diese Länder haben vor allem einen hohen Anteil an armutsgefährdeten Familien.

Zudem ist das Ausmaß an Bildungsarmut beträchtlich; es gibt dort viele Jugendliche, die ein Mindestmaß an Kompetenzen nicht erreichen. Zudem weisen diese drei Staaten eine nur geringe Frauenerwerbstätigkeit auf (bei geringqualifizierten Frauen beträgt die Erwerbstätigenquote nur gut ein Drittel) und die Geburtenraten sind niedrig.

Ferner wurden drei familienpolitische Handlungsfelder betrachtet: die finanzielle Unterstützung von Familien, die Bereitstellung von Infrastruktur zur Kinderbetreuung und das Schaffen von Zeitoptionen zur Vereinbarung von Familie und Beruf. Im Durchschnitt der drei familienpolitischen Instrumente erreichen Dänemark, Norwegen und Frankreich die besten Indexwerte der 19 betrachteten europäischen Länder. In Dänemark und Norwegen ist vor allem die Infrastruktur weit ausgebaut. Zum einen stehen dort viele Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung und zum anderen bilden günstige Betreuungsrelationen in Kindertagesstätten die Voraussetzungen für eine hohe Qualität durch individuelle Förderung. Im Bereich der finanziellen Unterstützung sind diese beiden skandinavischen Staaten nur im Mittelfeld platziert. Bei der Zeitpolitik erreicht Norwegen einen Spitzenplatz, Dänemark liegt im breiten Mittelfeld. Durch Elterngeldregelungen bestehen in Norwegen und Dänemark attraktive Zeitoptionen in der frühkindlichen Phase, die Zufriedenheit mit der Arbeitszeitgestaltung ist sehr hoch und auch die effektive Steuerbelastung bei Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt nach einer Elternzeit ist trotz eines ansonsten hohen Steuerebeneaus in Norwegen vergleichsweise niedrig. Nur durchschnittliche Ergebnisse erreicht Dänemark beim Absolventenalter von Bildungsgängen.

Deutschland schneidet sehr gut ab bei der finanziellen Unterstützung von Familien. Es erreicht in diesem Handlungsfeld den ersten Platz, gefolgt von Frankreich und Österreich. So ist in Deutschland vor allem das Ausmaß an Steuervergünstigungen für Familien groß. Auch die Höhe des Kindergelds ist relativ zum mittleren Verdienst eines Arbeitnehmers überdurchschnittlich hoch. Ferner besteht – wie bei rund der Hälfte der betrachteten Länder – während des Mutterschutzes eine Lohnfortzahlung in Höhe von 100 Prozent.

Wie auch von politischer Seite bereits aufgegriffen, besteht in Deutschland vor allem in Bezug auf die Bereitstellung von Infrastruktur Nachholbedarf. So ist das Angebot an Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder noch unterdurchschnittlich. Zudem gehört der Anteil privater Ausgaben im Elementarbereich noch zu den höchsten innerhalb Europas. Auch im Handlungsfeld „Zeit“ besteht in Deutschland erheblicher Verbesserungsbedarf. Das Absolventenalter insbesondere von Akademikern und Akademikerinnen ist hoch, was die Rushhour-Problematik von jungen Familien verschärft, zu viele Lebensziele in einem zu

kurzen Zeitraum komprimieren zu müssen. Ferner ist die steuerliche Belastung bei Wiedereintritt nach der Elternzeit groß, was im Hinblick auf die Zeitaufteilung sowohl innerhalb der Familie als auch zwischen Familie und Arbeitsmarkt die Entscheidungen verzerrt. Positiv wird von den Familien die Arbeitszeitgestaltung eingeschätzt – die zu leistenden Arbeitsstunden und familiäre Belange lassen sich gut vereinbaren. Insgesamt erreicht Deutschland bei den Handlungsfeldern einen guten Mittelfeldplatz.

Am Ende des Rankings bei den Handlungsfeldern stehen Griechenland, Polen und – als Letzter – die Schweiz. In Griechenland und Polen sind die Zeitoptionen ungünstig. In beiden Ländern ist vor allem die Zufriedenheit der Familien mit der Arbeitszeitgestaltung gering. Die Schweiz schneidet zusammen mit Polen und Irland bei der Infrastruktur sehr schlecht ab. Die Betreuungsrelationen im Elementarbereich gehören zu den schlechtesten in Europa, auch ist der Anteil der Kinder im Alter zwischen drei und fünf Jahren, die eine öffentliche oder private Einrichtung besuchen, sehr niedrig. Bei der finanziellen Förderung von Familien belegt Griechenland den letzten Platz.

Betrachtet man die Ergebnisse der Ziel- und Handlungsfelder gemeinsam im Rahmen einer Korrelationsanalyse, so zeigt sich, dass tendenziell die Staaten, die relativ gut beim Handlungsindex abschneiden, auch gute Ergebnisse bei den Zielen erreichen. Finnland ist hier der große Ausreißer: Platz eins beim Zielindex, aber nur Mittelmaß bei den Instrumenten. Bei den einzelnen Feldern zeigt sich, dass relativ hohe Korrelationen bestehen zwischen Infrastruktur und Frauenerwerbstätigkeit, zwischen der Vermeidung von Familienarmut und der Geschlechtergerechtigkeit sowie zwischen finanzieller Förderung und der Vermeidung von Familienarmut. Bezogen auf den Durchschnitt der Zielebenen haben die drei Instrumente „Finanzielle Unterstützung“, „Infrastruktur“ und „Zeit“ ähnlich hohe Korrelationskoeffizienten – 0,44, 0,57 und 0,42 – und sollten somit gemeinsam in einem geeigneten Politik-Mix optimiert werden.

Betrachtet man die Gesamtentwicklung in den Ziel- und Handlungsfeldern im Fünfjahresvergleich, so zeigt sich, dass Deutschland sowohl beim Zielindex als auch beim Handlungsindex große Fortschritte gemacht hat – von den untersuchten 19 Ländern hat es jeweils die zweitstärkste Verbesserung erreicht. Sieht man sich die einzelnen Bereiche an, kommt Deutschlands positive Entwicklung bei fünf von acht Feldern zum Ausdruck. Dies gilt insbesondere für das Handlungsfeld „Infrastruktur“. Der Anteil der Kinder, die einen Kindergarten besuchen, ist im Zeitraum 2001 bis 2006 deutlich gestiegen, die Betreuungsrelationen im Kindergarten haben sich verbessert und die privaten Finanzierungsbeiträge im Elementarbereich sind gesunken.

Hinsichtlich der Zielfelder konnte sich Deutschland besonders stark beim Bildungsniveau und bei der Frauenerwerbstätigkeit verbessern. So ist zwischen den Jahren 2000 und 2006 das Bildungsniveau der Kinder in Deutschland gemessen anhand der PISA- und IGLU-Studien stärker gestiegen als in allen anderen betrachteten Staaten. Die Erwerbstätigkeit der Frauen konnte ebenfalls deutlich zulegen.

Deutschland hat also vor allem bei der Infrastruktur, der Bildung und der Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahren starke Fortschritte gemacht. Es besteht aber immer noch erheblicher Verbesserungsbedarf, um in die Spitzengruppe der betrachteten 19 Staaten aufzurücken, zu der insbesondere die skandinavischen Länder, aber auch Frankreich zählen.

Weitere Schritte der deutschen Politik in diese Richtung sind in den nächsten Jahren zu erwarten. So soll zum Beispiel im Handlungsfeld „Infrastruktur“, in dem trotz der positiven Entwicklungen der jüngeren Zeit der größte Verbesserungsbedarf besteht, die Betreuungsinfrastruktur für unter Dreijährige noch deutlich ausgebaut werden. Ferner besteht der politische Wille, die Kindergartengebühren für Eltern weiter zu senken. Zum Dritten sollen Mittel, die aus demografischen Gründen im Bildungssystem frei werden, weitgehend dort verbleiben; die Betreuungsrelationen in Kindergärten dürften davon profitieren.

Auch im Handlungsfeld „Zeit“ sind in Deutschland Verbesserungen zu erwarten. Durch die Verkürzung des Abiturs auf zwölf Jahre und durch eine frühere Einschulung lässt sich im Bildungssystem Zeit gewinnen, sodass das Alter der Absolventen im Bereich der Sekundarstufe II um insgesamt gut ein Jahr sinken könnte. Ferner führen die eingeführten Bachelorstudiengänge dazu, dass weitere zwei Jahre gewonnen werden. Somit sollte bis zum Jahr 2013 das typische Absolventenalter bei tertiärem Abschluss um zwei Jahre sinken – und später, wenn die G8-Gymnasiasten die Bachelorstudiengänge absolviert haben, um insgesamt gut drei Jahre. Hierdurch erhält der Einzelne mehr Zeitoptionen, um die Gründung einer Familie und die Etablierung auf dem Arbeitsmarkt miteinander zu vereinbaren – die Rushhour des Lebens wird somit entzerrt. Des Weiteren zeigen verschiedene Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, dass die Familienfreundlichkeit in Unternehmen an personalpolitischer Bedeutung gewinnt. Insgesamt kann damit festgehalten werden, dass die Familienpolitik in Deutschland auf einem guten Weg ist, die Bedingungen zur Erreichung der familienpolitischen Ziele zu verbessern.

Anhang

Studien zum Zielfeld I „Hohe Geburtenrate“		Übersicht A.1
Bertram, 2008	Liegt in einem Land ein geringer Anteil von Frauen mit drei oder mehr Kindern vor, so ist dies auf mangelnde finanzielle Unterstützung vonseiten des Staates zurückzuführen.	
BMFSFJ, 2003b, 52	„Um die ‚Nachfrage nach Kindern‘ und damit die Fertilitätsrate zu erhöhen, müssen die ‚Opportunitätskosten‘ von Kindern verringert werden.“	
BMFSFJ, 2007a, 23	Familienfreundlichkeit gilt als „nachhaltige Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels“. In besonderem Maße sind dabei auch die Kommunen gefordert, insofern sie durch familienfreundliche Maßnahmen junge Familien attrahieren oder halten können. Dies ginge einher mit einer höheren Geburtenzahl und einer daraus resultierenden vorteilhafteren Altersstruktur. Außerdem gibt es weitere positive Effekte, die von Familienfreundlichkeit ausgehen.	
BMFSFJ, 2007c, 9	„Ziel der Familienpolitik ist es ..., Familie in Deutschland wieder lebbar zu machen und so mehr jungen Menschen Mut zu machen, sich für Kinder zu entscheiden.“	
Bundesregierung, 2005, Zeile 4836 ff.	„Das Wohl der Familien, ihrer Kinder und das Ziel, dass sich wieder mehr Menschen ihre Kinderwünsche erfüllen, soll ein gesellschaftliches Anliegen werden.“	
OECD, 2007a, 13	Sinkende Geburtenraten haben große Auswirkungen auf die Gestalt zukünftiger Gesellschaften.	
Plünnecke/Seyda, 2007	Durch eine Steigerung der Geburtenrate auf 1,7 Kinder pro Frau kann bei einer gleichzeitigen Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und der Bildung von Kindern die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland langfristig um 0,4 Prozentpunkte erhöht werden.	
Eigene Zusammenstellung		

Studien zum Zielfeld II „Hohe Frauenerwerbstätigkeit“

Übersicht A.2

BMFSFJ, 2003b, 9	Mittels einer nachhaltigen Familienpolitik sollen folgende Ziele erreicht werden: „... eine ausreichende Kinderzahl, die der Alterung der Gesellschaft entgegenwirkt, sowie eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote, um Erwerbspersonen- und Fachkräftepotenzial zu stabilisieren.“
BMFSFJ, 2006a, 6	„Zwei Drittel aller jungen Mütter wünschen sich eine Teilzeittätigkeit und eine Vollzeitberufstätigkeit für den Vater. Aber in beiden Teilen des Landes entspricht die Wirklichkeit nicht den Wünschen (...). Diese Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit ist eine Herausforderung für die Familienpolitik.“
Bundesregierung, 2005, Zeile 5001 ff.	„Wir wollen, dass Männer und Frauen gleichermaßen einer sozial abgesicherten und Existenz sichernden Erwerbsarbeit nachgehen können.“
OECD, 2007a, 14	Ein hohes Arbeitsangebot von Frauen wird in vielen OECD-Ländern zur Sicherung von wirtschaftlichem Wachstum und nachhaltigen Renten- und sozialen Sicherungssystemen als sehr wichtig erachtet. Innerhalb der EU ist daher als Ziel festgesetzt worden, dass alle Mitgliedsländer bis 2010 eine Frauenerwerbstätigkeit von über 60 Prozent erreichen.

Eigene Zusammenstellung

Studien zum Zielfeld IIIa „Hoher allgemeiner Bildungsstand“

Übersicht A.3

BMBF, 2008, 4	„Bildung und Qualifizierung sind die Voraussetzung für individuelle Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Gut ausgebildete und hochqualifizierte junge Frauen und Männer sind gleichzeitig auch der Schlüssel für Wachstum, Wohlstand und Fortschritt in einer Gesellschaft.“ (Bundesbildungsministerin Annette Schavan)
BMBF, 2008, 8	Es ist ein wichtiges Anliegen, Chancengerechtigkeit im Bildungssystem herzustellen. Dazu gehören nicht nur gleiche Bildungschancen unabhängig von sozialer Herkunft, sondern auch unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit.
BMFSFJ, 2007b, 11	„Gerechte Chancen in der Bildung für alle Kinder und Jugendlichen [sind] ... die wichtigste Voraussetzung für ein zukunftsfähiges Land – und eine wesentliche Voraussetzung für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft. (...) Chancengerechtigkeit bedeutet, allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von Herkunft und Geburt, einen umfassenden Zugang zu einer hochwertigen Bildung zu verschaffen.“
Bundesregierung, 2005, Zeile 572 ff.; OECD, 2006d, 12	Bildung gilt als Voraussetzung der gesellschaftlichen Teilhabe und ist von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes.
Koppel/Plünnecke, 2008; SVR, 2008, Ziffer 433	Der demografische Wandel wird den aktuellen Fachkräftemangel insbesondere im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) erhöhen und auf andere Bereiche ausweiten. Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu reduzieren, rentieren sich langfristig für die öffentliche Hand und können auch als ein Baustein im Rahmen einer konjunkturgerechten Wachstumpolitik verankert werden. Mit langfristiger Wirkung gehört zu diesen Maßnahmen vor allem der Ausbau der Infrastruktur zur frühkindlichen Förderung.
OECD, 2003a, 7	In der UN-Konvention über die Rechte des Kindes wird festgelegt, dass alle Kinder ein Recht auf Bildung haben.
OECD, 2007d, 3	„Gerade für Länder, die sich in einer technologischen Spitzenposition befinden, ist der Anteil der hochqualifizierten Naturwissenschaftler an der Erwerbsbevölkerung zu einem wichtigen Bestimmungsfaktor des Wirtschaftswachstums und der sozialen Entwicklung geworden.“

Eigene Zusammenstellung

Studien zum Zielfeld IIIb „Geringe Bildungsarmut“

Übersicht A.4

Aktionsrat Bildung, 2007; Bellenberg/Klemm, 2000	Es besteht in Deutschland ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Schichtzugehörigkeit der Familie und der Gefährdung der Kinder, zur leistungsschwachen Gruppe zu gehören. Die Schüler aus der oberen Sozialschicht haben eine deutlich höhere Chance, ein Gymnasium zu besuchen, als Kinder aus bildungsferneren Schichten.
Baumert, 2006	Schulabbrecher/Abgänger ohne Abschluss haben im Vergleich zu den regulären Schülern in ihrem weiteren Lebensverlauf große Nachteile. Das bezieht sich insbesondere auf fehlende mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen, die später kaum durch Berufserfahrung ausgeglichen werden können.
BMBF, 2006, 13; BMFSFJ, 2007b, 8	Im deutschen Bildungssystem entscheidet in zu hohem Maße die soziale Herkunft über die Bildungserfolge. Dieser Zusammenhang muss durchbrochen werden.
Bundesregierung, 2008a, 67	„Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein Armutsrisiko und eine Belastung der Sozialsysteme. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erreichen, einen Ausbildungsplatz erhalten oder ein Studium absolvieren.“
Bundesregierung, 2008b, 10	„Gute Bildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten für alle bleiben ... die zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, für Teilhabe und soziale Gerechtigkeit und damit für sozialen Fortschritt.“
Klemm, 2006; Baumert, 2006	Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen der PISA-Zuordnung zur Risikogruppe und dem soziokulturellen Hintergrund (zum Beispiel gesellschaftliche Stellung oder Migrationshintergrund).
Klemm, 2006	Die Zugehörigkeit zur Risikogruppe ist für Kinder und Jugendliche oft mit weitreichenden negativen Konsequenzen verbunden: Maßnahmenkarrieren, Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit, niedrigeres Einkommen.
OECD, 2007c; OECD, 2007d	Der familiäre Hintergrund wirkt sich auf den Bildungserfolg aus und durch die in der Schule gesammelten Erfahrungen werden diese Effekte häufig verstärkt.
Weiß/Preuschhoff, 2004	Dropouts (Abbrüche) haben starke negative Konsequenzen für die Gesellschaft und das Individuum: ineffizienter Ressourceneinsatz, schlechtere Verdienst- und Beschäftigungsaussichten. Schüler mit schlechteren Leistungen brechen nachgewiesenermaßen häufiger ihre Schullaufbahn oder Ausbildung ab.

Eigene Zusammenstellung

Studien zum Zielfeld IV „Geringe Familienarmut“ Übersicht A.5

BMFSFJ, 2006b, 18	„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. (...) Die Förderung von Familien soll ihre Leistungsfähigkeit erhalten und Nachteile gegenüber Kinderlosen ausgleichen, die durch Aufwendungen für Kinder entstehen.“
BMFSFJ, 2007b, 60	Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik tragen dazu bei, „sowohl die Ursachen von Kinderarmut zu bekämpfen als auch Wege heraus aus armutsgefährdeten Lebenslagen zu ermöglichen“.
BMFSFJ, 2008, 49	„Aufgabe der nachhaltigen Familienpolitik ist es unter anderem, ein wirksames und effizientes System von Leistungen bereit zu stellen, das Armutsrisiken minimiert beziehungsweise die Folgen von Kinderarmut abmildert und Möglichkeiten eröffnet, wie sich Familien aus prekären Lebenslagen befreien können.“
Bundesregierung, 2008b, 199	„Ganz im Sinne der Nachhaltigkeit stehen Kinder im Mittelpunkt einer armutspräventiven Familienpolitik, weil in der Kindheit die Weichen für die körperliche, emotionale und geistige Entwicklung gestellt und damit Grundlagen für die spätere Teilhabe in der Gesellschaft gelegt werden.“
Huster et al., 2007, 18	Armut und Ausgrenzung sind auch für die Gesellschaft als Ganze schädlich. Vonseiten der deutschen Bundesregierung sind Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen bezüglich der staatlichen Ziele als bedeutendes Problem identifiziert worden.
OECD, 2007a, 14	Da Armutserfahrungen während der Kindheit die kindliche Entwicklung schädigen, ist die Armutsbeseitigung oder -reduktion ein ausdrückliches Ziel in einigen OECD-Ländern geworden.

Eigene Zusammenstellung

Studien zum Zielfeld V „Gleichstellung von Frau und Mann“

Übersicht A.6

<p>BMFSFJ, 2003b, 44</p>	<p>„Familienpolitik muss sich stärker an den Lebensvorstellungen der überwiegenden Mehrheit der Familien orientieren, die Familie und Erwerbsarbeit verbinden möchten, und die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördern. Der durch die Grundausrichtung der Familienpolitik über viele Jahre strukturell geförderte langfristige Ausstieg der Mutter aus dem Erwerbsleben steht den heutigen Wünschen der meisten Frauen entgegen.“</p>
<p>Bundesregierung, 2008a, 99; Bundesregierung, 2005, Zeile 5008 ff.</p>	<p>Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen vermieden und damit Chancengerechtigkeit hergestellt werden.</p>
<p>Diekmann et al., 2008b</p>	<p>Insbesondere durch eine Reduzierung von Erwerbsunterbrechungen infolge der Einführung des Elterngelds und einer Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur sowie durch verbesserte Anreize zur Aufnahme einer Vollzeitstelle lässt sich die Lohnlücke von Männern und Frauen reduzieren.</p>
<p>European Commission, 2008, 12</p>	<p>Zur Erreichung der Gleichstellung von Frau und Mann sollten unter anderem in qualitativer und quantitativer Hinsicht mehr Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden und Geschlechterstereotype in Bildung, Beschäftigung und Medien vermieden werden.</p>
<p>Hardarson, 2007, 1</p>	<p>Es muss sichergestellt werden, dass sowohl Frauen als auch Männer berufliche Karrieren unabhängig von ihrer familiären Situation verfolgen können.</p>
<p>OECD, 2008b, 140</p>	<p>Arbeitsmarktreformen werden nur dann erfolgreich sein, wenn auch Schranken, die den Zugang zum Arbeitsmarkt behindern, beseitigt werden.</p>

Eigene Zusammenstellung

Studien zum Handlungsfeld I „Finanzielle Unterstützung“

Übersicht A.7

D'Addio/d'Ercole, 2005, 54	Familien können unter anderem durch öffentliche Geldtransfers unterstützt werden, die in Abhängigkeit vom Einkommen, dem Familientyp, dem Alter und der Anzahl der Kinder in der Kinderbetreuung ausgestaltet werden können. Des Weiteren kann man Steuervergünstigungen gewähren, um die Kosten der Kinderbetreuung abzumildern.
BMFSFJ, 2006b, 429	„Durch eine angemessene ökonomische Transferpolitik müssen die ökonomischen Benachteiligungen, die sich ... für die Mütter und Väter ergeben, zumindest gemindert sowie Risiken möglichst beseitigt werden.“
BMFSFJ, 2008, V	Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung sind finanzielle Leistungen wichtig, um die Armutsgefährdung von Kindern zu reduzieren. Dabei sind das Kindergeld, der Kinderzuschlag und der Unterhaltsvorschuss zu nennen, die sich als Maßnahmen bewährt haben.
BMFSFJ, 2008, 49	Es sind Aktivitäten in drei Handlungsfeldern erforderlich: „Familienpolitik muss zur Prävention von Kinderarmut beitragen, indem sie die wirtschaftliche Stabilität von Familien und die Fähigkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, fördert. Hierbei geht es primär um eine langfristige Reduzierung von Risikofaktoren, die dazu beitragen können, dass die Armutsgefährdung von Familien und Kindern steigt. Familienpolitik muss einen Beitrag dazu leisten, die bereits konkrete materielle Armutsgefährdung von Kindern zu reduzieren. Insbesondere gilt es zu vermeiden, dass Kinder, deren Eltern erwerbstätig sind, unter die Armutsrisikoschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens rutschen. Drittens muss die Situation von Kindern in einkommensschwachen Familien verbessert werden, insbesondere in Familien, die kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaftet haben.“
OECD, 2005	Eine besondere Aufmerksamkeit sollte den Familien gelten, die Probleme haben, für ihre Kinder die nötigen finanziellen und zeitlichen Ressourcen bereitzustellen. Die finanziellen Transfers sollten so ausgestaltet sein, dass sie auf effektive Weise Kinderarmut reduzieren.
Prognos, 2008	Insbesondere bei Mehrkinderfamilien kann der Schutz vor Kinderarmut auch über höhere Kindergeldleistungen gewährleistet werden.
Whiteford/Adema, 2007, 4	In Ländern mit einer niedrigen Kinderarmut (weniger als 5 Prozent) ist auch die Arbeitslosigkeit von Eltern sehr gering, auf der anderen Seite verfügen sie über effektive Umverteilungssysteme. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass erfolgreiche Strategien zur Armutsbekämpfung in gleicher Weise verbesserte Transfers für Bedürftige und verbesserte Arbeitsanreize vereinen sollten.

Eigene Zusammenstellung

Studien zum Handlungsfeld II „Infrastruktur“

Übersicht A.8

Anger/Plünnecke, 2008	Der Ausbau der frühkindlichen Infrastruktur kann dazu beitragen, die Wachstumskräfte der Volkswirtschaft zu stärken, die Kinderarmut zu reduzieren und die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu verringern.
Beckmann/Kurtz, 2001, 7	„Eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen, familienfreundliche Arbeitszeiten, aber auch die stärkere Beteiligung von Vätern am Erziehungsurlaub, könnten das Arbeitskräfteangebot von Frauen – vor allem in Westdeutschland – weiter erhöhen.“
BMFSFJ, 2006b, 429	Es muss das Ziel einer angemessenen Infrastrukturpolitik sein, dass für Kinder ein positives Sozialisationsumfeld geschaffen wird.
Büchel/Spieß, 2002, 97 f.	Zur Schaffung einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist neben der Kindertagespflege das Angebot an Kindertageseinrichtungen (Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze) von großer Bedeutung.
Bundesregierung, 2008b, 205	„Die frühe Bildung und Betreuung von Kindern hat in zweifacher Hinsicht eine große Bedeutung: für die Eltern bei der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung sowie für die Kinder, insbesondere dann, wenn sie aus bildungsfernen und ressourcenarmen Familien kommen.“
Huster et al., 2007, 28	Bei der Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für Eltern spielen für unter Dreijährige Kinderkrippen und Tagesmütter sowie Tagespflegeeinrichtungen für Drei- bis Sechsjährige eine wichtige Rolle. Dies trägt auch zur Armutsprävention bei Müttern und Vätern von kleinen Kindern bei.
OECD, 2007a, 22 f.	Vonseiten der Politik sollte gewährleistet werden, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern nicht durch mangelnde Kinderbetreuung behindert wird. So sollten beispielsweise auch die Betreuungsmöglichkeiten neben der Schule erweitert werden.
Steiner/Wrohlich, 2006, 34 f.	„Eine Erhöhung der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen, eine Ausdehnung beziehungsweise Flexibilisierung ihrer Öffnungszeiten und eine (noch) stärkere Subventionierung der Kosten von Kinderbetreuung würde das Arbeitsangebot von Müttern erhöhen.“
Whiteford/Adema, 2007, 7	Im Laufe der Zeit hat sich unter Experten die Meinung herauskristallisiert, dass Erwerbstätigkeit von zentraler Wichtigkeit bei der Bekämpfung von Kinderarmut ist.

Eigene Zusammenstellung

Studien zum Handlungsfeld III „Zeit“

Übersicht A.9

Adsera, 2004; Rindfuss et al., 2003, zitiert in: Adsera, 2005b, 27	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird nur in den Ländern möglich sein, in denen Institutionen die Unsicherheiten, die mit Elternschaft verbunden sind, reduzieren.
Bergs et al., 2006, 20	Eine Individualbesteuerung statt einer gemeinsamen Veranlagung der Einkommen würde in Deutschland eine moderate Erhöhung der Arbeitsanreize von Frauen mit sich bringen.
BMFSJF, 2006b	Betriebliche und öffentliche Zeitpolitiken sollten besser koordiniert werden.
BMFSJF, 2006b, 260	Es muss gewährleistet werden, dass in bestimmten Lebensphasen keine „vollständige Überlastung oder Überforderung“ stattfindet. „Eine nachhaltige Familienpolitik als Lebenslaufpolitik muss also dazu beitragen, jene ‚Rush hour‘ im Leben ... zu überwinden.“
Eurofound, 2006, 1	Insbesondere die Arbeitsmarktchancen der Bevölkerungsgruppen, die eine geringe Arbeitsmarktpartizipation aufweisen, sollten verbessert werden, wozu unter anderem Frauen gehören. Geeignete Politikmaßnahmen bestehen unter anderem darin, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.
Eurofound, 2007b, 5	Arbeitszeitregelungen können einen signifikanten Einfluss auf die Effizienz, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen haben. Des Weiteren sind positive Effekte auf Gesundheit, Wohlbefinden und Motivation ihrer Mitarbeiter zu verzeichnen.
OECD, 2007a, 24 ff.	Staatliches Engagement ist wenig wirkungsvoll ohne familienfreundliche Maßnahmen am Arbeitsplatz, die der Schlüssel zu einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind. Sie führen zu positiven Effekten für das Unternehmen, zum Beispiel zu gesteigerter Motivation und Produktivität der Mitarbeiter und zur Attraktivität des Unternehmens für potenzielle Mitarbeiter.
OECD, 2007a, 19 f.	Steuer-Transfer-Modelle sollten so konstruiert sein, dass in Paarhaushalten beide Elternteile die gleichen finanziellen Anreize haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.
Whiteford/Adema, 2007, 31	Um den Anteil von Doppelverdienerfamilien zu erhöhen, kann es notwendig erscheinen, die Steuern für den zweiten Verdiener zu senken. Die Verringerung von Arbeitslosigkeit führt zu positiven Effekten wie zum Beispiel zu einer Erhöhung des Steueraufkommens, womit sich ein Teil der ergriffenen Maßnahmen finanzieren lässt.

Eigene Zusammenstellung

Studien zum (zusätzlichen) Handlungsfeld IV „Werte“ Übersicht A.10

Bumpass, 1990, 483 ff.	Paare ändern ihre Präferenzen und streben kleinere Familien an, tätigen größere Investitionen pro Kind und beide Partner planen eine berufliche Karriere. Dies hat zur Folge, dass die Kinderzahl pro Frau sinkt. Des Weiteren sind Trends zur Betonung individueller Präferenzen in Beziehungen und zur Säkularisierung zu erkennen, die unabhängige Gründe für die Veränderungen von Familien darstellen.
Caspar et al., 2005, 31 ff.	<p>„Als Kinderbetreuungsregime wird eine umfassende Kombination aus faktischen Betreuungsmöglichkeiten und diesbezüglichen Regelungen sowie Einstellungen und Traditionen, einschließlich der Konzepte von Mutterschaft und Kindheit, verstanden. (...)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nordeuropäische Kinderbetreuungsregime: Gleichberechtigung und Kinderbetreuung als staatliche Aufgabe. Beispiel: Schweden. Modell gleichberechtigter Elternteile. (...) • Kinderbetreuung im Zusammenspiel familienpolitischer Anliegen, bevölkerungspolitischer Ziele und republikanischer Erziehungsideale. Beispiel: Frankreich (...) • Kinderbetreuung als Privatangelegenheit. Beispiel: Großbritannien. Liberales Wohlfahrtsregime und starke Tradition des männlichen Ernährermodells. (...) • Konservatives Wohlfahrtsregime und institutionalisierte Arbeitsaufteilung zwischen Männern und Frauen – oder: Traditionelle Rollenbilder und Rollengestaltung im Umbruch? Beispiel: Alte Bundesrepublik Deutschland (...) • Mediterranes Kinderbetreuungsregime: Kinder als Angelegenheit von Familie und Verwandtschaft. Beispiel: Spanien.“
Liefbroer/Corijn, 1999, 45 ff.	Es liegt sowohl eine strukturelle Rolleninkompatibilität als auch eine kulturelle Inkompatibilität vor. Erstere bezeichnet das Spannungsfeld zwischen den Möglichkeiten junger Frauen und den Beschränkungen, die sich beim Ergreifen solcher Möglichkeiten auftun. Die kulturelle Komponente umfasst die Ideologien, Werte und Normen, die in einem Land hinsichtlich der weiblichen Rolle in der Gesellschaft vorliegen.
Pfarr/Vogelheim, 2002	<p>Über die unterschiedlichen Rollen- und Erwerbsbilder von Männern und Frauen in den einzelnen europäischen Staaten gibt die folgende Auflistung Aufschluss. So hängen verschiedene Wohlfahrtsregime eng mit den jeweils typischen Ernährermodellen zusammen, die ihrerseits mit dem Ausmaß an Erwerbstätigkeit verknüpft sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Universal breadwinner“: In Skandinavien ermöglichen die institutionelle Ausgestaltung von Kinderbetreuung, die Freistellungsregelungen, die Individualisierung der Besteuerung und geringe Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern ein hohes Beschäftigungsniveau von Frauen und Männern. • „Modified male breadwinner“: Eine gut ausgebaute Kinderbetreuung in Belgien und Frankreich fördert einerseits die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter, andererseits bewirken die hohen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen eine stärkere geschlechtsbezogene Differenzierung am Arbeitsmarkt. • „Male breadwinner and female part-time“: Die wenig ausgebaute öffentliche Kinderbetreuung wie auch der Ausbau eines Dienstleistungssektors mit hohen Teilzeitanteilen haben zur „modernisierten Versorgerehe“ in Österreich, Deutschland, den Niederlanden, im Vereinigten Königreich, in Irland und Luxemburg geführt. • „Male breadwinner and dual full-time“: In Südeuropa (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland) ist der Anteil männlicher Alleinverdiener beziehungsweise Hauptverdiener sehr groß. Darüber hinaus sind im internationalen Vergleich relativ viele Frauen vollzeitbeschäftigt (und häufig kinderlos) – zum einen wegen des geringen Einkommensniveaus und zum anderen wegen der geringen Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen. Zudem sind die Betreuungsangebote für Klein- und Grundschulkindern wenig ausgebaut.
Rüling/Kassner, 2007, 13 f.	Nachdem es in einigen Ländern Westeuropas lange eine traditionelle Rollenteilung gab, ließ sich in den letzten Jahren ein Trend zur Erwerbstätigkeit beider Partner beobachten. Dieses „Adult Worker Model“ geht von einer möglichst kontinuierlichen Erwerbstätigkeit beider Partner aus, sodass sie sich selbst versorgen können.

Eigene Zusammenstellung

Literatur

Adam, Stuart / **Brewer**, Mike / **Shepherd**, Andrew, 2006, The poverty trade-off: Work incentives and income redistribution in Britain, Policy Press and Joseph Rowntree Foundation, London

Adsera, Alicia, 2004, Changing fertility rates in developed markets. The impact of labor market institutions, in: Journal of Population Economics, Vol. 17, No. 1, S. 17–43

Adsera, Alicia, 2005a, Vanishing Children: From High Unemployment to Low Fertility in Developed Countries, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 95, No. 2, S. 189–193

Adsera, Alicia, 2005b, Where Are the Babies? Labor Market Conditions and Fertility in Europe, IZA Discussion Paper, No. 1576, Bonn

Aktionsrat Bildung, 2007, Bildungsgerechtigkeit, Jahresgutachten 2007, Wiesbaden

Allmendinger, Jutta / **Leibfried**, Stephan, 2003, Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 53. Jg., Nr. 21/22, S. 12–18

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel, 2008, Frühkindliche Förderung. Ein Beitrag zu mehr Wachstum und Gerechtigkeit, IW-Positionen, Nr. 35, Köln

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel / **Seyda**, Susanne, 2006, Bildungsarmut und Humankapitalschwäche in Deutschland, IW-Analysen, Nr. 18, Köln

Anger, Christina / **Schmidt**, Jörg, 2008, Gender Wage Gap und Familienpolitik, in: IW-Trends, 35. Jg., Nr. 2, S. 55–68

Baumert, Jürgen, 2006, Was wissen wir über die Entwicklung von Schulleistungen?, in: Pädagogik, 58. Jg., Nr. 4, S. 40–46

Beckmann, Petra, 2002, Zwischen Wunsch und Wirklichkeit, IAB-Werkstattbericht, Nr. 12, Nürnberg

Beckmann, Petra / **Kurtz**, Beate, 2001, Erwerbstätigkeit von Frauen. Die Betreuung der Kinder ist der Schlüssel, IAB-Kurzbericht, Nr. 10, <http://doku.iab.de/kurzber/2001/kb1001.pdf> [Stand: 2009-05-10]

Bellenberg, Gabriele / **Klemm**, Klaus, 2000, Scheitern im System, Scheitern des Systems? Ein etwas anderer Blick auf Schulqualität, in: Rolff, Hans-Günter / Bos, Wilfried / Klemm, Klaus / Pfeiffer, Hermann / Schulz-Zander, Renate (Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 11, Weinheim/München, S. 51–75

Bergs, Christian / **Fuest**, Clemens / **Peichl**, Andreas / **Schaefer**, Thilo, 2006, Reformoptionen der Familienbesteuerung. Aufkommens-, Verteilungs- und Arbeitsangebotsaspekte, Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Köln, Nr. 06–8, Köln

Bertram, Hans, 2008, Die Mehrkindfamilie in Deutschland. Zur demographischen Bedeutung der Familie mit drei und mehr Kindern und zu ihrer ökonomischen Situation, Berlin

BFS – Schweizer Bundesamt für Statistik, 1998, Mikrozensus Familie in der Schweiz 1994/95, Bern

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2006, Bildung in Deutschland – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, URL: <http://www.bildungsbericht.de/daten/gesamtbericht.pdf> [Stand: 2008-10-12]

BMBF, 2008, Aufstieg durch Bildung – Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, URL: http://www.bmbf.de/pub/qualifizierungsinitiative_breg.pdf [Stand: 2009-03-12]

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2003a, Auf den Anfang kommt es an! Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland, Weinheim

BMFSFJ, 2003b, Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ von Bert Rürup und Sandra Gruescu, URL: http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/broschuere-nachhaltige-familienpolitik-r_C3_BCrup,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf [Stand: 2008-11-05]

BMFSFJ, 2005, Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Gutachten, URL: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Bertram-Gutachten-Nachhaltige-Familienpolitik,property=pdf.pdf> [Stand: 2008-12-06]

BMFSFJ, 2006a, Erziehung, Haushalt und Beruf: Anforderungen und Unterstützungen für Familien, in: Monitor Familienforschung – Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 4–8, URL: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/monitor-4-8-jahr-2006-werteorientierte-erziehung-haushalt-und-beruf,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> [Stand: 2009-02-11]

BMFSFJ, 2006b, 7. Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Berlin

BMFSFJ, 2007a, Familien brauchen Rahmenbedingungen, Deutschland wird familienfreundlicher, in: Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 9–12, URL: http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Familienforschung-Ausgabe_209-12,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf [Stand: 2009-04-12]

BMFSFJ, 2007b, Nationaler Aktionsplan: Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010, URL: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/nap-nationaler-aktionsplan,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> [Stand: 2009-03-17]

BMFSFJ, 2007c, Vorteil Familie – weil Gemeinschaft Chancen schafft. Bilanz der ersten Hälfte der 16. Legislaturperiode (2005–2007), URL: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/halbzeitbilanz-vorteil-familie-weil-gemeinschaft-chancen-schafft,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> [Stand: 2009-03-16]

BMFSFJ, 2008, Arbeitsbericht Zukunft für Familie, Berlin

Bos, Wilfried / **Hornberg**, Sabine / **Arnold**, Karl-Heinz, 2007, IGLU 2006, Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich, Münster

Büchel, Felix / Spieß, Katharina, 2002, Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang, in: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, 71. Jg., Nr. 1, S. 95–113

Bumpass, Larry, 1990, What's Happening to the Family? Interactions Between Demographic and Institutional Change, in: Demography, Vol. 27, No. 4, S. 483–498

Bundesregierung, 2005, Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, URL: http://www.bundesregierung.de/nn_22994/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-6.html [Stand: 2008-12-12]

Bundesregierung, 2008a, Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Entwurf), URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/2008/05/2008-05-08-entwurf-zum-fortschrittsbericht-2008,property=publicationFile.pdf [Stand: 2008-12-12]

Bundesregierung, 2008b, Lebenslagen in Deutschland: Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, URL: http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf [Stand: 2009-04-12]

Caspar, Sigried / Kirchmann, Andrea / Seibold, Bettina / Stieler, Sylvia, 2005, Kinder, Konflikt, Karriereknick, Notwendigkeiten und Ansatzpunkte für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, IAW-Forschungsberichte, Nr. 65, Tübingen

Cunha, Flavio / Heckman, James J., 2007, The Technology of Skill Formation, IZA Discussion Paper, No. 2550, Bonn

D'Addio, Anna Christina / d'Ercole, Marco Mira, 2005, Trends and Determinants of Fertility Rates in OECD Countries: The Role of Policies, OECD Social, Employment and Migration Working Paper, No. 27, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/7/33/35304751.pdf> [Stand: 2009-05-12]

Deven, Fred / Moss, Peter (Hrsg.), 2005, Leave Policy and Research: Overviews and Country notes, CBGS Work documentary 2005/3, URL: http://www.cbgs.be/repository/WD_2005_03.pdf [Stand: 2009-04-02]

Diekmann, Laura-Christin / Plünnecke, Axel / Seyda, Susanne, 2008a, Sozialbilanz Familie. Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik, IW-Analysen, Nr. 40, Köln

Diekmann, Laura-Christin / Schäfer, Holger / Schmidt, Jörg, 2008b, Der geschlechts-spezifische Lohnabstand: Indikatoren, Ursachen und Lösungsansätze, Gutachten für das BMFSFJ, Köln

Eichhorst, Werner / Kaiser, Lutz C. / Thode, Erich / Tobsch, Verena, 2007, Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich: Zwischen Paradigma und Praxis, Gütersloh

EU-Kommission, 2006, Ein Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006–2010, Luxemburg

Eurobarometer, 2007, Soziale Wirklichkeit in Europa, Brüssel

Eurofound – European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2006, Working time and work-life balance in European countries, Establishment Survey on Working Time 2004–2005, Dublin

Eurofound, 2007a, Fourth European working conditions survey, Dublin

Eurofound, 2007b, Parental leave in European companies, Establishment Survey on Working Time 2004–2005, Dublin

European Commission, 2008, Report on Equality between women and men, URL: <http://www.ifuw.org/uwe/docs/ec-2008-report-genderequality.pdf> [Stand: 2009-03-02]

Eurostat, 2001, Bevölkerungsstatistik, Themenkreis 3: Bevölkerung und Statistik, Luxemburg

Eurostat, 2002, Lohnstrukturerhebung, URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem040> [Stand: 2009-05-05]

Eurostat, 2006, Bevölkerungsstatistik, Themenkreis 3: Bevölkerung und Statistik, Luxemburg

Eurostat, 2007, Lohnstrukturerhebung, URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsiem040> [Stand: 2009-05-05]

Eurostat, 2009, Datenbank, URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/living_conditions_and_social_protection/data/database [Stand: 2009-03-06]

Figari, Francesco / **Immervoll**, Herwig / **Levy**, Horacio / **Sutherland**, Holly, 2007, Inequalities within Couples: Market Incomes and the Role of Taxes and Benefits in Europe, IZA Discussion Paper, No. 3201

Grabka, Markus / **Krause**, Peter, 2005, Einkommen und Armut von Familien und älteren Menschen, in: DIW Wochenbericht, Nr. 9/2005, S. 155–162

Hakim, Catherine, 2003, Models of the family in modern societies: Ideals and realities, Ashgate

Hank, Karsten / **Kreyenfeld**, Michaela / **Spieß**, Katharina, 2003, Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, DIW Diskussionspapiere, Nr. 331, Berlin

Hardarson, Omar, 2007, Flexible Arbeitszeitgestaltung bei Frauen und Männern, in: Eurostat, Statistik kurz gefasst, Bevölkerung und soziale Bedingungen, Nr. 96, Luxemburg

Heckman, James J., 1999, Policies to Foster Human Capital, NBER Working Paper, No. 7288, Cambridge (Mass.)

Hülkamp, Nicola, 2008, Der IW-Demografieindikator – Wie gut ist Deutschland auf den demografischen Wandel vorbereitet?, in: IW-Trends, 35. Jg., Nr. 3, S. 91–104

Hülkamp, Nicola / **Seyda**, Susanne, 2004, Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische Begründung und Analyse familienpolitischer Maßnahmen, IW-Positionen, Nr. 11, Köln

Huster, Ernst-Ulrich / **Benz**, Benjamin / **Boeckh**, Jürgen, 2007, Tackling child poverty and promoting the social inclusion of children – A Study of National Policies, Brüssel

Klemm, Klaus, 2006, Schwache Schülerinnen und Schüler im Spiegel der PISA-Studien, in: Achs, Oskar / Corazza, Rupert / Gröpel, Wolfgang / Tesar, Eva (Hrsg.), Bildung – Promoter von Gleichheit und Ungleichheit?, Protokollband zum 10. Glöckel-Symposium, Wien, S. 51–58

Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006, Bildung in Deutschland. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld

Koppel, Oliver / **Plünnecke**, Axel, 2008, Wachstums- und Fiskaleffekte von Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, Bildungsökonomische Analyse und Handlungsempfehlungen, Gutachten im Auftrag des BMWi, Köln

Liefbroer, Aart C. / **Corijn**, Martine, 1999, Who, what, where and when? Specifying the impact of educational attainment and labor force participation on family formation, in: European Journal of Population, Vol. 15, No. 1, S. 45–75

Mankiw, N. Gregory / **Romer**, David / **Weil**, David N., 1992, A Contribution to the Empirics of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 107, No. 2, S. 407–437

Meyer, Wolfgang, 2004, Indikatorenentwicklung: Eine praxisorientierte Einführung, CEval-Arbeitspapiere, Nr. 10, Saarbrücken

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2002, Education at a glance, Paris

OECD, 2003a, Bildungspolitische Analyse, URL: http://www.bmbf.de/pub/bildungs-pol_analyse_2003_gesamtbericht.pdf [Stand: 2008-10-08]

OECD, 2003b, Education at a glance, Paris

OECD, 2004a, Benefits and wages, Paris

OECD, 2004b, Learning for tomorrow's world – First results from PISA 2003, Paris

OECD, 2005, Extending Opportunities: How active social policy can benefit us all, Meeting of OECD Social Affairs Ministers, Final Communiqué, Paris

OECD, 2006a, Education at a glance, Paris

OECD, 2006b, Society at a glance, Paris

OECD, 2006c, Starting Strong II, Paris

OECD, 2006d, Work on Education, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/35/40/30470766.pdf> [Stand: 2008-11-06]

OECD, 2007a, Babies and Bosses: Reconciling Work and Family Life, A Synthesis of Findings for OECD Countries, Paris

OECD, 2007b, Benefits and wages, Paris

OECD, 2007c, Education at a glance, Paris

OECD, 2007d, PISA 2006, Volume 2: Data, Paris

OECD, 2007e, Social expenditure, 1980–2003, Interpretative guide of SOCX, Paris

OECD, 2008a, Education at a glance, Paris

- OECD**, 2008b, Employment Outlook, Paris
- OECD**, 2009a, Family Database, Paris
- OECD**, 2009b, Society at a glance, Paris
- OECD**, 2009c, Dataset: Gender, Institutions and Development Data Base 2006 (GID), Paris
- Pfarr**, Heide / **Vogelheim**, Elisabeth, 2002, Zur Chancengleichheit von Frauen und Männern im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, Edition Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 80, Düsseldorf
- Plantenga**, Janneke / **Siegel**, Melissa, 2004, Position Paper – Child care in a changing world, prepared for Child care in a changing world, Conference sponsored by the Dutch presidency, Groningen, the Netherlands, 21–23 October, URL: <http://www.childcareinachangingworld.nl> [Stand: 2009-02-12]
- Plünnecke**, Axel / **Scharnagel**, Benjamin / **Stettes**, Oliver / **Angenendt**, Jan, 2009, Einstiegsmonitor Europa. Welche europäischen Staaten bieten die besten Perspektiven für Arbeit, Bildung und sozialen Aufstieg?, IW-Analysen, Nr. 54, Köln
- Plünnecke**, Axel / **Seyda**, Susanne, 2007, Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, IW-Analysen, Nr. 27, Köln
- Plünnecke**, Axel / **Stettes**, Oliver, 2005, Bildung in Deutschland: Ein Benchmarking der Bundesländer aus bildungsökonomischer Perspektive, IW-Analysen, Nr. 10, Köln
- Plünnecke**, Axel / **Stettes**, Oliver / **Riesen**, Ilona, 2007, Bildungsmonitor 2007, IW-Analysen, Nr. 34, Köln
- Prognos**, 2008, Dossier Armutrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Puhani**, Patrick A., 2003, A Test of the „Krugman Hypothesis“ for the United States, Britain, and Western Germany, ZEW-Diskussionspapier, Nr. 18, Mannheim
- Reinberg**, Alexander / **Hummel**, Markus, 2005, Vertrauter Befund: Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht, Nr. 9, Nürnberg
- Rindfuss**, Ronald R. / **Guzzo**, Karen Benjamin / **Morgan**, S. Philip, 2003, The changing institutional context of low fertility, in: Population Research and Policy Review, Vol. 22, No. 5-6, S. 411–438
- Rüling**, Anneli / **Kassner**, Karsten, 2007, Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive, Ein europäischer Vergleich, Berlin
- Statistisches Bundesamt**, 2007, Geburten in Deutschland, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt**, 2009, Kindertagesbetreuung regional 2008, Wiesbaden
- Steiner**, Viktor / **Wrohlich**, Katharina, 2006, Die Wirkungen ausgewählter familienpolitischer Instrumente auf das Arbeitsangebot von Eltern, DIW Berlin, Politikberatung kompakt, Nr. 16, URL: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/44074/diwkompakt_2006-016.pdf [Stand: 2008-10-07]

Stettes, Oliver, 2006, Bildungsökonomische Grundlagen: Investitionen in Humankapital, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Bildungsfinanzierung und Bildungsregulierung in Deutschland, Eine bildungsökonomische Reformagenda, Köln, S. 31–60

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2008, Die Finanzkrise meistern, Wachstumskräfte stärken, Jahresgutachten 2008/2009, Wiesbaden

Weiß, Manfred / **Preuschhoff**, Corinna, 2004, Kosten- und Effizienzanalysen im Bildungsbereich, Frankfurt am Main

Whiteford, Peter / **Adema**, Willem, 2007, What works best in reducing child poverty: a benefit or work strategy?, OECD Social, Employment and Migration Working Paper, No. 51, Paris

Kurzdarstellung

Familienpolitik kann einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung einer Gesellschaft leisten. Doch wie in anderen Politikbereichen ist es auch hier schwer abzuschätzen, ob staatliche Maßnahmen zielführend sind. Der Familienfreundlichkeitsindex vergleicht die Familienpolitiken von 19 europäischen Ländern, um Handlungsempfehlungen für Deutschland abzuleiten. Im indikatorgestützten Ranking erreichen Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark die besten Ergebnisse im Durchschnitt von fünf familienpolitischen Zielen: hohe Geburtenrate, hohe Frauenerwerbstätigkeit, hohes Bildungsniveau der Kinder, geringe Familienarmut und Gleichstellung von Frau und Mann. Die hinteren Plätze belegen Italien, Spanien und Griechenland, wo der Anteil an armutsgefährdeten Familien groß ist, das Ausmaß an Bildungsarmut beträchtlich, die Frauenerwerbstätigkeit gering und die Geburtenrate niedrig. Deutschland erreicht einen Mittelfeldplatz. Seine relativen Stärken liegen in der Bildung und in der Vermeidung von Familienarmut. Die Ergebnisse bei den Zielfeldern sind eng verbunden mit drei familienpolitischen Handlungsfeldern: finanzielle Unterstützung, Infrastruktur und Zeit. Für Deutschland zeigt sich, dass das finanzielle Engagement für Familien im europäischen Vergleich sehr hoch ist. Beim Ausbau der Infrastruktur besteht hingegen der größte Verbesserungsbedarf.

Abstract

Family policy can play an important role in safeguarding a society's future. However, as in other policy fields, it is difficult to assess whether state intervention in this area can achieve the desired aim. The Family Friendliness Index compares the family policies of 19 European countries and derives policy recommendations for Germany. Finland, Sweden, Norway and Denmark achieve the best average results in the indicator-based ranking for five family policy goals: a high birth rate, high female employment, a high standard of childhood education, low family poverty and equal opportunities for the sexes. The tail lights are Italy, Spain and Greece, where the proportion of families threatened by poverty is large, the numbers failing to obtain an acceptable level of education considerable, whilst both female employment and the birth rate are low. Germany occupies a position in the middle of the table. Germany's relative strengths are education and the low level of family poverty. The degree to which the different countries achieve the goals listed in the Index is closely connected with three aspects of active family policy: financial support, infrastructure and time. In comparison with other countries Germany has a very high financial commitment to the family. By contrast, the greatest need for improvement is in the provision of infrastructure.

Die Autoren

Diplom-Volkswirtin **Laura-Christin Diemann**, geboren 1981 in Essen; Studium der Volkswirtschaftslehre sozialwissenschaftlicher Richtung in Köln und Paris; von 2007 bis 2008 Referentin am Institut der deutschen Wirtschaft Köln im Wissenschaftsbereich Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik; seit 2009 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln.

Dr. rer. pol. **Axel Plünnecke**, geboren 1971 in Salzgitter; Studium der Volkswirtschaftslehre in Göttingen und Promotion in Braunschweig; seit 2003 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Referent für „Bildungsökonomie“; seit 2005 stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.